

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3-2024

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe März - April 2024

Redaktionsnotiz.....	3
Nachrichten und Berichte.....	4
<i>Heinz Ahlreip: Kompass 2024.....</i>	4
<i>F. Flegel: Zu den Demonstrationen gegen „Rechts“....</i>	7
<i>Kommunistische Arbeiterzeitung (AG Öl und Gas): Was hat der Gaza-Krieg mit Öl und Gas zu tun?.....</i>	11
<i>Hermann Jacobs: Zu Herbert Münchow über Walter Ulbricht / Ein Artikel in „Unsere Zeit“.....</i>	21
<i>Gerhard Feldbauer: Presseerklärung zur Berichterstattung der „UZ“.....</i>	26

Vor etwas mehr als 100 Jahren starb W. I. Lenin.....	29
<i>Europäischen Kommunistischen Aktion (EKA): “</i>	
<i>Zum hundertsten Jahrestag des Todes von</i>	
<i>Wladimir Iljitsch Lenin”.....</i>	29
<i>Heinz Ahlreip: Zu Lenins 100. Todestag.....</i>	33
Dauer-Thema: Wie steht es mit der Warenproduktion	
und dem Wertgesetz im Sozialismus?.....	46
<i>Hermann Jacobs: Von C+V+M zu Ia/Ib+II / Zu den</i>	
<i>zwei gesellschaftlichen Verhältnissen zur Arbeit.....</i>	46
<i>Hermann Jacobs: Drei Briefe an Erich Honecker,</i>	
<i>Erster Brief.....</i>	51
Kuba.....	69
<i>Frank Flegel: Kuba in großer Gefahr.....</i>	69
Elbe-Tag.....	79
<i>Aufruf zum Elbe-Tag.....</i>	79
offen-siv-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2023.....	81
<i>Realisierte Hefte des Jahres 2023.....</i>	81
<i>Von wem es was zu lesen gab in 2023.....</i>	81
<i>Die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in die</i>	
<i>wir die offen-siv als Druckausgabe schicken:.....</i>	82
<i>Auslandssendungen der offen-siv-Druckausgabe</i>	
<i>gehen in folgende Länder:.....</i>	83
<i>Finanzen des Jahres 2023.....</i>	83
Aus der Leser/innen Post.....	84
<i>Joachim Becker: Die richtige politische Bildung</i>	
<i>tut not und ist gerade in diesen unsicheren Zeiten</i>	
<i>besonders wichtig.....</i>	84
<i>Vitali Kovel: Der wirkliche Antiimperialist ist der,</i>	
<i>der für den Sozialismus kämpft. Es ist die Wahrheit,</i>	
<i>aber nicht die ganze.....</i>	85
<i>Reiner Kotulla: Stalin, die NÖP</i>	
<i>und das Programm der KP Chinas.....</i>	89

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: foffensiv@aol.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Da haben wir den Ukraine-Krieg, den Gaza-Krieg, zusätzlich Spannungen und Zündeleyen, wohin man blickt – und wir machen ein Monatsheft, in dem es ziemlich ausführlich um das rund einhundert Jahre alte Problem der sozialistischen Wirtschaft, also um die Fragen zwischen Marktwirtschaft d.h. Wirtschaft auf der Grundlage des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, und Planwirtschaft, d.h. Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln geht, oder, wie es Lucas Zeise in seinem Artikel „Wachstumsschmerzen – Die chinesische Volkswirtschaft leidet an den Problemen einer Überakkumulation“ (junge Welt, 21. Februar 2024, S. 12f.) so schön ausdrückte: Es ist „der Gegensatz zwischen der Existenz von Kapital, das durch Ausbeutung der Arbeitskraft sich selbst vermehrt, und der Abwesenheit von Kapital“.

Über diese Frage ist eigentlich genug gestritten und inzwischen auch alles gesagt worden, möchte man meinen.

Aber wir dürfen Kuba nicht vergessen. Neben dem internationalen Kriegsgeheul und den Aufrüstungsarien vollzieht sich etwas abseits, aber doch vor unseren Augen die nächste Konterrevolution in einem sozialistischen Land, die Konterrevolution in Kuba. Dort haben die marktwirtschaftlichen - sprich privatwirtschaftlichen - Reformen inzwischen eine Größenordnung angenommen, die kaum noch beherrschbar erscheint. Dankenswerter Weise hat die Kuba-Solidaritätsbewegung in Deutschland dieses Thema aufgegriffen. Das

neue Heft der „Cuba libre“ ist in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich und war Anlass für uns, nochmals auf dieses Thema einzugehen. Begleitend bringen wir einen Einblick in die Auseinandersetzungen in der DDR, hier sowohl was die These Walter Ulbrichts vom Sozialismus als „eine(r) relativ selbständige(n) sozialökonomische(n) Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab“ angeht, andererseits auch in der Auseinandersetzung mit der Honecker-Zeit.

Weiterhin würdigen wir Lenin zu seinem 100. Todestag, drucken einen Artikel zu den wirtschaftlichen Zusammenhängen und Hintergründen des Gaza-Krieges nach, den wir in der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) gefunden haben und legen Euch unseren Rechenschaftsbericht für das Jahr 2023 vor. Relativ ausführliche Leserbriefe beschließen das Heft.

Ein Hinweis auf unsere Erreichbarkeit: die lange Zeit nutzbare Mail-Adresse *redaktion@offen-siv.com* funktioniert nicht mehr. Also bitte streichen. Nutzt stattdessen *foffensiv@aol.com*.

Und bitte vergesst unser Spendenkonto nicht.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

<h2>Nachrichten und Berichte</h2>

Heinz Ahlreip: Kompass 2024

Während zum Jahresbeginn im Kölner Dom rückständige, dem deutschen Volk den Fortschritt erschwerende Menschen von gestern das Pontifikalamt unter dem Schutz von Maschinengewehren und dem Einsatz von Sprengstoffspürhunden feierten, um Kraft für das Jahr 2024 aus dem hohlen heiligen Geist zu tanken, haben die wissenschaftlichen Sozialisten und sich wissen-

schaftlich ausrichtende Menschen von morgen einen klaren Kompass vor sich liegen: Die Bestimmungen der materialistischen Dialektik durch Lenin:

„Die absolute Methode (d.h. die Methode des Erkennens der objektiven Wahrheit) ... verhält sich nicht als äußerliche Reflexion, sondern nimmt das Bestimmte aus ihrem Gegenstand selbst, da sie selbst dessen immanentes Prinzip und Seele ist. ...

- 1) die Bestimmung des Begriffs aus ihm selbst, das Ding selbst soll in seinen Beziehungen und in seiner Entwicklung betrachtet werden;*
- 2) das Widersprechende im Ding selbst (das Andere seiner), die widersprechenden Kräfte und Tendenzen in jedweder Erscheinung;*
- 3) die Vereinigung von Analyse und Synthese. Dies sind ... die Elemente der Dialektik.*

Man kann sich diese Elemente detaillierter wohl so vorstellen:

- 1) die Objektivität der Betrachtung (nicht Beispiele, nicht Abschweifungen, sondern das Ding an sich selbst);*
- 2) die ganze Totalität der mannigfaltigen Beziehungen dieses Dinges zu den anderen;*
- 3) die Entwicklung dieses Dinges (resp. der Erscheinung), seine eigene Bewegung, sein eigenes Leben;*
- 4) die innerlich widersprechenden Tendenzen (und Seiten) in diesem Ding;*
- 5) das Ding (die Erscheinung etc.) als Summe und Einheit der Gegensätze;*
- 6) Kampf resp. Entfaltung dieser Gegensätze, der widersprechenden Bestrebungen etc;*
- 7) Vereinigung von Analyse und Synthese-das Zerlegen in einzelne Teile und die Gesamtheit, die Summierung dieser Teile;*
- 8) die Beziehungen jedes Dinges (jeder Erscheinung etc.) sind nicht nur mannigfaltig, sondern allgemein, universell. Jedes Ding (Erscheinung, Prozeß etc.) ist mit jedem verbunden;*
- 9) nicht nur Einheit der Gegensätze, sondern Übergänge jeder Bestimmung, Qualität, Eigenheit, Seite, Eigenschaft in jede andere, in ihren Gegensatz;*

10) unendlicher Prozeß der Erschließung neuer Seiten, Beziehungen etc.

11) unendlicher Prozeß der Vertiefung der Erkenntnis des Dinges, der Erscheinungen, Prozesse usw. durch den Menschen, von den Erscheinungen zum Wesen und vom weniger tiefen zum tieferen Wesen.

12) vom Nebeneinander zur Kausalität und von der einen Form des Zusammenhangs und der wechselseitigen Abhängigkeit zu einer anderen, tieferen, allgemeineren.

13) die Wiederholung bestimmter Züge, Eigenschaften etc. eines niederen Stadiums in einem höheren und

14) die scheinbare Rückkehr zum Alten (Negation der Negation).

15) Kampf des Inhalts mit der Form und umgekehrt. Abwerfen der Form, Umgestaltung des Inhalts;

16) Übergang der Quantität in die Qualität und vice versa. (15 und 16 sind Beispiele von 9).

Die Dialektik kann kurz als die Lehre von der Einheit der Gegensätze bestimmt werden.

Damit wird der Kern der Dialektik erfaßt“.

(Lenin, Werke, Band 38, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 212 bis 214)¹.

Das ist unser kleines Kursbuch für 2024, dem wir trotz aller Schwankungen um uns herum folgen wollen.

¹ Aus dem Vorwort des Bandes 38 der Werke Lenins: „Der vorliegende Band der Werke W. I. Lenins besteht aus Konspekten, Fragmenten und Notizen zu verschiedenen Büchern und Artikeln philosophischen Inhalts sowie Auszügen aus philosophischen Schriften, die zu Lenins persönlicher Bibliothek gehörten und Randbemerkungen bzw. Anstreichungen Lenins enthalten. Die meisten Manuskripte der im vorliegenden Band enthaltenen Konspekte, Fragmente und Notizen wurden zum erstenmal in den Jahren 1929 und 1930 in den Lenin-Sammelbänden IX und XII veröffentlicht; diese Materialien wurden in der Zeit von 1933 bis 1947 fünfmal als Einzelausgabe unter dem Titel 'Philosophische Hefte' herausgegeben und erschienen 1958 als Band 38 der 4. Ausgabe der Werke W. I. Lenins.“

Frank Flegel: Zu den Demonstrationen gegen „Rechts“

Seit einigen Wochen erleben wir zahlreiche und zum Teil auch sehr große dieser Demonstrationen.

Zunächst einmal ist das positiv zu sehen, denn alles, was sich gegen den Faschismus richtet, ist gut. Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist das, was ich mehrmals von Teilnehmern/innen hörte: Sie würden sich nicht mehr so ausgeliefert fühlen, sondern wären froh, aktiv geworden zu sein und etwas gegen den braunen Sumpf zu unternehmen. Auch das ist sehr positiv, denn aktive Menschen kümmern sich eher um die gesellschaftlichen Verhältnisse als diejenigen, die alles über sich ergehen lassen. Ein solches Eingreifen-Wollen birgt in sich zudem die Möglichkeit, dass der Eine oder die Andere sich die Frage stellt, warum es so ist, wie es gerade ist. Hier konkret: Was ist der Faschismus? Wie entsteht der Faschismus? Warum erleben wir ein aktuelles Erstarken des Faschismus? Diese Fragen werden sicherlich nicht sofort ein Massenphänomen werden, aber völlig abwegig sind sie schließlich nicht.

Nun kommen wir zum „Aber“. Die Demonstrationen sind dominiert von den bürgerlichen Parteien, von CDU, FDP, SPD, Grünen. Ebenfalls dabei sind fast immer Gewerkschaften und Kirchen, manchmal auch Konzernmanager. Aber die Genannten sind leider so gut wie nie Organisationen, die weitergehende Fragen nach gesellschaftlichen Zusammenhängen aufwerfen.

Zu den Parteien:

Die CDU/CSU hat in den 1950er, -60er und -70er Jahren Leute in Führungspositionen gebracht, die vorher hohe Funktionäre der NSDAP und des Hitlerfaschismus waren. Ich will hier nur vier Beispiele nennen: Franz-Josef Strauß, zur Hitler-Zeit u.a. Mitglied des Nationalsozialistischen Studentenbundes und später „Offizier für wehrgeistige Führung“. In der BRD Vorsitzender der CSU, Ministerpräsident Bayerns, „Verteidigungs“minister, Kanzlerkandidat, beteiligt am Korruptionsskandal um den Starfigther und Verursacher der Spiegel-Affäre. Kurt-Georg Kiesinger, 1933 Mitglied der NSDAP und Blockwart derselben, 1940 Mitarbeiter im Reichsaußenministerium, Verbindung zum Reichspropagandaministerium, in der BRD. 1947 Mitglied der CDU, 1958 bis 1966 Ministerpräsident Baden-Württembergs, 1966-1969 Bundeskanzler. Hans Filbinger, 1937 NSDAP-Mitglied, 1940 bei der Kriegsmarine tätig, ab 1943 Marinerichter, sprach noch direkt vor der Kapitulation

der faschistischen deutschen Wehrmacht im Mai 1945 Todesurteile wegen Desertierens aus. 1951 Eintritt in die CDU, 1960 Innenminister Baden-Württembergs, 1966 Ministerpräsident des Bundeslandes. Hanns-Martin Schleyer, 1931 HJ-Mitglied, 1932 SS, 1937 NSDAP. 1943 beteiligt an den Arisierungen der tschechischen Wirtschaft. In der BRD ab 1951 Manager bei Daimler-Benz, 1970 Eintritt in die CDU, 1973 Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände.

Das sind nur vier Beispiele – es gibt noch sehr viele mehr.

Und heute? Vor Kurzem hat der aktuelle Parteivorsitzende der CDU, Friedrich Merz, noch laut darüber nachgedacht, ob es nicht eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der AFD mittels Tolerierungen geben könnte. Ebenso war er der Meinung, dass Deutsche keinen Zahnarzttermin bekämen, weil Asylbewerber sich die Zähne neu machen lassen, was die „junge Welt“ sehr schön mit den Worten kommentierte: „Kommt ein Rassist zum Zahnarzt.“

Wir haben die Situation, dass solche Leute bzw. deren Partei sich bei der heutigen Gelegenheit als Antifaschisten darstellen. Da kann einem nur schlecht werden.

Die FDP kommt nicht so direkt aus dem braunen Sumpf, was sie aber auch nicht viel besser macht, denn sie ist eine Partei, die das neoliberale Credo herunterbetet und permanent dafür sorgen will, dass die Kapitaleigner noch reicher und das untere Drittel der Gesellschaft noch ärmer wird.

Die SPD ist eine typische Partei des bürgerlichen Parlamentarismus, dabei ein kleines bisschen für die „kleinen Leute“, aber auch nicht zu viel, durchaus für eine restriktiverer Ausländerpolitik, das aber mit „Menschlichkeit“. Die SPD ist selbstverständlich voll und ganz prokapitalistisch, selbstverständlich genauso wie die beiden vorgenannten Parteien auf Kriegskurs (nicht nur) gegen Russland, so kann sich die Spitzenkandidatin der Partei für die Europawahlen durchaus eine eigene Atombewaffnung vorstellen. Die SPD unterscheidet sich von den vorgenannten beiden Parteien nur insofern, als sie einige wenige und möglichst kostengünstige Schönheitskorrekturen an der hässlichen Fratze des Kapitalismus vorgibt, vornehmen zu wollen. Tatsächlich geschieht das dann aber so gut wie nie.

Bleiben noch die Grünen. Sie vertreten vehement den Kriegskurs des deutschen Imperialismus. Man muss sich nur solches Personal wie früher Joschka Fischer (Jugoslawienkrieg), heute Annalena Baerbock, dazu Anton Hofreiter oder Robert Habeck anschauen, dann ist alles klar: Alle vier genannten Parteien sind Parteien des deutschen Imperialismus.

Und diese Parteien setzen sich an die Spitze der antifaschistischen Demonstrationen, die dementsprechend auch nicht so heißen, sondern Demonstrationen „gegen rechts“. Hauptsache schön nebulös halten. Die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus werden so selbstverständlich nicht deutlich, sondern verschwiegen, das Wissen über diese verschüttet. Das Ganze droht dann im so genannten „Gutmenschentum“ zu enden – ohne irgendwelche weiteren Konsequenzen.

Die deutsche Sektion der Türkischen Kommunistischen Partei hat Ende Januar dieses Jahres dazu folgendes veröffentlicht:

„Die etablierten System-Parteien nutzten die Proteste als Gelegenheit und nahmen auf den Bühnen ihren Platz ein, um aus der weit verbreiteten Wut gegen die AfD Kapital zu schlagen und sich zu rechtfertigen, als wären sie in beinahe allen Fragen nicht genau so rechts.

Was diese heuchlerischen Politiker, die von Demokratie reden, als hätten sie nie den Krieg in der Ukraine angeheizt, als hätten sie nie den Völkermord Israels in Gaza verteidigt, als hätten sie nie die Last der Kriege auf die Schultern der Arbeiterklasse und die Profite in die Kassen der Bosse verlagert, unter Demokratie verstehen, ist nichts anderes als die Verteidigung der Interessen der Industriegiganten und Finanzmonopole.

Ihre Differenzen mit der AfD sind nicht auf unlösbare Konflikte zurückzuführen, sondern auf die periodischen Interessenkonflikte verschiedener Kapitalgruppen. Ihre heutige heftige Opposition gegen die AfD ist lediglich die Euphorie, einen Sündenbock für die eigenen Sünden zu finden.

Die deutsche Linke ist mitverantwortlich für dieses Bild, das für die breite Masse der Bevölkerung nichts anderes als noch mehr Lügen und falsche Hoffnungen bedeuten. Die werktätigen Menschen müssen nicht die Besten unter den Schlechten wählen und dieser Heuchlerei zusehen, während ihre eigenen Taschen ausgeleert und die Kassen der Reichen gefüllt werden.

Tausende von Menschen, die heute gegen die Rechtsentwicklung auf die Straße gehen, um die Demokratie zu verteidigen, können sich für eine Welt zusammenschließen, in der es möglich ist, menschlich zu leben und den Reichtum gerecht zu teilen. Vorausgesetzt, die Wut der Massen wird in eine organisierte Kraft umgewandelt und nicht den egoistischen Interessen einer Handvoll unersättlicher Reicher geopfert.

Die Hüter der kapitalistischen Ordnung, von der Rechten bis zur extremen Rechten, sollten auf unsere Worte hören: "So höre: Wir wissen, Du bist unser Feind." (Bertolt Brecht – Verhör des Guten)²

Bei aller Kritik aber sollten wir das am Anfang des Artikels Gesagte nicht unter den Teppich kehren: Es sind die Vertreter des deutschen Imperialismus, die oben genannten Parteiführer, die die Lage so geschmacklos und abstoßend machen. Trotzdem aber gilt: Jede Art des Sich-Wehrens, und sei sie auch noch so klein und unfertig, also moralisch statt politisch, emotional statt gesellschaftlich-analytisch, unklar im Ziel und deshalb auch in der längerfristigen Perspektive, bringt für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Demonstrationen die Möglichkeit der Entwicklung mit sich. Und das auf zwei Ebenen: die Möglichkeit der Entwicklung der Bewegung (was hier eher unwahrscheinlich ist) und die Möglichkeit der Entwicklung einzelner Menschen (was man nie ausschließen sollte). So weit es in unseren Möglichkeiten steht, sollten wir versuchen, dabei behilflich zu sein.

² Kommunistische Partei der Türkei, Deutschland-Organisation, 22. Januar 2024

Kommunistische Arbeiterzeitung (AG Öl und Gas): Was hat der Gaza-Krieg mit Öl und Gas zu tun?³

Im folgenden Artikel stützen wir uns u.a. auf gut recherchierte Informationen aus der Internet-Plattform „Anti-Spiegel“⁴[1], die – unabhängig von unterschiedlichen Bewertungen/Einschätzungen – ergänzt werden müssen um zusätzliche Aspekte (als Exkurse), die ebenfalls den Kampf um die Beherrschung der Öl-/Gas-Ressourcen im östlichen Mittelmeer betreffen.

„Die Vorgeschichte des heutigen Gazakrieges beginnt im Jahr 1995. Am 28. September 1995 wurde in Washington das Oslo-2-Abkommen unterzeichnet, das Palästina unter anderem das Recht einräumt, selbständig über seine Bodenschätze zu verfügen. Am 5. Oktober desselben Jahres ratifiziert das israelische Parlament, die Knesset, das Abkommen.

Vier Jahre später schließt Palästina einen Vertrag[2] mit dem britischen Unternehmen BG (British Gas), denn die palästinensische Regierung will herausfinden, ob es im an den palästinensischen Gazastreifen angrenzenden Schelf Bodenschätze gibt. BG, die unter anderem auf geologische Erkundung spezialisiert ist, übernimmt den Auftrag.

Im Jahr 2000 findet BG den Jackpot. Sie findet vor Palästina, 20 Seemeilen von der Küste entfernt, reiche Gas- und Ölvorkommen.“

Exkurs: Es handelt sich dabei um die sog. **Gaza Marine** Felder. Die Besitzrechte an diesen und vielen anderen Öl- und Gasfeldern, die im östlichen Mittelmeer liegen, sind heftig umstritten nicht nur zwischen Israel und Palästina sondern auch zwischen Libanon, Syrien, Türkei, Zypern (das in seinem nördlichen Teil seit 1974 völkerrechtswidrig durch das NATO-Mitglied Türkei besetzt ist), Ägypten. Das gilt nicht nur für „Gaza Marine“, sondern für die noch bedeutenderen Fundstätten „Leviathan“ und „Tamar“, die bereits – wie

³ Dieser Artikel ist in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ), Nr. 386, Februar 2024, erschienen. Wir drucken ihn hier nach, weil wir es sehr begrüßen, wenn die Hintergründe politische und/oder militärischer Ereignisse auch in der Ökonomie gesucht werden. (Red. offen-siv)

⁴ Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Artikels (d. Red.).

selbstverständlich – von Israel ausgebeutet und wie Festungen bewacht werden.

Das und das von Israel auf Eis gelegte Pipelineprojekt von zu Palästina/Israel gehörenden Quellen über die Türkei in die EU erklären z.T. den Kurswechsel der Türkei im Verhältnis zu Israel. Wenn stattdessen die Pipeline forciert wird, die vom östlichen Mittelmeer über Zypern, Griechenland nach Süditalien führen soll (East Mediterranean), dann wird nämlich die Stellung der Türkei als Knotenpunkt für die Energieversorgung der EU eingeschränkt. Erdogan präsentiert sich nach Schmusekurs mit Israel als Beschützer der Palästinenser. Dafür Ersatz könnten allerdings Vereinbarungen mit Russland schaffen, die Gas statt über die Ostsee durch das Schwarze Meer (um-) leiten könnten, so die Berliner Zeitung vom 15.09.2023.[3] Die hierfür notwendigen Pipeline gibt es ja bereits (TurkStream). Man darf gespannt sein, ob diese Pipeline das gleiche Los „ereilt“ wie NorthStream.

Hauptsächlicher Betreiber der Förderung von palästinensischem Gas und Öl ist **Chevron**, die zusammen mit Exxon-Mobil, BP und Shell zu den Säulen des berüchtigten Ölkartells (früher „Sieben Schwestern“ genannt) zählt. Für kurze Zeit nach dem 7. Oktober 23 wurde die Förderung gestoppt. Am 8. November – die Massaker an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza gingen unbeirrt weiter – wurde sie zur Erleichterung nicht nur von Chevron wieder aufgenommen. Es freute sich darüber auch Ägypten, das mit Gas über eine durch Israel ins jordanische(!) Akaba führende Pipeline beliefert wird. Nach Ägypten führt auch noch eine andere israelische Pipeline, ein bereits existierender Ast der erwähnten East Mediterranean Gas.[4] Dementsprechend ist das Gaza benachbarte Ägypten eher bescheiden bei der Unterstützung der palästinensischen Sache.

Darüberhinaus: „Obwohl Libanon und Israel im permanenten Kriegszustand sind, hat die Hisbollah die französisch vermittelten Verhandlungen zur Festlegung einer Seegrenze unterstützt. Das als historisch gewürdigte Grenzabkommen vom vergangenen Jahr schwächte Beobachtern zufolge die Gefahr eines militärischen Konflikts und brachte Planungssicherheit für Investoren: Ein Konsortium aus TotalEnergies (Frankreich), ENI (Italien) und der staatlichen QatarEnergy brachte die Bohrrinsel von Norwegen in den Mittleren Osten.“(Capital am 21.10.23)[5] Das ist wohl der Hintergrund für die großen Worte des Hisbollah-Generalsekretärs Nasrallah und die Zurückhaltung bei

den Taten. Auch nicht ganz zufällig fanden die Verhandlungen zwischen Hamas und Israel über die Freilassung von Geiseln in Katar statt, von wo aus die Hamas massiv gefördert wurde, während sich Katar gleichzeitig gemeinsam mit Israel an der Ausplünderung der palästinensischen Bodenschätze beteiligt.

Das bedeutet, dass die Palästinenser in ihrem Kampf gegen die Zerstörung Gazas durch eine übermächtige israelische Armee weitgehend allein sind.

„Ein Bericht einer Konferenz der UN-Handels- und Entwicklungskommission von 2019 enthält die genauen Zahlen. Die Experten der UN-Kommission schätzten die palästinensischen Gasreserven auf 122 Billionen Kubikfuß und 1,7 Milliarden Barrel Öl. 2017, als das der Konferenz zugrunde liegende Dokument erstellt wurde, wurden die Vorkommen auf einen Wert von 453 Milliarden Dollar für Gas und 71 Milliarden Dollar für Öl geschätzt. ... Durch Inflation und andere Faktoren bereinigt liegt dieser Betrag heute bei über 600 Milliarden Dollar. ...“

All das schwelt jahrelang vor sich hin, während sich die Seiten immer wieder gegenseitig beschießen.

Der Traum vom ‚blühenden Garten‘ Gaza

2007 finden unter anderem auf Druck der USA Wahlen in Gaza statt, die die Hamas gewinnt. Die Hamas wurde damit, ob es einem gefällt oder nicht, die demokratisch legitimierte Regierung von Gaza. Da den USA das Ergebnis der von ihnen selbst geforderten Wahlen nicht gefiel, verweigerten sie der Hamas die Anerkennung. Als die Hamas 2007 an die Macht kommt, verspricht sie, Gaza-Stadt in eine blühende ‚Gartenstadt‘ zu verwandeln.

Israel verhängte daraufhin die Seeblockade und blockierte damit alle palästinensischen Bemühungen, die nötige Infrastruktur zu entwickeln. Am 27. Dezember 2008 hat die israelische Armee Palästina angegriffen. Palästina wehrt sich, auch mit Raketen.

Israel ist aber stärker und rücksichtsloser. Journalisten des Guardian^[6] schätzen, dass 83 Prozent der über 1.400 palästinensischen Todesopfer (darunter 313 Kinder) Zivilisten waren. Entscheidend ist jedoch, dass Israel mit der Operation „Cast lead“ einen großen Teil des Gazastreifens zerstört und das an den Gazastreifen angrenzende Seegebiet entgegen dem Völkerrecht

und den früheren Vereinbarungen zu seinem Eigentum macht.[7] BG schließt sein Büro in Tel Aviv, um nicht in dieses Chaos verwickelt zu werden.

Von 2008 bis 2022 gibt es einige Aktivitäten auf dem Schelf, aber insgesamt ist das Projekt eingefroren, da es regelmäßig zu militärischen Zusammenstößen kommt.

Die Sprengung der Nord Streams als Startsignal

Am 26. September 2022 – also erst vor kurzem, und nach den Maßstäben der langfristig planenden Öl- und Gasindustrie buchstäblich gestern – wurden die Nord-Streams, die Russland und Deutschland gehören, gesprengt. Auch wenn die westliche Presse versucht, die Sprengung der Ukraine anzuhängen, gibt es international kaum Zweifel daran, dass die USA dahinter stecken.

Europa hat nun ein Energieproblem.“

Exkurs: Wie von Öl und Gas als wirklicher deutscher Staatsräson getrieben (statt von furchtbarer „Nibelungentreue“ zu Israel), reist Fr. Baerbock im Jahr 2023: Januar London zu strategischen Gesprächen; im Mai Saudi-Arabien und Katar, August Abu Dhabi (VAR). Seit dem 7. Oktober: mehrfach Israel, dann aber Ägypten, Jordanien, Aserbaidshan, wieder Abu Dhabi Saudi-Arabien und Dubai. Und im Januar 2024 schon wieder Jerusalem, Ramallah, Kairo und Beirut (Libanon).

Herr Habeck plaudert aus: *„Die Gaslieferungen aus Katar – welches die Palästinenser finanziell unterstützt – seien in der Vergangenheit minimal gewesen und jetzt nicht groß, sagte der Vizekanzler am Samstag am Rande einer Tagung zur Klimatransformation in Mannheim. Das Land habe seine Unterstützung für die Palästinenser zudem mit Israel abgesprochen.“* [8]

Die Auseinandersetzungen, die Katar mit Iran über die angeblich größte Gas-Lagerstätte der Welt am Persischen Golf (South Pars- und North Dome-Feld) hat, können hier nicht weiter verfolgt und müssen separat untersucht werden.

Am 12.10.2023 empfängt Bundespräsident Steinmeier den Emir von Katar Tamim bin Hamad Al Thani, der sich anschließend bei Fr. Baerbock einstellt und schließlich Olaf Scholz zum Mittagessen im Kanzleramt trifft. Viel Ehre für den Hamas-Unterstützer und als „Blut-Scheich“ verschrienen Milliardär und Autokraten.

In wessen Auftrag sind denn unsere Politgrößen unterwegs? Reuters meldet z.B. am 19.9.2022: „*RWE in konstruktiven Gesprächen mit Katar wegen weiterer Flüssiggas-Lieferungen*“^[9] Während Lützerath abgebaggert wird, sind die RWE-Bosse in bester Gesellschaft mit den „Grünen“ Baerbock und Habeck beim Fossilscheich ...

Als Bösewicht und Feind hat man ja den Präsidenten der Russischen Föderation Vladimir Vladimirovitsch Putin auserkoren. Dazu noch eine kleine Nachricht: Russland und die Gazprom liefern vertragsgemäß auch weiterhin Gas in die EU.^[10] Das Gas fließt wie immer noch durch die Ukraine, die dafür auch Gebühren erhält!! Russland wie die Ukraine halten das Ende 2019 geschlossene Abkommen zwischen Gazprom und der staatlichen ukrainischen Naftogaz ein. An den Verhandlungen dazu waren beteiligt: Russland, Ukraine, Deutschland, Frankreich und die EU-Kommission. Aus der Ukraine führt die Pipeline über fünf Grenzübergänge (Moldawien und EU-Länder Polen, Slowakei, Rumänien, Ungarn). Das Gas landet dann in der Slowakei, Österreich, Italien, Ungarn, Slowenien, Kroatien sowie Moldawien). Wenn das Gas so ungestört, geradezu „friedlich“ fließen kann, wer – mit Verlaub – verhindert da eigentlich einen Waffenstillstand oder Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation?^[11]

Dabei geht es darum, den Preis so hoch zu halten, dass Frackinggas noch Profit abwirft. Marx hat in seiner Grundrententheorie aufgezeigt, dass sich der Preis für Rohstoffe nach den schlechtesten Quellen richtet. Und die schlechtesten Quellen sind derzeit die aus nur mit aufwändigen Fracking-Methoden zu gewinnenden Gasvorkommen. Wird durch ein Überangebot auf dem Weltmarkt der Gaspreis unter die Produktionskosten + Monopolprofit beim Frackinggas gedrückt, lohnt sich der Abbau nicht mehr, werden Verluste gemacht und schließlich die Quellen dicht gemacht. Die Leidtragenden wären in diesem Fall die Unternehmen, die Frackinggas (nicht nur in den USA) fördern – da sind dann auch wieder die „Schwestern“ mit dabei.^[12] Günstiges Gas, derzeit vor allem aus Russland und dem Iran, muss daher mit allen Mittel vom Markt ferngehalten werden. Das ist eines der kleinen Geheimnisse derzeitiger „großer Politik“.

„Im Sommer 2023 werden unter Vermittlung der USA Treffen zur Frage der raschen Entwicklung des Gasfeldes eingeleitet. Am 18. Juni 2023 gibt Benja-

min Netanjahu eine offizielle Erklärung ab, in der er das Projekt zur Erschließung des Ölfeldes gestattet, jedoch ohne Palästina zu erwähnen:

„Das Projekt ist notwendig, um die Sicherheit und die diplomatischen Bedürfnisse des Staates Israel zu gewährleisten.“

Am selben Tag erklärte Hamas-Sprecher Ismail Rudwan Folgendes:

„Wir bekräftigen, dass unser Volk in Gaza das Recht auf seine Bodenschätze hat.“

Man muss kein Experte sein, um diese beiden Aussagen zusammenzufügen und zu verstehen: Israel sagt ‚das sind unsere 600 Milliarden‘, Palästina sagt ‚nein, das sind unsere Bodenschätze‘. Das war das Startsignal für den Gazakrieg. ...

Der Krieg beginnt und Israel verteilt Förderlizenzen

Am 7. Oktober marschiert die Hamas in Israel ein. Israel antwortet. Ein weiteres Massaker beginnt.

Während Menschen sterben, finden – von dem medialen Dauerfeuer über den Krieg verborgen – mehrere wichtige Ereignisse statt, über die die Medien kaum berichtet haben.

Am 30. Oktober 2023 erteilte Israel^[13], nachdem es militärisch die Oberhand hat und die Bodenoffensive im Gazastreifen bevorsteht, sechs Konzernen Lizenzen für die Gasförderung Im Klartext: Nach dem Beginn des Krieges vergibt Israel, nicht Palästina, die Genehmigungen für die Gasförderung in Gewässern vor Gaza an internationale Unternehmen.

Unter den Unternehmen, die eine Lizenz erhalten haben, ist das das britische Unternehmen British Petroleum.“

Exkurs: Neben der BP ist die staatliche italienische ENI dabei (die faschistische Regierungschefin Meloni lässt grüßen) und die SOCAR. Das hat diesmal nichts mit SO wie Standard Oil zu tun, sondern steht für State Oil Company of Azerbaijan Republic. Aserbaidschan im östlichen Mittelmeer aktiv – wer hätte das gedacht? Das Öl aus dem Kaspischen Meer kommt über eine altbekannte Pipeline, die BTC von **B**aku (Aserbaidschan) über **T**iflis (Georgien) nach **C**eyhan in der Türkei. Im Betreiberkonsortium sitzen BP, SOCAR; To-

tal, ENI, ExxonMobil u.a. Die BTC wurde gegen den Widerstand Russlands und Armeniens und zahlreicher Umwelt- und Menschenrechtsverbände gebaut und 2006 in Betrieb genommen.

Blutiges Gas aus Gaza – um es plakativ auszudrücken –, das von Israel geplündert wird und unter dem Schirm des anglo-amerikanischen Ölkartells steht, soll also das Gas aus Russland ersetzen.

„Die Times of Israel berichtete[14] begeistert darüber.

Die Rolle des britischen Premierministers

Am 30. Oktober 2023, also am selben Tag, entließ der britische Premierminister Rishi Sunak[15] seinen Minister Paul Bristow, weil der einen Waffenstillstand im israelisch-palästinensischen Konflikt gefordert hatte.

Der britische Premierminister verhielt sich generell merkwürdig, indem er auf Zeit spielte und nicht über einen Waffenstillstand in der Region sprach. De facto unterstützte Sunak das Vorgehen Israels, die vollständige militärische Kontrolle über den Gazastreifen und natürlich den Festlandsockel zu erreichen. Es stellt sich die Frage, warum?

Die Antwort ist denkbar banal: Die IT-Firma Infosys, die Rashi Sunaks Frau, der Milliardärin Akshata Murty, und deren Familie gehört, hat im Sommer 2023 einen 1,5 Milliarden US-Dollar-Deal mit BP abgeschlossen.[16]

Zur gleichen Zeit genehmigte Sunak mehr als 100 Lizenzen[17] zur Erschließung von Öl- und Gasfeldern in der Nordsee (wie war das noch, mit der grünen Energiewende?). Der größte Nutznießer ist wiederum BP.

Die Medien bringen die Tatsache, dass Sunak de facto die Interessen von BP schützt, indem er einen Waffenstillstand in Israel verhindert, nicht in Verbindung. Aber Rashi Sunak unterstützt die israelische Militäroperation, deren Ziel die Erlangung der vollständigen Kontrolle über den Gazastreifen ist. ...

Der Gazakrieg als Baustein des Kampfes gegen Russland

Die Ursache des Gazakrieges ist nicht die Religion, nicht einmal die Geschichte, und auch nicht der Terrorismus. Nichts von dem, was die westlichen Medien berichten, ist wichtig.

Die Gründe für den Ausbruch des Konflikts zwischen Palästina und Israel sind Geld und Bodenschätze, die die USA und Großbritannien genau jetzt für den Stellvertreterkrieg gegen Russland brauchen. Denn eines liegt auf der Hand: Die rasche Erschließung der palästinensischen Gasreserven hat vor allem die Aufgabe, die Wiederinbetriebnahme der Nord-Streams in einigen Jahren, wenn die Emotionen zur Ruhe gekommen sind, zu verhindern.

Man kann natürlich an die Erklärungen der deutschen Medien und Regierungspolitiker (von denen vor allem die Grünen immer gegen Nord Stream waren, aber nicht gegen anderes Gas sind) über Israels „Recht auf Selbstverteidigung“ glauben. Man kann natürlich glauben, dass Israel von dem Angriff der Hamas ganz überrascht war, obwohl das von Beginn an zweifelhaft war.

Oder man kann sich an all die Kriege der USA und des Westens der letzten Jahrzehnte erinnern, bei denen es immer um Bodenschätze (irakisches, libysches, syrisches, etc. Öl und Gas) ging, was die westlichen Medien jedoch nie thematisiert, sondern stattdessen von „Demokratie, Menschenrechten, Freiheit und Wohlstand“ gefaselt haben, die diese Kriege den angeblich unterdrückten Völkern bringen sollten.“

Exkurs: Während der Raub palästinensischer Bodenschätze neue Dimensionen erreicht, kommt die Nachricht, dass die BASF ihre Energietochter Wintershall Dea, die ja eine Schlüsselstellung bei den NorthStream-Pipelines innehatte, verkauft. Das klingt fast wie eine endgültige Kapitulation vor dem Ölkartell. Wer genauer hinsieht, kann sich einen anderen Reim darauf machen.

Fakt ist, dass Wintershall **ohne** seine russischen Aktiva verkauft wird (für die gab es Bundesgarantien!). Die bleiben bei BASF und LetterOne, die dem russischen Unternehmer Mikhail Fridman gehört. Der größere Teil von Wintershall mit seinen Interessen in Norwegen, Argentinien, Deutschland und Dänemark, Mexiko, Algerien, Libyen, Ägypten (! – womit wir wieder im Krisengebiet sind) plus den Lizenzen von Wintershall Dea zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) wird an die britische Harbour Energy (Sitz Edinburgh) für rd. 12 Milliarden Euro verkauft. Davon in Cash 2,15 Mrd. Für den Rest erhalten BASF und LetterOne Aktien von Harbour und erreichen damit eine Aktienmehrheit bei Harbour Energy von 54,5 Prozent (davon BASF 39,6%). Immerhin: die Harbour gilt damit als eine der

weltgrößten, unabhängigen (also nicht zu dem „Schwestern“-Kartell gehörend), geographisch weitverzweigten Öl- und Gas Konzerne.[18] In der Mitteilung vom 21.12.2023 wird behauptet: „*Mit dieser Transaktion macht BASF einen wichtigen Schritt, um ihr angekündigtes strategisches Ziel einer Trennung vom Öl- und Gasgeschäft zu erreichen.*“[19] – Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Denn in Wirklichkeit hat jetzt die BASF bei der größeren Harbour Energy das Sagen, in der die Wintershall „aufgeht“. Ganz nebenbei wird die BASF mit dem Deal auch noch 900 KollegInnen in Kassel und Hamburg los. Dort sollen die Wintershall-Standorte geschlossen werden. Offen ist auch noch was aus den in der Tochtergesellschaft WIGA gebündelten bedeutenden europäischen und deutschen Pipeline-Beteiligungen werden soll.

Der mörderische Krieg gegen die Palästinenser ist Teil des großen Kampfs der imperialistischen Großmächte um die Aufteilung und Neuaufteilung der Rohstoffquellen dieser Erde. Er ist Teil des Aufmarschs des imperialistischen Lagers gegen das sozialistische China und seinen Verbündeten, die Russische Föderation. Und der deutsche Imperialismus ist vorne mit dabei.

Anmerkungen:

1 www.anti-spiegel.ru/2023/die-wahren-gruende-fuer-den-krieg-in-gaza/ – 10.01.2024. Zitate daraus sind ohne gesonderte Quellenangabe in Anführungszeichen und kursiv gesetzt.

2 www.offshore-technology.com/features/featurepalestine-offshore-gas-projects-mediterranean-sea/?cf-view – 10.01.2024

3 www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/bericht-gas-hub-russland-und-die-tuerkei-streiten-um-die-kontrolle-li.416898 – 12.01.2024

4 www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/israeli-offshore-gas-platform-near-gaza-resumes-production. – 12.01.2024. Das ist im Übrigen die vielleicht unter dem Namen TIP (Trans-Israel-Pipeline) besser bekannte Route. Sie wurde zur Umgehung des Israel-Boykotts unter Mitwirken des berühmten Marc Rich (später Glencore) gebaut, um Öl aus dem (von den USA und der EU sanktionierten) Iran weiterzuleiten. Diese Pipeline endet im Norden bei Ashkelon, dem Ort der von der Hamas am 6./7.10.2023 angegriffen wurde.

5 www.capital.de/wirtschaft-politik/was-ein-gasfeld-vor-dem-libanon-mit-dem-krieg-in-israel-zu-tun-hat-33929622.html

6 www.theguardian.com/commentisfree/2019/jan/07/ten-years-first-war-gaza-operation-cast-lead-israel-brute-force#:~:text=On%2027%20December%202008%2C%20Israel,and%20more%20than%205%2C500%20wounded. – 10.01.2024

7 unctad.org/system/files/official-document/gdsapp2019d1_en.pdf -10.01.2024 Die Aussage wird gestützt durch eine wichtige Studie der UNO-Organisation UNCTAD „The Economic Costs of the Israeli Occupation for the Palestinian People: The Unrealized Oil and Natural Gas Potential (Die wirtschaftlichen Kosten der israelischen Besetzung für das Palästinensische Volk – Das ungenutzte Potenzial an Öl und Erdgas)“ von 2019

8 www.zeit.de/news/2023-10/21/habeck-kein-nachteil-fuer-israel-durch-energie-auskatar – 12.01.2024. Hervorhb. CR

9 www.reuters.com/business/energy/rwe-constructive-talks-with-qatar-further-lng-supplies-2022-09-19/ – 12.01.2024

10 www.energypolicy.columbia.edu/qa-russian-gas-transit-through-ukraine/ – 12.01.2024

11 s. hierzu KAZ 379: „*Ein Blick hinter die Kulissen – Öl und Gas und der Ukraine Konflikt*“

12 s. dazu KAZ 373: „*Der Untergang der US-Fracking Industrie und seine Bedeutung für das internationale Kräfteverhältnis*“ – Übersetzung aus *Monthly Review* oder aktuell: www.offshore-technology.com/data-insights/innovators-oil-well-fracking-oil-and-gas/?cf-view – 13.01.2024

13 www.offshore-technology.com/news/israel-awards-gas-exploration-licences/?cf-view – 12.01.2024

14 www.timesofisrael.com/amid-ongoing-war-bp-and-eni-among-firms-awarded-gas-exploration-licenses-in-israel/

15 www.politico.eu/article/rishi-sunak-fires-government-aide-paul-bristow-after-he-calls-for-israel-hamas-ceasefire/

16 www.thenational.scot/news/23697572.rishi-sunaks-family-firm-infosys-signed-1-5b-deal-bp/ –

17 www.offshore-technology.com/news/uk-announces-100-new-north-sea-oil-and-gas-licenses/

18 www.thisismoney.co.uk/money/markets/article-12891081/MARKET-REPORT-North-Sea-energy-firm-Harbours-8-8bn-German-buy-up.html – 11.01.2024

19 www.basf.com/global/de/media/news-releases/2023/12/p-23-384.html

Notabene: „BASF hat Morgan Stanley & Co. International plc als exklusiven Finanzberater sowie Freshfields Bruckhaus Deringer als Rechtsberater im Zusammenhang mit der Transaktion ernannt.“

Hermann Jacobs: Zu Herbert Münchow über Walter Ulbricht / Ein Artikel in „Unsere Zeit“

Die Zeitschrift der DKP „Unsere Zeit“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 29. September 2023 einen Beitrag von Herbert Münchow - des Titels: „Walter Ulbrichts Überlegungen zur Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage“. Gemeint sind damit dessen Überlegungen, dass der Sozialismus „eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab ist“.

Diese Überlegungen sind dann aber nicht in das Gedankengut der SED eingegangen, Ulbricht blieb mit seiner Auffassung allein. (Unter den Wirtschaftswissenschaftlern der DDR teilte wohl nur Harry Nick diese Einordnung explizit, ja, Nick gilt im Grunde als der stille Ideengeber Ulbrichts, d.h. eigentliche Autor dieses Gedankens).

Herbert Münchow nun, der in der Zeitung der DKP daran erinnert, knüpft an diese damaligen Überlegungen Ulbrichts eine eigene Auslegung Ulbrichts, ich zitiere: „Die von Ulbricht vertretene und geförderte Sozialismuskonzeption ... hat zur Konsequenz, dass der Abschluss der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht schlechthin mit dem Aufbau des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus identifiziert werden kann“.

Ja, ist das noch Ulbricht? Oder ist es nicht eher – Münchow? Eine Übergangsperiode vor der anderen, erst eine solche, die nicht mit dem Sozialismus als Übergangsperiode identifiziert werden kann? Zwei Übergangsperioden (nach dem Kapitalismus) also.

Die DKP sollte gut überlegen, ob sie sich diese Auslegung Ulbrichts in ihrem Gedankengut über den Sozialismus zu eigen macht.

Es sind ja schließlich zwei Dinge: 1. Was sagte Ulbricht, wie verstand er den Sozialismus? Als etwas Eigenes vor dem Kommunismus? War *das* richtig bzw. möglich, oder war es doch eher falsch? 2. Ergibt sich die Konsequenz,

die Münchow aus Ulbricht zieht, tatsächlich aus – Ulbricht? Oder ist das nicht eher eine eigene Auffassung von Münchow, wie sich der Übergang aus dem Kapitalismus in den Sozialismus gestaltet? Kann es da einen ganz neuen Gedanken geben, der mit Ulbricht gar nichts zu tun hat? Und der stattdessen bzw. eher in das Gedankengut der DKP, oder überhaupt in das Gedankengut noch bestehender kommunistischer Parteien eingehen sollte?

Zu 1: Hat Ulbricht richtig erkannt, ist das, was Ulbricht vom Sozialismus sagt(e), die bessere, richtige Definition des Sozialismus. Ist also der Sozialismus eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation“, eine eigene Formation noch vor dem Kommunismus? Nein, das ist falsch. Sozialismus und Kommunismus sind zwei Phasen ein und derselben Formation des - Kommunismus! Sie sind von selbem Eigentumscharakter an den sachlichen Bedingungen/Elementen der Produktion, sind beide in dieser Hinsicht von Volkes Eigentum. D.h. ihr bis dato privater Charakter ist aufgehoben und in gesellschaftlichen Charakter umgewandelt. Und dieser Charakter des Eigentums entscheidet über die Frage, welche Zuordnung diese Phase zu welcher Formation hat. Das ist eben die des Kommunismus, oder ist das, was wir unter Kommunismus verstehen.

Zu diesem Kommunismus nun gibt es andere Momente, die zu ihm übergehen, deshalb auch (!) Übergangsperiode zum Kommunismus (in dem diese Momente dann verschwunden sind). Weshalb der „Sozialismus“ auch *noch nicht* „Kommunismus“ ist. Aber das bezieht sich nicht mehr auf den Eigentumscharakter der Produktionsmittel bzw. schlechthin auf die Art und Weise der Produktion. Diese sind gesellschaftlich-gemeinschaftlichen Charakters und unterliegen in der sogenannten zweiten Phase des Kommunismus keinerlei Veränderungen mehr gegenüber der ersten. Mit anderen Worten: Die erste Phase ist bereits die zweite Phase. Der Kommunismus insgesamt beginnt, wenn er beginnt, doppelt. Sowohl mit seiner allgemeinen Bestimmung, deren besonderes Moment in den Charakter der allgemeinen Bestimmung eingeht.

Was ist denn in einer ersten Phase des Kommunismus überhaupt das Besondere? Das sind *ausschließlich die Lohnverhältnisse!* Auf dem Gebiet der individuellen Konsumtion kann es am Beginn des Kommunismus noch nicht um absolut bedarfsgesteuerte Verhältnisse der Aneignung gehen, es muss noch ein die individuelle Aneignung begrenzendes Verhältnis geben, und das ist ein noch nicht *unbegrenzt* ausgezahlter oder ein noch nicht durch den individuel-

len Bedarf begrenzt gezahlter Lohn. Der allerdings auch unter dieser Bedingung noch seiner Begrenztheit mit einem Wert der Ware Arbeitskraft nichts mehr zu tun hat. Ist er doch von Beginn des Kommunismus an ein an das Wachstum an Gütern/Gebrauchswerten in der Abteilung II/Konsumtionsmittel gebundener Lohn. Und bei der Frage nach der Produktion, wodurch ist hier die Aneignung bestimmt (es gibt ja zwei Formen der Aneignung: 1. die gesellschaftliche durch die Produktion selbst, 2. die individuelle durch den Produzenten), muss die Antwort auch bereits ab der ersten Phase lauten: Nach dem Bedarf auf Gebrauchswerte – um nämlich Gebrauchswerte zu produzieren.

So ist es auch von Marx prognostiziert worden. An die Stelle der Wertform der Aneignung = die Form, in der Privateigentum an der Arbeit aneignet, tritt die Gebrauchswertaneignung = Form in der gesellschaftliches Eigentum an der Arbeit aneignet. Und ein prinzipiell zur Aneignung dem Gebrauchswert nach überwechselnder Lohn ist Moment der Gesellschaftsform der Aneignung nach dem Gebrauchswert. Nur eben erst begrenzter Übergang, aber Übergang.

Fazit also zu 1: Ist die erste Phase des Kommunismus, gemeinhin Sozialismus genannt, als eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation“, verschieden vom „reifen oder entwickelten sozialökonomischen Charakter des Kommunismus“ zu verstehen? Nein. Und zwar deshalb nicht, weil beide Phasen (oder Perioden) als von selbem Charakter dem Eigentum nach zu verstehen sind; und auch bei der individuellen Form der Aneignung entspricht die erste Phase bereits dem Inhalt nach der zweiten Phase – begrenzt.

Was mag Ulbricht bewogen haben, die erste Phase des Kommunismus eher wie eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation“ verstanden zu wissen? Wir brauchen – auch im Nachhinein – nicht groß herumzurätseln: Der Sozialismus blieb bei der Kapitalformel $C+V+M$ stehen. Er hob sie nicht auf! Es hätte sich aber gehört, sie aufzuheben, *um der ersten, wichtigsten Erscheinungsform des Kommunismus sichtbar Ausdruck zu verleihen! Welche ist diese? Nun, die Aufhebung des Wertes der Ware Arbeitskraft.* Statt von produktivem Wachstum der Produktion (in der Abt. II/Konsumtionsmittel) ausgeschlossen zu sein, wird mit dem Beginn des Kommunismus, also ab dem Beginn der sogenannten 1. Phase des Kommunismus. der Lohn in ein Adäquat dieses Wachstums umgewandelt. Dazu müssen aber die Preise der Produkte ihren Charakter als Ausdruck des Wertes der Waren aufgeben! Der Sozialismus (mit Planwirtschaft) muss das wertgeleitete Preissystem des Ka-

pitalismus ab der 1. Phase des Kommunismus in ein gebrauchswertgeleitetes Preissystem umwandeln. Und das ist a) ein Festpreissystem bezogen auf ein einzelnes Produkt und b) ein Summenpreissystem bezogen auf das allgemeine Preissystem, das durch die Summe der Produkte bewegt wird.

Ein mit dem Anstieg der Produktion in der Abteilung II nunmehr tendenziell steigender Lohn hat aber in Preisen, die in solche konstanten Charakters geändert haben, nichts zu suchen. Bei entsprechendem Lohnanstieg (Anstieg von $V = \text{Kosten im Preis}$) täuschen sie ja ein Unrentabelwerden der Produktion vor, obwohl sie mit Unrentabilität nichts zu tun haben. (*Sie haben mit Umverteilung von Wachstum zu tun*). Ulbricht fiel auf die partiell entstehende Erscheinungsform von betrieblicher Unrentabilität herein, und verstand unter seiner These vom relativ selbständigen formatorischen ökonomischen Charakter des Sozialismus die Wiederbelebung wertbestimmter Preise im Sozialismus. Preise sollten wieder in wertbestimmte resp. „rentable Preise“ ändern, aber ändern sollte nicht der Lohn, dessen Anstieg ja auf Preisen beruhte, die nicht dem Wert entsprachen. Das war ein Widerspruch in sich selber.

Nun zu der angeblichen Konsequenz aus der These von Ulbricht – im Verständnis von Herbert Münchow. Er spricht von einer neuen Art von Übergangsperiode nach dem Kapitalismus – aber *vor* dem Sozialismus! Davon sprach Ulbricht überhaupt nicht. Davon spricht – jetzt, nur Münchow. Es geht bei der Frage, ob er dazu Grund hat, überhaupt nicht um Ulbricht, sondern darum, ob sich geschichtlich gesehen, bei Vergleich unterschiedlicher Länder, ein Umstand ergeben hat, der dafür spricht, von einer möglichen Übergangsperiode nach dem Kapitalismus auszugehen, die noch nicht mit dem Sozialismus nach bisherigem Verständnis identisch ist.

Ich sehe hier nur ein Land, das für diese Überlegung in Frage kommt, und das ist China. China unterscheidet sich von allen bisherigen Ländern, die einen solchen Übergang vollzogen haben, darin, dass in ihm ein ungewöhnlich starker Sektor kapitalistischen privaten Charakters des Eigentums bestehen geblieben - oder richtiger sogar: erst unter Bedingung neuer politischer Macht in Form einer kommunistischen Partei Chinas aufgebaut worden ist.

Hier geht es nicht um die Frage, was die Gründe dafür waren (in China dafür waren), sondern darum, ob damit eine Übergangsperiode zum Kommunismus in China entstanden, die als eine Periode *vor* dem Sozialismus – als eine

Übergangsperiode zu dieser – zu definieren wäre. Der Fakt stimmt auf jeden Fall. Es sind in China ja zwei Eigentumsformen entstanden – es gibt „Staats“betriebe ... die wie zu definieren sind? Als solche gesellschaftlichen Eigentumscharakter? Man muss eine Definition treffen. Und dann gibt es natürlich Privatbetriebe, Betriebe kapitalistischer Eigentümer. Da ist die Definition einfach. Sie sind privater Eigentumsnatur. Punkt. Wie, wann gehen denn sie zum Volkseigentum über? Gibt es da überhaupt schon Vorstellungen, Pläne? Vorstellungen vielleicht, Pläne eher nicht. Das wird also eine Frage von langer Dauer sein. 20, 30, 50 Jahre, 100?

Aber: Es gäbe dennoch zwei Momente, die bereits als solche von übergehender Form zum Sozialismus zu deuten wären.

1. Wie wird die Frage des Lohnes in China in den noch kapitalistischen Betrieben gehandhabt? Wird sie rein den Arbeitern in diesen Betrieben überantwortet – wie das in kapitalistischen Betrieben/Ländern üblich ist? Oder wie weit (schon) mischt sich der Staat bzw. die Kommunistische Partei in die Ordnung der Lohnfrage in China ein?

2. Was ist mit dem Kreditgeld-Fonds in China? Kein Kapitalismus mehr funktioniert ohne Bankkapital, d.h. ergänzt somit die äquivalente Aneignung dem Wert nach durch die proportionale Aneignung dem Gebrauchswert nach. Gibt es in China auch privates Bankeigentum? Wie weit? Wie weit aber gibt es schon staatliche Banken, die das Kreditaufkommen in China verwalten? Bei schon staatlicher Verwaltung des Kreditgeldes kann die proportionale Entwicklung der Produktion bereits über den Staat, nicht schlechthin nur über Kapitalisten in China entschieden bzw. reguliert werden – ein wesentliches Kriterium beginnenden Sozialismus.

Man muss die Ansätze zu Neuem in China näher, besser beurteilen. Das wäre vielleicht eine Hilfe auch für China. Und natürlich auch für die Meinungsbildung kommunistischer Parteien außerhalb Chinas. In diesem Falle in Deutschland für die DKP.

Gerhard Feldbauer: Presseerklärung zur Berichterstattung der „UZ“

Nachdem mich wieder Anfragen erreichen, warum ich nicht mehr in „Unsere Zeit“ über Italien berichte, möchte ich dazu erklären:

Seit 1995 habe ich in der „UZ“ in fast in jeder Ausgabe regelmäßig vor allem über Italien, aber auch zu theoretischen Fragen berichtet. Nicht ich habe diese Berichterstattung beendet, sondern die „UZ“ hat die Zusammenarbeit mit mir ohne eine Begründung eingestellt. Ob das, wie mir aus Gerüchten bekannt wurde, mit dem Erscheinen meines Buches „Umbruchsjahre in Italien – Als Auslandskorrespondent in Rom 1973 bis 1979“ (PapyRossa, Köln 2019), zusammenhängt, es dazu Einwände gegeben haben soll, kann ich nicht einschätzen. Ich reflektiere, ausgehend von dem, was ich darin geschrieben habe, einfach meine Zeit der Zusammenarbeit mit der „UZ“ und überlasse dem Leser das Urteil.

Fakt ist, dass ich in den Buch, meinem Zehnten über Italien, zu einer Reihe von Fragen meine Meinung dargelegt habe, was in der „UZ“ anderes gesehen werden könnte. So habe ich auch dargelegt, dass die SED im Verhältnis zum »eurokommunistischen« Kurs Berlinguers entgegen gängiger Auffassungen nicht der Moskauer Linie folgte, sondern seiner Politik Verständnis entgegenbrachte.

Ich habe mich zu Mitgliedern des Politbüros der SED, und zu Klaus Gysi, dem Botschafter von 1973 bis 1978 in Rom, zu denen ich während meiner journalistischen Arbeit enge Kontakte unterhielt, geäußert, auch zur Gängelung der Berichterstattung der Journalisten, die nicht erst unter Politbüromitglied Achim Hermann begann, sondern bereits mit dem Amtsantritt Honeckers 1973 einsetzte. Dazu habe ich dargelegt, wie der mir aus der Arbeit im ADN bekannte Wolfgang Meyer, später als Leiter der Presseabteilung des MfAA und in dieser Funktion faktisch Pressesprecher der Partei- und Staatsführung, sich dieser Linie widerspruchslos unterordnete.

In der Modrow-Regierung im Herbst 1989 stieg Meyer zum Regierungssprecher im Ministerrang auf. Es machte mich schon damals nachdenklich, dass in der Modrow-Regierung frühere DDR-Spitzenfunktionäre die eingeeübte Linie der Anpassung und Unterordnung nun unter veränderten Bedingungen fort-

setzten, dabei viele ihrer bisherigen Überzeugungen bedenkenlos über Bord warfen und sich, ganz nach dem Beispiel des Ministerpräsidenten, in keinerlei Hinsicht zu dem zu erwartenden Schicksal der DDR bei einem Anschluss an die Bundesrepublik äußerten. Das ist u. a. nachzulesen in meiner Schrift „Die Stunde der Opportunisten. Gregor Gysi griff 1989/90 die Liquidierung der italienischen PCI als Modell für seine PDS auf“ (Schriftenreihe „Konsequent“ der DKP Berlin, 1/2020. Neuauflage herausgegeben von E. Rasmus Amazon 2023.

Die DDR-Journalistin Edith Spielhagen gab 1993 unter dem diffamierenden Titel „So durften wir glauben zu kämpfen“ eine Schrift heraus, in der Wolfgang Thierse zur Gründung der DDR bemerkte, sie sei eine „Mischung aus Irrationalität und Brutalität, von Byzantinismus und Banalität“ gewesen. Der spätere Bundestagspräsident stellte den sozialistischen deutschen Staat durch die Phrase von „insgesamt 60 Jahren zweier unterschiedlicher autoritärer Regimes“ mit der faschistischen Diktatur auf eine Stufe. Wolfgang Meyer hinderte das nicht, sich an diesem Machwerk mit einem Beitrag „DDR-Medien im demokratischen Aufbruch“ zu beteiligen und der „Bürgerrechtsbewegung“ zu bescheinigen, es sei ihr „um eine bessere, d. h. demokratische DDR“ gegangen.

Nach dem Ende der Modrow-Regierung kam Meyer bei der PDS unter, war von 1999 bis 2005 Mitarbeiter von Modrow als PDS-Ehrenvorsitzender, nach der Konstituierung der PDS zur Partei Die Linke Mitarbeiter in deren Zentrale in Berlin. Meyer war auf Pressefesten der „UZ“ ein gern gesehener Gast. Er verstarb am 23. März 2011.

Nicht gern wurde in der „UZ“ gesehen, dass ich, seit im Februar 1998 die Zeitschrift „Rotfuchs“ (RF) von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost gegründet wurde, für diese schrieb. Die Gruppe stand der zu dieser Zeit in der DKP von marxistisch-leninistischen Positionen abweichenden Linie kritisch gegenüber. Als ich im Juli 2001 von der Versammlung zur Gründung des „Rotfuchs“-Förderverein e.V., der die Herausgabe der Zeitschrift übernahm, zum Vorsitzenden gewählt wurde, verstärkte sich die Kritik.

RF-Chefredakteur Klaus Steiniger weigerte sich, eine in der Satzung des Vereins festgelegte Redaktion zu bilden und unterdrückte Kritik daran, was der Vorstand billigte. Daraufhin trat ich 2005 als Vorsitzender zurück. Nachdem

die Jahresversammlung des Vereins sich hinter Steininger stellte, den Absatz über die Bildung einer Redaktion strich, trat ich auch aus dem Verein aus. Nach dem Tod Klaus Steingers übernahm Arnold Schölzel am 1. April 2016 die Chefredaktion des RF. Er korrigierte stillschweigend die Änderung der Satzung und bildete eine Redaktion.

Ich habe mich stets gegen Erscheinungen des Abweichens von marxistisch-leninistischen Position in der DKP und in der „UZ“ gestellt, darunter durch die Meyer-Fraktion.

Seit 2001 habe in der von Frank Flegel herausgegebenen Zeitschrift „offensiv“, zu deren Gründungsmitgliedern Peter Hacks gehörte, als Autor mitgewirkt. Ich habe die von „offensiv“ gegründete „Kommunistische Initiative“ (KI) zur Gründung einer neuen Kommunistischen Partei abgelehnt, die die DKP ausschloss, und habe argumentiert, dass sie grundlegende Erfahrungen von Marx und Engels missachtet. So Marx's Kritik am Gothaer Programm, eingeschlossen Engels Vorwort vom 6. Januar 1891 (MEW, Bd. 19, S. 15 bis 32) und die Tatsache, dass Marx und Engels eben auch nicht die Aufgabe stellten, die in Gotha entstandene Partei aufzugeben und eine neue, von revisionistischen Einflüssen freie revolutionäre Arbeiterpartei zu schaffen, sondern sie darum kämpften, „die richtige politische Linie in der deutschen sozialdemokratischen Partei“ durchzusetzen. (Ebd., S. XI). Trotz der opportunistischen Auswüchse des Gothaer Programms stellten Marx und Engels in den Vordergrund ihrer Wertung die Bedeutung der Herstellung einer einheitlichen Arbeiterpartei. Durch ihr energisches Auftreten gelang es in dieser Periode, die Opportunisten in der Partei zurückzudrängen und zu erreichen, dass das praktische Auftreten der Partei durch revolutionäre Aktionen bestimmt wurde. Sie kämpfte erfolgreich gegen das Sozialistengesetz und fand den richtigen Weg zu den Massen (Ebd., S. XIII).

„offensiv“ und Frank Flegel persönlich nahmen keine Kenntnis davon, dass sich in der DKP 2013 mit der Wahl Patrik Köbeles zum DKP-Vorsitzenden eine marxistisch-leninistische Führungsgruppe durchsetzte, die, wenn auch mit großen Schwierigkeiten kämpfend, eine Wende zur Durchsetzung einer marxistisch-leninistischen Strategie einleitete. Mit Beiträgen in „offensiv“, darunter in mehreren Sonderheften, versuchte ich, auf marxistisch-leninistischen Grundlagen auf das Profil der Zeitschrift und ihrer Bildungsarbeit unter Abonnenten/Lesern (nach Angaben von Frank Flegel sind es etwa

1.000) einzuwirken. Dazu habe ich auch zwei Vorträge im Fernstudium von „offensiv“-KPD gehalten. Nachdem Frank Flegel die Leitung der DKP als zentristisch einschätzte und meinen Vorschlag, mit Vertretern der DKP oder wenigstens der „UZ“ in einen Dialog einzutreten ablehnte und bekräftigte, die Führung der DKP sei „zentristisch mit all den negativen Auswirkungen, die der Zentrismus mit sich bringt“ (Heft 1/2018), und der Kapitulantengruppe in der DKP um Philipp Kissel, in deren Fahrtwind seine Frankfurter Gruppe mit 80 Genossinnen und Genossen im November 2017 aus der DKP und der SDAJ austrat, ein Sonderheft widmete, habe ich die Mitarbeit an „offensiv“ eingestellt und das mit einer Presseerklärung bekannt gegeben.

Soweit ich in „offensiv“ verfolge, ist die Polemik mit der DKP/„UZ“ inzwischen eingestellt worden.

gez. Gerhard Feldbauer

Vor etwas mehr als 100 Jahren starb W. I. Lenin

Europäischen Kommunistischen Aktion (EKA): “Zum hundertsten Jahrestag des Todes von Wladimir Iljitsch Lenin”

(Deutsche Übersetzung in Verantwortung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA).)

Heute, am Vorabend des 100. Todestages von Wladimir Iljitsch Lenin (21. Januar 1924), wenden wir, die an der EKA beteiligten kommunistischen und Arbeiterparteien, uns der herausragenden Persönlichkeit dieses brillanten Denkers und Revolutionärs zu.

Sein Beitrag für die Sache der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten, den Kampf für die Abschaffung der Ausbeutung und den Aufbau der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft ist enorm.

Es ist nicht verwunderlich, dass Lenin immer wieder zur Zielscheibe der bürgerlichen Propaganda wird. Wenn wir den Zustand der Gesellschaftsstruktur

zu Beginn des 21. Jahrhunderts analysieren und die Schärfe des gegenwärtigen politischen Moments verstehen:

Wir betonen die Größe der menschlichen Leistung von W. I. Lenin als Führer der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die eine neue Etappe in der Geschichte der Menschheit markierte, indem sie die Ausbeutergesellschaft in Russland stürzte und die Massen der Menschen in vielen Ländern der Welt zum revolutionären Kampf inspirierte; als Schöpfer des weltweit ersten Staates der Diktatur des Proletariats im Dienste der Bedürfnisse der Vielen, der Ausgebeuteten und Unterdrückten, der Arbeitermacht, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der zentralen Planung, die zu beispiellosen Errungenschaften im sozioökonomischen Leben innerhalb eines historischen Rekordzeitraums führte. Die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus wurde dadurch bewiesen, dass er das Recht auf Arbeit gewährleistete, den Arbeitern ein sicheres und würdiges Leben bot, ein hohes Bildungsniveau erreichte und den Zugang zum Reichtum der Weltkultur ermöglichte. Der Sozialismus führte eine neue Art menschlicher Beziehungen ein, die nicht auf Unterordnung und Wettbewerb, sondern auf Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung im Prozess der gemeinsamen schöpferischen Umgestaltung der Wirklichkeit beruhen. Die UdSSR war die Stütze des Volkes im Kampf für Sozialismus und Frieden.

Wir sind davon überzeugt, dass Lenins umfangreiches theoretisches Vermächtnis und seine Lehren für die politische Praxis und den Parteaufbau eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie darstellen, einen bleibenden Wert haben und die Grundlage für die ideologische und politische Bildung und Tätigkeit jeder neuen Generation von Revolutionären auf der ganzen Welt bilden.

Wir bleiben der Methodik der materialistisch-dialektischen Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft verpflichtet, die von Lenin in Fortführung der marxistischen Methodik entwickelt wurde; der Charakterisierung des höchsten Entwicklungsstadiums des Kapitalismus – des Imperialismus mit seinen Grundzügen – als Vorabend der sozialistischen Revolution, die vor allem in dem Werk “Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus” formuliert wurde. Die Geschichte hat die Richtigkeit der wissenschaftlichen Schlussfolgerungen von Lenin bewiesen. Trotz der einzelnen Veränderungen, die der Imperialismus seit der Abfassung dieses Werkes durchlaufen hat, hat

er seinen ausbeuterischen Charakter nicht verändert: Er ist nach wie vor Monopolkapitalismus, Kapitalismus in seiner reaktionärsten Epoche, der vom Gesetz der Gewinnmaximierung beherrscht wird, das auf der Steigerung der Ausbeutung der Lohnarbeit beruht; die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer (heute erhalten 50 Prozent der Weltbevölkerung im Durchschnitt 8 Prozent des Welteinkommens, während die reichsten 10 Prozent 52 Prozent erhalten, laut dem World Inequality Report – 2022); sie beutet die natürlichen Ressourcen der Erde weiterhin gnadenlos aus; sie verursacht regelmäßig kleine und große Kriege (49 allein seit Beginn des 21. Jahrhunderts), die den Völkern der Welt große Probleme bereiten.

Wir lassen uns von der Lehre Lenins über den Parteaufbau leiten, wonach nur eine Partei neuen Typs, eine Avantgarde, in der Lage ist, den Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht zu werden, die proletarischen Massen zu führen, den Beginn der sozialistischen Revolution zu gewährleisten und den sozialistischen Aufbau einer neuen Gesellschaft zu entwickeln. Die hohe Autorität der bolschewistischen Partei hat sich auf den Baustellen der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft, im Kampf gegen die faschistische Plage, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, bestätigt.

Wir bestehen auf der Notwendigkeit, Lenins Anweisungen zur Frage des imperialistischen Krieges zu folgen, ohne die es schwierig ist, die Ursachen, die treibenden Kräfte und das Wesen des militärischen Konflikts zu verstehen, der in vielen Regionen unserer Welt und insbesondere auf dem Gebiet der Ukraine stattfindet. In seinen Dutzenden von Werken, z. B. "Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", "Sozialismus und Krieg", "Die Frage des Friedens", "Unter fremder Flagge" und anderen, die der Analyse des Krieges im Zeitalter des Imperialismus gewidmet sind, erklärt W. I. Lenin: "Der Kampf um die Märkte und die Ausplünderung fremder Länder, das Bestreben, die revolutionäre Bewegung des Proletariats und die Demokratie in den Ländern zu stoppen, das Bestreben, die Proletarier aller Länder zu täuschen, zu spalten und zu töten, indem man die Lohnsklaven einer Nation gegen die Lohnsklaven einer anderen zum Nutzen der Bourgeoisie ausspielt, ist der einzige wirkliche Inhalt und die Bedeutung des Krieges". Heute sind die auf dem proletarischen Internationalismus beruhenden Hinweise Lenins zur Frage des imperialistischen Krieges aktueller denn je.

Wir warnen vor der Gefahr imperialistischer Pläne und Konkurrenzen in der Region des Nahen Ostens und des Roten Meeres sowie vor der Bedrohung, dass der imperialistische Krieg, der 2022 auf dem Territorium der Ukraine entfesselt wurde und zwischen der Bourgeoisie der Ukraine, mit Unterstützung der USA, der NATO und der EU und der Bourgeoisie Russlands mit Beteiligung Chinas usw. geführt wird, verallgemeinert werden und Blutvergießen in anderen Ländern verursachen kann und die Menschheit aufgrund von Atomwaffen in eine globale Katastrophe führen kann.

Die EKA kämpft gegen imperialistischen Krieg, für die Loslösung unserer Länder von imperialistischen Plänen und Organisationen. Die Lösung für die Völker liegt nicht in den von den bürgerlichen Mächten genährten Illusionen, dass es eine andere, “bessere Sicherheitsarchitektur” oder die NATO “ohne militärische Pläne und offensive Waffensysteme auf ihrem Territorium” oder eine “friedensfreundliche EU” oder eine “friedliche multipolare Welt” geben könnte. Die Lösung liegt in der Stärkung des Klassenkampfes für die Loslösung von den imperialistischen Vereinigungen, gegen den imperialistischen Krieg und den Schoß, der ihn gebiert, d.h. das kapitalistische System.

Wir veröffentlichen diese Erklärung anlässlich des hundertsten Todestages von W. I. Lenin, nicht nur, um den Führer des Weltproletariats zu würdigen und sein Andenken zu ehren, sondern auch, um alle Werktätigen, die kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa und auf der ganzen Welt aufzurufen, den Weg ihrer historischen Perspektive zu beschreiten; die revolutionäre Theorie, die der Leitfaden der revolutionären Aktion ist, tiefer zu studieren; den Kommunismus zu studieren; die vielfältigen Erfahrungen der III. Kommunistischen Internationale, deren Initiator Lenin war, zu studieren und ihre unabhängige Linie, die nichts mit allen bürgerlichen und imperialistischen Plänen zu tun hat, gegen die bürgerlichen, nationalistischen und chauvinistischen Tendenzen sowie den Kosmopolitismus des Kapitals zu stärken; gegen Opportunismus und parlamentarische Illusionen zu kämpfen; zur Formulierung einer zeitgemäßen revolutionären Strategie beizutragen – das heißt, dem Geist des Leninismus zu entsprechen

Heinz Ahlreip: Zu Lenins 100. Todestag

Lenin starb am 21. Januar 1924, auf den Tag genau 231 Jahre nach des Guillotinierens Ludwig XVI. als einem der Höhepunkte der klassischen bürgerlichen französischen Revolution, gar der entscheidende Höhepunkt? Jedenfalls sah Robespierre es so. Das Guillotinieren 1793 rüttelte die Völker wenigstens Europas schockartig auf, die von Lenin angeführte Oktoberrevolution die Arbeiter und Kleinbauern aller Länder der Welt.

Marx und Engels waren vor Lenin die größten praktischen, primär als analysierende, aufklärende und anfeuernde Redakteure von Revolutionszeitungen, Engels auch als Soldat in der 48er Revolution unter Willich im Badischen, und theoretischen Helfer des Proletariats auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, man denke nur an das Manifest der Kommunistischen Partei oder an das Kapital von Marx, dem Schlüsselbuch der Weltgeschichte, beides theoretische Waffen, die die Arbeiterklasse über ihre welthistorische Mission aufklären und auf die gewaltige gewaltsame Revolution ausrichten. Sie nahmen bereits die klare Feindbestimmung vor, indem sie das Hauptaugenmerk der Arbeiterklasse auf die kapitalistischen Produktionsmitteleigentümer richteten, die sich in den Klassenkämpfen ihrer Zeit gegen den Feudaladel das Kommando über unbezahlte Lohnarbeit mit bäuerlich-proletarischer Hilfe erfochten hatten.

Das Proletariat kämpft zunächst gegen die Feinde seiner Feinde heißt es im Manifest. In diesem steht geschrieben, dass die proletarische Revolution im Gegensatz zu vorhergehenden bürgerlichen Revolutionen u. a. diese Spezifik aufweist: *“Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören“.* (Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,472).

Marx starb 1883, Engels 1895. Nach beider Toden übernahmen Kautsky und Bernstein die polit-theoretische Führung der Arbeiterklasse, ohne jedoch mit einer Vertiefung der materialistischen Dialektik der Klassiker, nach Engels unser bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe, aufwarten zu können. Die Schuhe waren zu groß. Die II. Internationale, die 27 Jahre von 1889 bis

1916 existierte, fuhr die Lokomotive der Revolution gegen die Wand. Ein deutliches Zeichen war Mitte 1914 die sozialistische Bewilligung von Kriegskrediten für von Monarchien ausgeführte imperialistische Kriege. Tiefer können sozialistische Parteien nicht fallen. 1912 wurde auf dem Internationalen Sozialistenkongress zu Basel noch beschworen, im Falle eines imperialistischen Krieges diesen sofort in einen Bürgerkrieg umzuwandeln zum Sturz der verhassten, blutsaugenden und kriegstreibenden Finanzkapitalisten.

Erst der am 22. April 1870 in Simbirsk geborene Wladimir Iljitsch Lenin wurde zusammen mit Stalin würdiger Nachfolger von Marx und Engels. Insbesondere musste sich Lenin aufgrund der objektiven Klassenkampfgestaltung als Kritiker des Revisionismus profilieren, personell insbesondere gegen Kautsky und Bernstein. Die sich 1903 in Bolschewiki (Mehrheit gewinnende) und Menschewiki (Minderheit bleibende) spaltende Kommunistische Partei Russlands folgte von bolschewistischer Seite als einzige Lenins Parteikonzept einer Partei neuen Typs als eine der Massen mit elementaren Berufsrevolutionären an der Spitze, das er ein Jahr zuvor 1902 in seiner Parteischrift Was tun? entworfen hatte, mit der er die Lehre von der Partei über Marx und Engels hinaus erweiterte.

Die Partei nahm ab 1902/03 Kurs auf eine radikale Sozialrevolution im Sinne der Mobilisierung der großen Masse der Kleinbauern und der weniger zahlreichen Industrieproletarier in den großen Städten. Lenin oder Kautsky, das war bei strenger Sicht der Parteienentwicklungen schon ab 1902/03 die Frage, die ab 1910 für die Parteimitglieder wegen Kautskys Rechtswendung immer fassbarer wurde.

Nur in Russland wurden die Massen parteimäßig zum Sieg über die kapitalistischen Ausbeuter in den Städten und über die Kulaken (Großbauern, die Lohnarbeiter ausbeuteten) geführt, in Deutschland versagte die SPD nach der Billigung von Kriegskrediten 1914 auch 1918/19 erneut, und zwar in der Machtfrage, die die Novemberrevolution gestellt hatte. Sie unterließ und verhinderte Massenerhebungen und Massenbewaffnungen. So wurde das deutsche Volk am 28. Juni 1919 in Versailles zum Kotau vor den siegreichen imperialistischen Mächten des ersten Weltkrieges gezwungen.

Lenin vereinte beides, die Vertiefung der revolutionären Theorie der materialistischen Dialektik von Marx und Engels und die Praxis, sie dem Imperialis-

mus gemäß durch enge revolutionär-praktische Tätigkeit adäquat auszugestalten und dabei revolutionäre Standhaftigkeit an den Tag zu legen. Das allein hätte schon zu einer weltgeschichtlichen Größe ausgereicht. Zu seiner praktisch-revolutionären Tätigkeit zählt, dass er die revolutionärste kommunistische Partei seiner Zeit gegründet und gepflegt hatte und kadermäßig stählte.

Diese politischen Meisterwerke wurden weiterentwickelt in der finstersten Zeit des Wütens der politischen Reaktion, der Zeit des ab 1906 tätigen Ministerpräsidenten Stolypin, den Lenin „Henker“ nannte und der am 18. September 1911 von dem Sozialrevolutionär Bogrow ermordet wurde, nachdem die demokratische Revolution von 1905, die das Volk tief aufgewühlt hatte, brutal niedergeschlagen worden war. In ihr wurde eine bürgerliche Republik in der politischen Landschaft gefordert und der Acht-Stunden-Tag in den Fabriken, alles auf tiefer Massenbasis und Rosa Luxemburg begriff gegen die opportunistische Mehrheit der SPD die ganze Tiefe der sie begeisternden Revolution. Diese ging tiefer als die portugiesische und türkische.

Nach ihrer Niederschlagung galt es, das Schiff der Revolution durch einen finsternen Ozean mit turmhoch schlagenden Wellen zu steuern. Viele Marxisten begannen zu schwanken, insbesondere auch weltanschaulich. Pseudomarxistische und offen antimarxistische Tendenzen u.a. durch die Positivisten Mach und Avenarius erfassten die russische Intelligenz. Es ergaben sich gefährliche Tendenzen, die die Parteisubstanz auszuhöhlen drohten. Mit seinem philosophischen Hauptwerk ‘Materialismus und Empiriokritizismus’, das die neuesten Erkenntnisse der Naturwissenschaften berücksichtigte bei gleichzeitiger Vertiefung der materialistischen Dialektik, errichtete Lenin 1908 ein Bollwerk gegen die philosophischen Grundlagen des Revisionismus. Er vertiefte u.a. das von Hegel, Marx und Engels bereits richtig gesehene Verhältnis zwischen Freiheit und Notwendigkeit.

Blind ist die Notwendigkeit nur, insofern dieselbe nicht begriffen wird. *Die Freiheit liegt in der Erkenntnis der Naturgesetze.* Wenn es überhaupt philosophisches Potential für die Lösung der gegenwärtigen Naturkrise gibt, so liegt dieses im Marxismus-Leninismus.

Gegen alle mittelalterlich-idealistischen Verdüsterungen müssen wir klar die Naturgesetze eruieren und die Verletzungen, die das kapitalistische Ausbeutungssystem einem gesunden Verhältnis zwischen Menschen und Natur antut,

benennen. Nur der Marxismus-Leninismus gibt uns auf Grund seiner richtigen wissenschaftlichen Widerspiegelung der Gesetze der Natur und der Gesellschaft auf materialistischer Grundlage den richtigen Maßstab zur Messung bürgerlicher Abnormitäten im Verhältnis zu den arbeitenden Menschen, das eines der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft qua Lohnarbeit ist, und im Verhältnis zur Natur, das im Imperialismus eine nicht mehr zu überbietende Perversionsintensität erreicht hat, vielleicht doch noch zu überbieten – durch den atomaren Supergau.

So stehen sich Materialismus und Idealismus gegenüber: Entweder durch den Idealismus und seiner ihm inhärenten Verdüsterungen wissenschaftlicher Welterkenntnis durch Weltverdopplung (Idee bringt Materie hervor) den irrationalen Weg des imperialistischen Abstiegs zu beschreiten oder durch den Materialismus, konkret durch den dialektischen, bei zunehmender nie absolut abschlusshafter wissenschaftlicher Weltvergewisserung der Existenz nur einer aus Materie bestehenden Welt, die bei Höherentwicklung einen qualitativen Sprung zu ersten Bewusstseinsformen macht, durch Welterkenntnis zu Herren der Industrie und der Natur zu werden.

Es versteht sich sofort der Ausschluss eines dritten Weges. Was sich an Krauskopftigen nach 1907 in der russisch-marxistischen Intelligenz erhob, das ergab sich in der Endphase der Sowjetunion auf ähnliche Weise. Alles Diffuse, philosophisch Unausgereifte und Irrationale wurde von westwärts angeschwemmt. Das Bollwerk dagegen war seit 1908 vorhanden⁵, aber die Revisionisten hatten es ins hinterste Regal versteckt. Von Gorbatschow die Errichtung eines zweiten Bollwerks in Form einer Vertiefung des Leninschen Empiriokritizismus zu erwarten – das wäre als Kommunist seine Aufgabe gewesen – ... wir bitten Euch ... Zwischen Lenin und Gorbatschow liegen doch Lichtjahre. Genauso wie zwischen dem dialektischen Materialismus, der die Einheit zwischen den Gegensätzen als nur relativ, den Kampf aber als absolut begreift und der die Dialektik als Methode zur Erforschung des Wesens im Inneren der Dinge selbst begreift, und dem vulgären, einseitig naturwissenschaftlich fixierten Materialismus (es hat eine Natur vor dem Geist gegeben) Lichtjahre liegen.

⁵ Gemeint ist Lenins Schrift: Materialismus und Empiriokritizismus; d.Red.

Das philosophische Bollwerk ist nicht das einzige Bollwerk, das Lenin uns hinterlassen hat. Diese sind alle aktuell, andere Bollwerke auf Augenhöhe existieren in der linken, fortschrittlichen Literatur nicht. Diese Bollwerke waren nicht nur für die Stalin-Ära aktuell, sie sind es auch heute bei relativ veränderter politischer Weltsituation.

‘Was tun?’ ist und bleibt das Bollwerk der kommunistischen Partei, die Imperialismus Analyse ist und bleibt das ökonomische Bollwerk, ‘Staat und Revolution’ ist und bleibt das Bollwerk und der Leuchtturm in der linken Revolutionärliteratur. Drei fundamentale Bücher Lenins sind durch die Oktoberrevolution heraufbeschworen worden: ‘Staat und Revolution’, der ‘Renegat Kautsky’ und der ‘Linke Radikalismus’, in dem uns der Bolschewismus als Taktik für alle anvertraut wurde. Hatte Lenin 1908 ein Bollwerk gegen reaktionäre Philosophien errichtet, so 1917 gegen reaktionäre menschwistisch-sozialdemokratische Politströmungen. Russland sei noch nicht reif für den Sozialismus, schrien sie alle hysterisch im Chor. Lenin aber erläuterte in aller Ruhe seinen Bolschewiki: ‘15 bis 20 Jahre richtige Beziehungen zur Bauernschaft, und der Sozialismus ist in Russland gesichert’. In der Tat, es ist nicht schwer zu erkennen, dass der nach Lenins Worten „grobe“ Stalin Lenins Linie vertrat und nicht die Anhänger Bucharins und Trotzki.

Es ist hier Gelegenheit, Bemerkungen zu der Tatsache anzubringen, dass Lenin die Ablösung Stalins als Generalsekretär der Partei wünschte, er sei zu grob, ihm fehle die feine Sensibilität im Umgang mit seinen Mitmenschen. Es kam anders und darauf hackt die Konterrevolution noch heute herum. Stalin war aber nicht der brutale, machtbesessene und blutrünstige Diktator, als den ihn die Konterrevolution zurechtstutzt und vorlügt.

Nach dem Verlesen von Lenins sogenanntem Testament, das er seiner Sekretärin Lidja Fotjewa diktiert hatte, in dem die Grobheit Stalins fixiert vorlag, bot Stalin seinen Rücktritt an, doch die Mehrheit der Parteiführer lehnte das schon Anfang 1924 mit 30 zu 10 Stimmen ab. Auf dem XIII. Parteitag, der vom 23. bis 31. Mai 1924 tagte, bot Stalin in Anbetracht der Kritik, die gegen ihn in ‘Lenins Testament’ erhoben worden war, seinen Rücktritt als Generalsekretär unter Verweis auf dieses erneut an, doch die große Mehrheit rief: Bleib! Bleib! Im Übrigen darf eine Personalie auch nicht überbewertet werden. “Wenn es also darauf ankommt, die treibenden Mächte zu erforschen, die -bewußt oder unbewußt, und zwar sehr häufig unbewußt - hinter den Beweg-

gründen der geschichtlich handelnden Menschen stehn und die eigentlichen letzten Triebkräfte der Geschichte ausmachen, so kann es sich nicht so sehr um die Beweggründe bei einzelnen, wenn auch noch so hervorragenden Menschen handeln, als um diejenigen, welche große Massen, ganze Völker und in jedem Volk wieder ganze Volksklassen in Bewegung setzen; und auch dies nicht momentan zu einem vorübergehenden Aufschnellen und rasch verlodernden Strohfeuer, sondern zu dauernder, in einer großen geschichtlichen Veränderung auslaufender Aktion“ (Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Werke Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960,298).

Im Gefolge des ersten Weltkrieges, als revolutionäre Situationen in einigen geopolitisch durchaus wichtigen Ländern herangereift und jeden Tag ausbrechen konnten - Lenin war sehr fixiert auf Deutschland und sah ein rotes Berlin als die halbe Miete der Weltrevolution an - erwies sich nur seine und Stalins Partei als eine konsequent revolutionäre. Stalin hatte 1917 wenig geschrieben, es war das Jahr zweier Revolutionen und der Schwerpunkt musste eindeutig auf der politisch-revolutionären Praxis gelegt werden. Mit der Oktoberrevolution bewahrheitete sich eine Voraussage Lenins. 1915/16 hatte Lenin in einigen Schriften, insbesondere 1915 in der Schrift ‘Über die Losung der Vereinigten Staaten’ und 1916 in ‘Das Militärprogramm der proletarischen Revolution’ geschrieben - irregulär gegen den herrschenden Konsens einer nur international möglichen proletarischen Revolution, die in ihrer Klassik Engels in den ‘Grundsätzen des Kommunismus’ 1847 vertreten hatte - der Sieg der Revolution sei auf Grund der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung unter den Bedingungen des Imperialismus auch in einem Lande möglich. So kam es. Was Marx und Engels 1847 im Manifest geschrieben hatten, dass die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann, in Russland trat es 1917 ein.

Eins war aber schon vor der Revolution klar: Die Frage der Gewalt. Marx hatte am 31. Juli 1844 die Revolution als einen notwendigen politischen Akt bezeichnet und ausgeführt, dass sich ohne Revolution, ohne Zerstörung des Alten der Sozialismus nicht ausführen könne. Wo aber der Selbstzweck hervortritt, “da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg“ (Karl Marx, Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen, Werke, Band 1, Dietz

Verlag Berlin,1960,409). Auf dieses Fortschleudern der Politik kommt alles an. Und das ist ein gewaltsamer Akt.

In seiner Polemik gegen den Professor Eugen Dühring hält Engels eine wahre Lobrede auf die gewaltsame Revolution. “Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle“ (als die einer Vollbringerin des Bösen) „in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx’ Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisire den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewußtsein gedrungene Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaften, Werke, Band 20, Dietz Verlag Berlin, 1960,141).

Es kommt aber nicht nur auf das Fortschleudern der Politik an, sondern auch auf das Fortschleudern aller bürgerlichen überbauverankerten Gesellschaftswissenschaften. Im Kommunismus haben die entfremdeten Wissenschaften keinen Platz mehr. Nehmen wir zum Beispiel die bürgerliche Soziologie. Sie ist eine bürgerliche Terrorwissenschaft, in der sich bürgerliche Kopfarbeiter über proletarische Handarbeiter positionieren und nur so lange in Lohn und Brot stehen, als die bürgerliche Terrorherrschaft existiert. Sie können kein Interesse an einer Diktatur des Proletariats haben genau so wenig wie Dorf- und Stadtsoziologen ein Interesse an dem Verschwinden des Gegensatzes von Stadt und Land haben können. Sie tun dies nicht aus bösem Willen. Aber auch wenn sie einen Professorentitel am Revers tragen, bewegen sie sich eingesunken anwesend-abwesend in ihren objektiv vorgegebenen Milieustrukturen.

Die Dialektik der Geschichte zwingt die dem Kommunismus feindlichen klassenerhaltenden Gesellschaftswissenschaften, sich emanzipativ zu geben. Im

Kommunismus herrschen nichtentfremdete Beziehungen, überschaubar transparente (also atheistische, wenn man so will), wie kann es da noch Lehrstühle für Theologie geben. Die marxistisch-leninistische Wissenschaftsgeschichte ist eine streitbar-antagonistische und auf Vernichtung von bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften angelegt. Je mehr der Revisionismus Boden gewinnt, desto mehr gewinnen die Gesellschaftswissenschaften an Gewicht. Im philosophischen Wörterbuch der DDR von Buhr/Klaus finden wir den Satz: im Kommunismus werden Natur- und Gesellschaftswissenschaften aufblühen und Wsewolod Sikorski schreibt im Philosophenlexikon in seinem Artikel: 'Lenin', dieser habe die Einheit von Philosophie und Politik erstrebt. (Wsewold Sikorski, Lenin, in: Philosophen Lexikon, Dietz Verlag Berlin, 1984,547).

Nichts liegt hier mehr vor vom Wegschleudern der Politik. Fakt ist und überprüfbar, dass die Arbeiterbewegung jegliche Politik aufheben wird, dass die öffentliche Gewalt ihren politischen Charakter verlieren wird, ganz konkret formuliert 1847 im 'Elend der Philosophie', ein Jahr später im Manifest. Je mehr das Volk unterdrückt wird desto mehr stehendes Heer und Überbau, je weniger das Volk unterdrückt wird, desto mehr Volksbewaffnung und desto weniger Überbau. Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft – das ist programmatisch.

Nach der russischen demokratischen Revolution im Februar 1917, die den 300 Jahre alten Zarismus stürzte, gab es für die bolschewistischen Revolutionäre quälende Fragen über den weiteren Entwicklungsweg der Revolution. Zunächst eine Zeit der Wirren, die erst durch Lenins Rückkehr aus dem Schweizer Exil Anfang April endete, auch für Stalin. Gleich unmittelbar nach seiner Ankunft, am 4. April verkündete Lenin auf einer Konferenz des Petrograder Sowjets im Taurischen Palast merkwürdig Neues, das als Aprilthesen in die Weltgeschichtsbücher eingehen sollte. Ich schreibe ausdrücklich Weltgeschichtsbücher, denn alles was ab dem 4. April 1917 geschehen sollte, hat erstrangige weltgeschichtliche Bedeutung bis heute und für die kommenden Jahrhunderte. Nach dem Guillotinieren Ludwigs XVI. in Frankreich konnte der Sturz eines Zaren höchstens nationale Bedeutung haben. In den Aprilthesen wurde gefordert, dass das russische Proletariat die im Februar 1917 gebildete bürgerliche Regierung nicht anzuerkennen und nicht zu unterstützen, sondern zu stürzen habe, dass die bürgerlich-demokratische Revolution über-

zuleiten sei in eine proletarisch-sozialistische. Am 4. April ging der Oktoberstern auf.

Dazu erschien von ihm ein Artikel in der Prawda. Die Gesamtausgabe Lenins umfasst 9000 Arbeiten, Artikel, Briefe und andere Dokumente und wurde in über 100 Sprachen übersetzt. Keine andere politische Partei auf Erden hat zusammen mit den Werken von Marx, Engels und Stalin einen solchen Schatz parat.

Die kommunistische Partei ist keine von den anderen Arbeiterparteien abge sonderte. Sie ist der weitertreibende Teil der Arbeiterbewegung, hebt in ihr die internationalen und stets die Gesamtinteressen hervor. Lenin verstand es am besten, die politgeschichtliche Rolle der einzelnen Parteien im Kontext gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge, im gesamtgesellschaftlichen Umfang und in der epochalen Komplexität herauszukristallisieren, so natürlich auch, welche Rolle die russischen Klassen und Parteien in ihren klassenwider sprüchlichen Entfaltungen vor und während der Revolution spielten und spielen würden, wie sie in- und gegeneinander zusammenhängen. Er verstand es, die politische Physiognomie jeder Partei prägnant zu zeichnen

Im Gegensatz zu Marx und Engels, die Zeitzeugen einer nach 72 Tagen gescheiterten proletarischen Revolution wurden, extrem barbarisch niedergeschlagen (wer hätte gedacht, dass das Paris, die Geburtsstadt der roten Jakobiner, und in der Tat sah sich ein Teil der 1871er Kommunardinnen und Kommunarden noch in der Tradition von 1793, was Marx Anlass zur Kritik gab, denn kleinbürgerliche Tradition bekommt in einer proletarischen Revolution einen reaktionären Charakter) zu so einer konterrevolutionären, blutigen Grausamkeit, die an die Zeiten Sullas erinnert, fähig war. Aber für die Großbourgeoisie ging es 1871 um alles. "Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d. h. von dem Augenblick an, in dem das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt ihr, die Person sei aufgehoben" (a.a.O.,477).

Im Gegensatz zu Marx und Engels also hatte Lenin eine siegreiche Revolution als Fortsetzerin des Vermächnisses der Pariser Commune, man darf wohl widerspruchlos feststellen, als ihren primären Gestalter miterlebt. Die 1871er

Kommunarden hatten einen Brief nach London an Engels mit der Bitte geschickt, als Militärwissenschaftler hilfreich in den Revolutionsprozess einzugreifen, aber als der Brief ankam, war es bereits zu spät, die Niederlage war nicht mehr umzubiegen.

Auf dem Gebiet der marxistischen Theorie arbeitete Lenin die Spezifik des Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus heraus. Er analysierte die Besonderheiten und Gesetzmäßigkeiten der Epoche des Imperialismus, der sich immer mehr verdichtenden Kollektivität des Proletariats unter dem imperialistischen Monopol. In der im Oktober 1916 verfassten Schrift 'Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus' gab er die präzisesten Bestimmungen der neuesten Entwicklungen in einer fundamentalen Prägnanz, mit der man gesellschaftswissenschaftlich arbeiten konnte. Für den Einstieg in die Thematik des Imperialismus ist diese kleine Schrift noch immer die vorzüglichste. Der Imperialismus bleibt Kapitalismus, bildet also keine eigenständige ökonomische Gesellschaftsformation. Lenin spricht von einer dreifachen Besonderheit des Imperialismus: er ist monopolistischer, parasitär-faulender und sterbender Kapitalismus. Heute findet er sich bereits in der Phase des Siechtums, er versucht, alles in den Völkern aufkommende Gesunde und Lebensfähige zu ersticken. Er ringt um seine historische Existenz. Worin besteht das Wesen des Imperialismus? *Es besteht in der Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol.* Monopolismus ist das Schlüsselwort des Imperialismus. Und dieser tritt in fünf Hauptetappen hervor:

“1. Kartelle, Syndikate und Truste, die Produktion hat eine solche Stufe erreicht, daß sie diese monopolistischen Kapitalistenverbände hervorgebracht hat

2.die Monopolstellung der Großbanken: drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands;

3.die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch die Truste und die Finanzoligarchie (Finanzkapital ist das mit dem Bankkapital verschmolzene monopolistische Industriekapital);

4.die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle hat begonnen. Solcher internationalen Kartelle, die den gesamten Weltmarkt beherrschen und ihn „gütlich“ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht neu verteilt wird –, gibt es schon über hundert! Der Kapitalexport, als

besonders charakteristische Erscheinung zum Unterschied vom Warenexport im nicht-monopolistischen Kapitalismus, steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und der politisch-territorialen Aufteilung der Welt;

5. die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) ist abgeschlossen“. (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960, 102f.).

Diese neuen ökonomischen Erscheinungsformen bestimmen die politische Physiognomie des Imperialismus. Der ökonomischen Verwandlung der Konkurrenz ins Monopol folgt eine politische: „Daß der Imperialismus parasitärer oder faulender Kapitalismus ist, zeigt sich vor allem in der Tendenz zur Fäulnis, die jedes Monopol auszeichnet, wenn Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht. Der Unterschied zwischen der republikanisch-demokratischen und der monarchistisch-reaktionären imperialistischen Bourgeoisie verwischt sich gerade deshalb, weil die eine wie die andere bei lebendigem Leibe verfault (was eine erstaunlich rasche Entwicklung des Kapitalismus in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern, in einzelnen Perioden keineswegs ausschließt).“ (a.a.O., 103).

Ohne diese theoretische Klärung bzw. Aufklärung über das Wechselverhältnis von ökonomischer und politischer Fäulnis wäre es nicht zum Sieg der Oktoberrevolution gekommen. Im Zusammenhang mit seiner Imperialismusanalyse fällt die Erkenntnis, dass es auch zu nationalen Befreiungsbewegungen in von Kolonialmächten Westeuropas ausgesaugten unterentwickelten Ländern kommen kann. Die Vorzüglichkeit dieser kleinen Studie von Lenin besteht u.a. darin, dass sie ein Bindeglied darstellt zwischen der Analyse des klassischen Konkurrenzkapitalismus von Marx im Kapital aus der Zeit der Herrschaft des Industriekapitals und der Analyse des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts, dem Imperialismus, in dem der Monopolismus bzw. das Finanzkapital (Verschmelzung von Industriekapital und Bankkapital) politisch reaktionär herrschen.

Gegen die bürgerliche Herrschaft sind schon 1871 in der Pariser Commune Räte aufgestanden. Dann 1905 in der russischen Revolution, der historische Durchbruch gelang ihnen in der Oktoberrevolution, also erst im zweiten Demokratieschub der neueren Zeit. Zwei Demokratieschübe sind zu verzeichnen:

In der bürgerlichen Revolution gegen den Feudalismus lag der Schwerpunkt in parlamentarischen Ausgestaltungen der bürgerlichen Demokratie, die gewählten Abgeordneten konnten frei die Interessen des Kapitals durchsetzen, ohne den Wählern rechenschaftspflichtig zu sein. Es war eine falsche Demokratie, die wirkliche Regierungsarbeit wurde hinter den Kulissen in den Stäben verrichtet.

Der zweite große Demokratieschub ergab sich aus dem Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus und in diesem lag der Schwerpunkt auf den Räten als Vertretern der Massen, qualitativ ein Sprung nach vorne, denn die mit allgemeinem Stimmrecht, auch dem der Frauen, das sich aus der französischen Revolution noch nicht ergeben hatte, bezirksmäßig gewählten Räte waren jederzeit rechenschaftspflichtig und absetzbar. Ihre Mehrheit bestand selbstredend aus Arbeitern; Bauern und Soldaten oder anerkannten Vertretern der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Im Verlauf der Oktoberrevolution stellte sich nun heraus, dass der Renegat Kautsky die bürgerliche Demokratie argumentativ gegen die proletarische kehren wollte. Durch das Parlament werden die Arbeiter aber zertreten, sie können sich nur befreien durch ihre Räte. Es ist von allerhöchster politischer Wichtigkeit, dass Lenin die Räte als Keimformen des Absterbens *jedes* Staates bezeichnete. Das Hinwirken auf eine Räte-demokratie, die die Herrschaft der Produzenten über die Industriefabrik und den Ackerbau zur Voraussetzung hat, ist ein Vermächtnis Lenins, das zur Bedingung hat die Ersetzung des stehenden Heeres und der Polizei durch die allgemeine Volksbewaffnung. So lautete dann auch das erste Dekret der Pariser Commune. Das muss in den Köpfen revolutionärer Arbeiterinnen und Arbeiter sitzen: ERSETZUNG DES STEHENDEN HEERES UND DER POLIZEI DURCH DIE ALLGEMEINE VOLKSBEWAFFNUNG.

Aber dabei können wir nicht stehenbleiben oder gar das Hinwirken auf eine Räte-demokratie als ein Vermächtnis Lenins ausgeben. Marx, Engels, Lenin und Stalin waren Kommunisten, keine bürgerlichen Demokraten, denn der bürgerliche Parlamentarismus, manchmal auch „Demokratie“ genannt, ist eine der Formen des Staates. Staat bedeutet aber Sklaverei. „Demokratie ist *nicht* identisch mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender *Staat*, d.h. eine Organisation zur systematischen *Gewaltanwendung* einer

Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen“.
(Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960,469). Wenn der Kommunismus unvereinbar ist mit jeder bürgerlichen Demokratie, so gehört dieser Begriff der Demokratie zu den Fetischbegriffen der Entfremdung.

Unbewusst wird er reichlich ausgenutzt, im politischen Getriebe unserer Zeit muss man „Demokrat“ sein, jeder Reaktionär, jeder Nationalist, jeder Spießer *muss* sich heute akzeptabel als „Demokrat“ ausgeben. So ist Demokratie zu einem der großen Täuschungswörter unserer Zeit geworden, im Imperialismus sowieso mit seiner Tendenz zur politischen Reaktion und Fäulnis.

Die Demokratie hat historisch ihre Zeit mit durchaus progressivem Gehalt gehabt, wer sich heute aber als Demokrat ausgibt, ohne zu bedenken, dass die Demokratie ein Moment der Geschichte nur ist, heute eine Form der Herrschaft des Imperialismus, ist reaktionär. SPD, CDU, FDP, Grüne ... auf Parteien dieser Art trifft das zu. Sie werden in der Volksbewaffnung untergehen.

Dauer-Thema: Wie steht es mit der Warenproduktion und dem Wertgesetz im Sozialismus?

Hermann Jacobs: Von C+V+M zu Ia/Ib+II / Zu den zwei gesellschaftlichen Verhältnissen zur Arbeit

Von C+V+M⁶ wissen wir – seit Marx – „Kapital“, dass es das kapitalistische Verhältnis zur Arbeit ist. Aber wie kennzeichnen wir das sozialistisch-kommunistische Verhältnis zur Arbeit? Ich mache hier mal einen Vorschlag: Ia/Ib+II. Allgemein gesagt werden im Kapitalismus die Produkte unter dem Gesichtspunkt ihrer Wertform, also ihrem Bezug zur *Arbeitszeit* angeeignet, im Kommunismus aber in Bezug auf die Produkte ihrer Gebrauchswertform nach. Und Ia/Ib wie II bringen dies zum Ausdruck. Ia/Ib sind hierbei Produktionsmittel dem Gebrauchswert nach und II Konsumtionsmittel dem Gebrauchswert nach.

Was verstehen wir an sich unter einem „Verhältnis zur Arbeit“? Das, was man von ihr aneignet, also das gesellschaftliche *Aneignungsverhältnis*. (Denn dass man arbeitet besagt noch nichts darüber aus, wie bzw. was man von der Arbeit aneignet). Und da bieten sich eben nur zwei Faktoren an: Die Arbeitszeit und das Arbeitsprodukt. Im Kapitalismus sind die Produkte Waren, und Wa-

⁶ „C“ ist gleichbedeutend mit dem „konstanten Kapital“, das die Produktionsmittel sowie die Rohstoffe, Halbfertigprodukte und Hilfsstoffe des kapitalistischen Produktionsprozesses umfasst. Es heißt „konstantes Kapital“, weil es seinen Wert zwar an das Endprodukt abgibt, dieser Wert sich aber nicht vergrößert.

„V“ bedeutet „variables Kapital“, das sind die Löhne und Gehälter, also die Kosten für den Einkauf der Ware Arbeitskraft. Die Ware Arbeitskraft hat einen Wert, das ist der Lohn, und einen Gebrauchswert, das ist die lebendige Arbeit, die im Kapitalismus Wertschöpfung bedeutet. Da ein Arbeiter heutzutage mehr Produkte herstellen kann, als er selbst verbraucht, stellt er damit im Kapitalismus auch größere Wertquanten her, als er selbst als Lohn erhält. Dieser Kapitalteil ist also „variabel“, denn er setzt zusätzlichen Wert an. (Das Ganze nennt man auch Ausbeutung.)

„M“ bedeutet Mehrwert, gemeint ist der Teil der Wertschöpfung durch den Arbeiter, den nicht er, sondern der Kapitalist erhält. Der Mehrwert ist die Quelle des Profits. (Red. offen-sv)

ren sind Produkte, in denen der zeitliche Arbeitsaufwand, der notwendig war sie herzustellen, „dargestellt“ ist – belegt mit dem Begriff „Wert“. Das Aneignungsverhältnis des Kapitalismus ist also der Wert, der zeitliche Aufwand bei der Herstellung von Produkten.

Der Wert der Ware setzt sich hierbei zusammen a) aus solchen Wertteilen, die aus früherer Arbeit in die jeweils aktuelle, gegenwärtige Arbeit übertragen wurden – das sind z.B. Rohstoffe, Energie, Maschinen die gebraucht werden, Gebäude in denen produziert wird. Ihr Wert ist bekannt, gegeben, deshalb $C = \text{constant}$, und b) solchen Wertteilen, die aus der aktuellen, lebendig ablaufenden Arbeit hinzugefügt werden. Der dazu passende Begriff müßte eigentlich Wl lauten, zusammen also $= Wc$ und Wl (Wert constant und Wert lebendig). Wl (ebendig) ist aber mit zwei unterschiedlichen Verhältnissen der Aneignung belegt: V zu M . V ist der Lohn für den Arbeiter. Denn der Kapitalist, als der Eigentümer der Arbeit, arbeitet ja nicht; er eignet sie nur an. Und den Arbeiter, der sie aber leistet, speist er mit einem Lohn ab, eben V . Der „Rest“ = M ist der sogenannte Mehrwert, d.h. der Teil der aktuellen Wertbildung, der nach Abzug von V , dem Lohn für den Arbeiter, von der aktuellen Wertbildung übrig bleibt. V und M bilden einen Gegensatz, denn je geringer V /der Lohn gezahlt werden kann, desto größer fällt M /der Mehrwert aus. Die Tendenz geht im Kapitalismus dahin, dass M einen immer größer werdenden Anteil an der aktuellen Wertbildung = Wl einnimmt; V nimmt relativ ab, nähert sich immer mehr $= 0$ und M steigt dadurch immer näher an $= Wl$.

Im Kommunismus dagegen ist die Aneignung eine dem Gebrauchswert nach; Gebrauchswerte, die Produktionsmittel (also in der realen Produktion gebraucht werden und daher in ihr *verbraucht* werden) sind erfasst in den Buchstaben Ia und Ib; Ia sind hierbei solche Produktionsmittel, die der einfachen Reproduktion (Wiederherstellung der Produktion) dienen, und Ib Produktionsmittel, die der erweiterten Reproduktion dienen. Gebrauchswerte, die individuell, also von den Menschen angeeignet werden, sind erfasst in den Buchstaben II. Beide Formen, in einer Formel vereint, heißt das Ia/Ib+II.

Wohlgemerkt: Im Kommunismus werden die Produkte als Gebrauchswerte angeeignet. Und das heißt: Unvermittelt durch keine andere Form als durch diese des Gebrauchswertes selbst. Kommt es aber dadurch zu einer Wiederholung des Gegensatzes der kapitalistischen Form $V:M$? D.h. nimmt Ib = erweiterte Form der Reproduktion zu auf Kosten von II/Konsumtionsmittel? Sinkt

resp. muss II sinken, damit Ib steigt, steigen kann? Nein, dieser Zwang ist bei Ib nicht gegeben. Die Proportionen von Produktion von Produktionsmitteln zur Produktion von Konsumtionsmitteln werden nach Bedarf bestimmt, sind also subjektiv bestimmt. Es gibt hier kein objektives Gesetz, das die Verteilung von Ib zu II regelt. Es treten Umschichtungen auf – gewiss, aber es gibt kein Gesetz, wonach II sinken muss, damit Ib steigen kann.

Diese begriffliche Erfassung von zwei gesellschaftlichen Verhältnissen zur Arbeit taucht zum ersten Mal bei Marx auf. Es ist erkenntnismäßig gesehen schon im „Kapital“ vorhanden. Aber: Praktisch relevant ist zunächst nur das kapitalistische Verhältnis. Das sozialistisch-kommunistische Verhältnis setzt, soll es geschichtlich wirksam werden, eine politische Revolution der arbeitenden Klassen voraus - was geschehen. Wir haben erste Länder des Sozialismus/Kommunismus danach abzufragen, ob es in ihnen bereits zur Errichtung des kommunistischen Verhältnisses zur Arbeit kam. Ja, das ist der Fall – bedingt allerdings, und was nun erklärt werden soll.

Was nämlich hat sich als ein wirklich großes Problem am Beginn bisheriger sozialistisch-kommunistischer Länder erwiesen, worüber entfachte ein wirklicher Kampf innerhalb der Subjekte bzw. politischen Kräfte des Sozialismus/Kommunismus?

C+V+M zu ersetzen durch Ia/Ib+II ist ja zunächst nur eine begriffliche Form der Ersetzung. Realgesellschaftlich aber muss es durch eine praktische Form der Ersetzung gehen. Und das war eben das Problem: C+V+M verschwand nicht aus bisherigen sozialistischen Ländern. Sondern blieb erhalten und wurde eben dadurch nicht *praktisch* ersetzt durch Ia/Ib+II.

Frage: Bedarf es denn der realen Aufhebung von C+V+M, um zur faktischen Aneignung der Arbeit nach der Formel Ia/Ib+II zu gelangen? Um die Wende vom Kapitalismus zum Kommunismus möglichst frei von politischen Kämpfen in der nun herrschenden Klasse der Arbeiter zu halten – Ja! Je klarer C+V+M abgeschafft ist, tatsächlich aus dem Bewußtsein der Menschen verschwunden ist – und das heißt: durch Ia/Ib+II ersetzt ist, desto klarer die Überwindung des Kapitalismus, desto klarer das Hervortreten des Kommunismus als Gesellschaft. C+V+M muss weg – von Beginn (!) des Kommunismus an.

Aber was heißt Abschaffung von $C+V+M$ konkret? Das heißt, dass, wenn die Aneignung der Produkte noch über die Geld- resp. Preisform erfolgt, diese nicht mehr nach der Formel $C+V+M$ gebildet sein dürfen. V , der Lohn, darf nicht mehr in den Preis der Produkte mit aufgenommen werden; es handelt sich dann bei ihm um eine Geldzahlung außerhalb der Preise. Diese Geldzahlung ist dann nichts als die Auszahlung der Summe der Preise der Abteilung II/Konsumtionsmittel der Produktion an den Lohn, der außerhalb der Preise geführt wird. Also nicht mehr $C+V+M$, sondern Preis C plus Preis lebendig. Sagen wir so: 100 Preis C plus 100 Preis L = lebendig. Und dies gestaffelt nach Abt. I und Abteilung II. Preissumme II hätte dann zwei Erscheinungsformen: 1. Als Summe der Preise der in II produzierten Produkte 2. als Summe der ausgezahlten Löhne.

Begründet ist dieser absolute Wechsel in der Form dessen, was in jeweiliger Gesellschaftsordnung – Kapitalismus oder Kommunismus – angeeignet wird, im Eigentumsverhältnis an der Arbeit. Kapitalismus – oder Ware - ist Form des Privateigentums der Aneignung der Arbeit, und Kommunismus – oder Gebrauchswert – ist Form des Gemeinschaftseigentums der Aneignung der Arbeit. Es ist das jeweilige Eigentumsverhältnis, das allen Bestimmungen weiterer Art der Aneignung der Arbeit zu Grunde liegt.

Wir müssen uns ja der Verhältnisse des Kommunismus bewusst werden, bevor dieser selbst Wirklichkeit wird. Dies verkürzt geschichtliche Abläufe.

Nun sprach ich davon, dass $C+V+M$ rein formell gesehen in ersten real sozialistisch-kommunistischen Ländern erhalten geblieben ist. Sagte aber auch, dass das ein Fehler, ein Mangel an eigener Entwicklung des Kommunistischen im „Sozialismus/Kommunismus“ war. Dazu nun mehr.

Zunächst: Ja, $C+V+M$ blieb erhalten – und real bedeutet dies, dass die Geld-Preis-Form resp. -praxis erhalten geblieben ist, aber es kam zu einer wichtigen Veränderung gegenüber einer wirklichen Warenökonomie. Die Preise bewegten nicht mehr wie und wenn die Werte bewegten, sondern blieben konstant, unverändert. Der reale Sozialismus/Kommunismus war bzw. ist durch ein Festpreis-System gekennzeichnet gewesen. Konkret heißt das, dass bei wachsender Arbeitsproduktivität die gesellschaftlichen Summen der Preise mit dem stofflichen Anstieg der Produktion wuchsen. Sie hatten also eine ganz andere Grundlage als das Geld- Preissystem des Kapitalismus. Und zwar andere

Grundlage *in der Arbeit!* Nämlich statt die der abstrakten Seite der Arbeit nun die der konkreten Seite der Arbeit. Und damit den Gebrauchswert, die Gebrauchswert-Bildung zur Grundlage. Und so wurde die Zahlung der Löhne zwar noch in der Formel $C+V+M$ erfasst – was wie Lohnbestimmung aus der individuellen, einzelnen Arbeit wirkt. Real aber erfolgte die Bestimmung der Lohnhöhe wie auch die Auszahlung der Löhne aus der Geld- wie Preissummenbildung der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion.

Was wäre der Form nach richtig gewesen, was wäre das richtige Bewusstsein/Wissen über die ökonomische Praxis ab dem Beginn des Kommunismus (noch mit Preis wie Geld) gewesen? Einfach nur ein Preis, der adäquat in Lohn umgewandelt/ausgezahlt worden wäre. Also 1 Brot = Preis 1 Mark = Lohn 1 Mark. Usw. Feierabend. C kann sowieso nicht aktuell richtig ermittelt werden – hier verteilt sich die Reproduktion über Jahrzehnte, und M besteht ja in der realen Produktion dem Gebrauchswert nach in der Abt. Ib, erweiterte Reproduktion. Anders ist es bei Entwicklung eines gesellschaftlichen Charakters der Arbeit nicht, nicht im Sozialismus-Kommunismus, und auch schon nicht im Kapitalismus. $C+V+M$ ist eine der realen Geschichte hinterherhin-kende Entwicklung des Bewusstseins. Ist eine Anpassung einer Form aus früherer Geschichte an die moderne Geschichte. Ia/Ib plus II erfasst diese moderne Geschichte der Arbeit viel besser, richtiger als $C+V+M$.

Man kann nicht mehr vom Kapitalismus sprechen, auch nicht mehr - unter der Bedingung, dass Geld wie Preise im Sozialismus noch wirkten- davon sprechen, dass der Sozialismus an seinem Beginn noch eine Warenproduktion, die letzte in der Geschichte der Menschheit sei.

Die erste große Lehre aus dem Beginn des Kommunismus ist daher: Man kann *auch bei Erhalt noch einer Geld- wie Preispraxis der Produkte, formell noch bei Anschein der Fortsetzung der Warenproduktion auch im Sozialismus* bereits von der Aufhebung der Warenproduktion, vom Beginn ihres Gegensatzes, dem Beginn einer kommunistischen Ökonomie resp. Produktionsweise sprechen, muss es sogar, sonst irrt man, verwirrt man sich in der Gesellschaftsanalyse.

Wenn einmal – in einer zweiten, höheren Phase des Kommunismus - die Aneignung ohne eine Geld- resp. Preisform der Produkte erfolgt, also Gebrauchswerte direkt, unvermittelt der Aneignung unterliegen, ist der Produkti-

onsbezug der Aneignung sowieso klar und eindeutig. Der Bezug ergäbe sich von selbst aus der Form des Produkts, das man aneignet.

Zu der noch offenen Frage: Wie verhalten sich die beiden genannten Produktionsabteilungen quantitativ zueinander? Gibt es bei Ia/Ib zu II auch ein solches Verhältnis wie bei V zu M? Also steigt Ia/Ib im Verhältnis zu einem Sinken von II ? Nein, gewiss nicht. Zwar kann Ia/Ib auch einmal im Verhältnis zu II wachsen, sogar auf Kosten resp. zu Lasten von II quantitativ wachsen, aber das ist kein ökonomisches Gesetz im/des Kommunismus. Wenn, kann das auch ganz anderen Umständen geschuldet sein, z.B. Kräfteverhältnissen zu äußeren Gegnern des Sozialismus.

Hermann Jacobs: Drei Briefe an Erich Honecker

Vorbemerkung der Redaktion offen-siv: Wir bringen hier die Einleitungen und den ersten der drei Briefe von Hermann Jacobs an Erich Honecker. Die beiden weiteren Briefe folgen im Mai-Juni-Heft der offen-siv.

Das System konstanter Preise. Der nicht verstandene Historismus des Sozialismus

Edition: In dieser Arbeit geht es um ein besseres Verstehen der „Theorie von der besonderen Warenproduktion im Sozialismus“. Wie besonders war sie denn? - Wer Marx gelesen hatte und meinte ihn verstanden zu haben, hätte sich eigentlich über die Realitäten des Sozialismus wundern müssen: Auf der einen Seite blieben „die Ware-Geld-Beziehungen erhalten“ und sollte, wie es in der offiziellen Theorie hieß, „das Wertgesetz für die Preise wirken“, aber andererseits sanken die Preise nicht, wenn die Arbeitsproduktivität stieg – also die Werte der Waren doch sanken; dagegen stiegen die Löhne, wenn die Arbeitsproduktivität stieg. Der Sozialismus erlaubte sich Dinge wie keine Warenproduktion zuvor. Und das wäre schon ein Wundern über die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus genug. Es hätte ein „marxistisches Wundern“ sein müssen, denn mit einer gewohnten Praxis einer Warenproduktion hatte das nichts mehr zu tun. Ergo: Andere Objektivität *war zu verstehen!* Und ob dazu die alte Theorie noch taugte, wäre dann – bei wirklich objektiver Betrachtung – die Frage gewesen. – Ich hatte kürzlich eine Arbeit geschrieben zur Permanenz der kapitalistischen Inflation – auch so eine neue Praxis, die über Marxsche Theorien hinausreicht. In dieser Arbeit habe ich auf frühere

Arbeiten von mir, auch die neue sozialistische Praxis betreffend, hingewiesen. Hier also eine dieser Arbeiten, genauer: Gedanken zu diesem Thema, die ich in drei Briefen an E.H. geäußert habe. Ganz frühe Arbeiten erfolgten schon in den 60er Jahren. Aber zunächst einmal diese drei Briefe. Ich habe sie 1993 mit einer Einleitung versehen, und an einigen Stellen in den Briefen habe ich auch Ergänzungen eingefügt, kenntlich gemacht durch eckige Klammern [...].

Man kann heute, nachdem die Sowjetunion den weiteren Auf- und Ausbau des Sozialismus/Kommunismus in ihrem Land abgebrochen hat, den großen Fehler machen, den Sozialismus „völlig neu begründen“ zu wollen. Das wäre ja so, als würden die ersten Menschen, die sich an seinen Aufbau herangewagt haben, Dummköpfe gewesen sein. Man muß umgekehrt, wagt man den Wiederanfang, von den Wirklichkeiten des ersten realen Kommunismus ausgehen. Zunächst theoretisch, und dann natürlich mehr in die Tiefe gehend. Aber das ist nicht anders als bei anderer bisheriger Geschichte. Man versteht sie umso besser, als man sie gedanklich verarbeitet hat. Apropos: Keiner der drei Briefe fand ein Echo. Man hofft immer, irgendwann könnte es mal auch anders sein.

Berlin, April 2011

Einführung (3.3.1993)⁷

Man kann sagen, daß der Sozialismus von Anfang an durch ein System fester Preise gekennzeichnet war. Mindestens für die DDR trifft das zu. Und sie war der bestorganisierte Sozialismus. System fester Preise heißt nichts als daß der Warenpreis bei steigender Produktivkraft der Arbeit unverändert bleibt, eben fest. Der Arbeitswert sinkt zwar, das Sinken schlägt sich aber nicht in einem ebenfalls sinkenden Preis nieder. Dabei soll, so lautet das Prinzip der Wertökonomie, der Preis der Ausdruck des Wertes (in der Geldform) sein. Andererseits kommt es zu einer wichtigen Veränderung. Das Mehrprodukt der produktivierten Arbeit, also das Produkt aus der zunächst eingesparten, dann aber wiederverwendeten Arbeitskraft/-zeit, hat eine eigene Erscheinung. Es vermehrt, weil die Gesamtmasse der Waren absolut vermehrt, das gesell-

⁷ Ein Ausschnitt aus der Einleitung zu den Briefen wurde in Nummer 13/März 1993 von „Z/Zeitschrift für marxistische Erneuerung“ unter dem gleichen Titel veröffentlicht.

schaftliche Preisvolumen absolut, mit Rückwirkung auf das gesellschaftliche Geldvolumen oder Einkommensvolumen.

Das also war die Nuss, die die Theorie zu knacken hatte. Neuer Historismus in Sachen Wert oder nicht? Die Wissenschaft, und hier meine ich die sozialistische, nicht irgendeine, die sich zur bürgerlichen Form zurück bekannte, registrierte Preise der einzelnen Waren, die nicht mehr für den Wert dieser Waren repräsentativ blieben, als eine - Verletzung des Wertgesetzes, also eigentlich gleichlautend wie eine bürgerliche Sicht. Die offizielle Partei unterschied sich keineswegs von dieser Auffassung. Sie übertraf sich bei jedem nur möglichen Anlass mit ihren Wissenschaftlern in der Bekundung, die Preise müßten doch eigentlich wieder ihren Werten entsprechen. Die politische Richtung war keineswegs diese, die Dinge doch laufen zu lassen, nein, gegenteilig, gerade durch ihr ideelles Bekenntnis im Unterschied zu ihrer Praxis *in der Wertfrage* war die SED - gleich der KPdSU und gleich allen anderen Parteien - de facto eine Wegbereiterin jener Reform, die nun auch ihr politisches Ende (dies zumindest) brachte.

Schon einmal in den 60er Jahren, massiert aber in drei Briefen 1974/75 an Erich Honecker, brachte ich dagegen den Gedanken ein, dem neuen Historismus in Sachen Arbeit-Preis-Geld im Sozialismus auf neue theoretische Weise gerecht zu werden. Schluß also mit der marginal werdenden Werttheorie und ihrer vertrackten Sicht. Nachstehend diese drei Briefe, die die Absicht verdeutlichen und für die Öffnung der neuen historischen Betrachtung stehen können. Ich will keineswegs den Eindruck erwecken, dies nun sei der Weisheit letzter Schluß; aber von einem richtigen Beginn war und bin ich heute noch überzeugt.

Was ist Kern der Betrachtung? - Dass in die sogenannte Wertfrage die Akkumulationsfrage hineingebracht werden muß. Hängt man nämlich immer beim Wert herum, wenn es um den Festpreis geht, übersieht man (und dies Übersehen ist historischer Mangel), daß mit der kapitalistischen Warenproduktion statt Stunden Arbeitszeit wesentlich ganze Arbeiter durch Produktivierung freigemacht werden, und daß Akkumulation in diesem Falle heißt, das Akkumulationsprodukt für den freien Arbeiter, d.h. den Teil der Waren, der für seine Erhaltung benötigt wird, nun ebenfalls freizusetzen. Und man setzt unter der Bedingung der Warenproduktion Waren frei, indem man Wert freisetzt. Schon der Kapitalismus ist nicht wesentlich Warenproduktion, sondern ak-

kumulierende Warenproduktion. Der Kommunismus setzt hier nur fort, was der Kapitalismus begonnen. D.h. er ist wesentlich akkumulierende Produktionsweise und hat durch Verhältnis wie der Form nach zu sichern, daß die gegenständlichen Faktoren der Erweiterung der Produktion zu den lebendigen Faktoren dieser Erweiterung finden. Unter diesen Umständen, wo es um die Sicherung ökonomischer Momente der vergangenen Arbeit für die zukünftige, erst noch zu bildende Arbeit, d.h. nicht der Aneignung voraussetzende Arbeit geht, für den Wert, also die vergangene Arbeit, die Eigentumsfrage aufzuwerfen, ist - absurd. Akkumulation ist jetzt Akkumulation noch nicht beschäftigter Arbeit, oder des Nichtwertes durch Wert, der (noch-)Nichtarbeit durch Arbeit, und da wird es objektiv notwendig, alle bisherigen Verhältnisse der Wertökonomie umzuwerfen. Diese Revolution ist nicht ausgedacht.

Der Kapitalismus löst übrigens allgemein gesagt mit Aufhebung des Wertverhältnisses oder Eigentumsverhältnisses an der Arbeit für den Arbeiter das Problem, alle gegenständlichen Momente der Akkumulation a priori in einem vom Arbeiter entfremdeten Eigentum zu vereinigen; der Form nach aber dadurch, daß das Wertgesetz zu einem gegen den Arbeiter gewendeten Gesetz wird. D.h. der Wertfall durch produktivere Arbeit wirkt für den Arbeiter entzweigend. Indem ein auf ihn geltend gemachter Wert, d.h. der Lohn oder Wert seiner Ware (die Arbeitskraft) sinkt, wenn die Arbeitsproduktivität steigt, wird es dem Arbeiter unmöglich, das Mehrprodukt durch diese produktivere Arbeit noch anzueignen. Das Mehrprodukt resp. der Mehrwert wird ein gegen den Arbeiter oder gegen den an ihn gezahlten Wert freies Produkt oder freier Wert. Man spricht einerseits von Ausbeutung, aber man muß andererseits von Akkumulation, Beschäftigung nichtbeschäftigter Arbeiter, sprechen.

Die einfache Erweiterung in der Anwendung des Wertgesetzes, von der gegenständlichen auf die lebendige Arbeit, bringt die Umkehrung im Resultat seiner Wirkung. Aber nun wieder die Frage, ob die Aufhebung der Sackgasse - in die dieses Gesetz mit dem Kapitalismus geraten - durch den Kommunismus zu dem Punkt zurückführen darf/kann, wo es wieder in die Hand des einzelnen ("millionenfachen") Arbeiters gelegt ist, über die Akkumulation zu bestimmen. Dieser Punkt stellte sich ja automatisch ein, würde der Arbeiter wieder, wie einst der dem Kapitalismus vorangehende originäre Warenproduzent, voll über den durch seine Arbeit gesetzten Wert verfügen, d.h. würde das Arbeitsverhältnis wieder ein gültiges Wertverhältnis werden. Oder ob es nicht

eher darum geht, einerseits über die Akkumulation gesellschaftlich gegenüber dem einzelnen Arbeiter zu bestimmen (aber in seinem Auftrag, in seinem Interesse), andererseits aber unter Aufhebung der makabren Form (der Enteignung vom Wert) darüber gesellschaftlich zu verfügen. Dann wäre der Kapitalismus ein logischer Durchlaufpunkt in der Warenökonomie, der den Kommunismus nur vorbereitet, eben in der Form selbst einer Warenökonomie ankündigt, aber Kommunismus hieße nie und nimmer, zu seiner Voraussetzung, also der eigentlichen Warenökonomie zurückzukehren. Im Gegenteil, aus der bürgerlichen Form müßte der kommunistische Inhalt herausgelesen werden.

Was also müßte dem Arbeiter unter der Bedingung, daß Akkumulation Beschäftigung nichtbeschäftigter Arbeiter bedeutet, in Bezug auf die von ihm geleistete Arbeit denn gesagt werden? Nun, daß Freisetzung eines notwendigen Produkts für den nichtbeschäftigten Arbeiter nicht bedeutet, den beschäftigten Arbeiter aus seinem notwendigen Produkt freizusetzen. D.h. Akkumulation heißt nicht, daß der beschäftigte Arbeiter zugunsten des nichtbeschäftigten, einzustellenden Arbeiters verarmt. Er soll nicht abgeben von dem, was er selber braucht. Die Lösung dieses Problems liegt hier in der vorausgesetzten produktiveren Arbeit, die nicht mehr als ein selber, sondern als ein größerer Reichtum in - Waren, d.h. Gebrauchswerten erscheint. Aber eben nicht in Wert! Das ist das Problem. Mehr Waren sind jetzt gleicher Wert, oder umgekehrt. Was nun eignet aber unser Arbeiter an? Wert oder Gebrauchswert? Hier wird wesentlich, daß der Warenproduzent, der also noch nicht in den Gegensatz von Lohnarbeiter und Kapitalist gespalten ist, Wert aneignet; er würde also, weil Wert sein Eigentum, den stets größer werdenden gesellschaftlichen Reichtum (in Gebrauchswerten, Waren) auf sich konzentrieren. Der Lohnarbeiter dagegen würde wie der Warenproduzent ebenfalls den gesellschaftlichen Reichtum der produktiven/produktiveren Arbeit auf sich konzentrieren, würde in der Tat sein Verhältnis zur Arbeit ein Wertverhältnis sein. Hier also wesentlich für das Verständnis, daß das Wertverhältnis oder der an den Arbeiter ausgezahlte Wert (Lohn) nur noch formell die Bedingung eines Wertverhältnisses erfüllt. In Wirklichkeit ist es Gebrauchswert realisierendes Wertverhältnis, d.h. es ist nicht fest, als Wertgröße bestimmt, dadurch, daß es ein Recht auf geleistete Arbeit, sondern daß es ein Recht auf für Arbeit geleisteten/zu leistenden Gebrauchswert ist. Der Lohn ist als Wert nur soweit bestimmt, als er als Gebrauchswert zu bestimmen ist. Er ist kein durch Arbeit

bestimmter Wert, ist nicht Teil/Anteil an der vom Arbeiter selbst geleisteten Arbeit resp. Wertbildung.

Der Lohn oder Wert der Ware Arbeitskraft teilt hier die Bestimmung, die ein jeder Kauf von Waren durch Geld bedeutet, oder die die Metamorphose der Ware in Geld (W-G) in ihrer Umkehrung (G-W) bedeutet. Die zu bestimmende Wertgröße hat hier ihre Voraussetzung nicht in der Arbeit, sondern im Preis. Im Kauf von Waren durch Geld wird eine Wertgröße durch im Preis schon bestimmte Waren, oder einfach durch Preis bestimmt. Hier geht es also nicht um Bestimmung des Warenwertes selbst, der Begriff Wertgröße ist hier von anderem Charakter; in einem Wert, der sich bestimmt dadurch, daß er im Preis von Waren vorausbestimmt ist, ist nur noch vorauszusetzen, aber nicht mehr gesetzt, daß der Preis Ausdruck des Wertes, oder die Ware Wert, oder das Produkt Ware.

Dass die Form des Arbeiters Wert, ist Widerspruch dazu, daß sein Inhalt Gebrauchswert. Aber die Fortsetzung der Warenproduktion als kapitalistische kann keine anderen als dem Wertverhältnis widersprechende Wertformen freisetzen. Nur unter der Erscheinung ständig minimierenden Wertes folglich kann der Arbeiter ein festes Verhältnis zum Gebrauchswert, Waren also, die ihn notwendig reproduzieren, aufbauen. Nur unter der Bedingung eines Antagonismus von Wert und Gebrauchswert, einer Bewegung, die Einheit und Übereinstimmung nur als Gegensatz, als gegenläufige Bewegung ist, kann der Arbeiter Gesellschaft sein oder der Kapitalismus der höheren Form der Produktion, einer kommunistischen, genügen. Denn daß das Wertverhältnis gesellschaftlich belastbar, Verhältnis innerer und äußerer Aneignung wird, ist - seine Aufhebung als Form des Privateigentums, ist sein Übergang in den Kommunismus.

Es ist die Wertform des Lohnes, deren Voraussetzung die Wertform der Waren ist, die die Eindeutigkeit, daß der Lohn ein unbedingtes Gebrauchswert-Verhältnis nur ist und sein kann, verdeckt. Unter der Bedingung, daß der Preis überhaupt Ausdruck des Wertes - und diese Bestimmung rührt nicht vom Arbeiter her, sondern einem Verhältnis, worin der Wert Bestimmung eines Eigentümers ist, also eines anderen Subjekts als unseres Arbeiters - ist der Lohn nur dann als Gebrauchswert/Warenmenge bestimmt, wenn als Wert nicht bestimmt, wenn als Wert veränderlich. Und hier eben nicht, weil seine Arbeit, sein durch ihn gesetzter Wert verändert. Daran also erkennt man, daß

die gleiche Form, auf den Arbeiter angewendet, mit dem Inhalt resp. Verhältnis der Warenökonomie gebrochen hat. Der Bruch des Arbeiters mit der Warenökonomie fällt in den Kapitalismus.

Andererseits muß ein Festpreis, also ein unter Bedingung veränderlichen Wertes unveränderter Preis, das Problem, um das es in diesem Falle geht, nämlich dem Arbeiter bei gesellschaftlicher, über seinen Kopf und seine Hände hinausführenden Akkumulation sein Reproduktionsvolumen an Waren zu garantieren, anstandslos sicherstellen. Worum es überhaupt geht, wird hier klar: Die erweiterte ist keine Reproduktion auf Kosten der einfachen, die Gegenwart kann nicht der Zukunft geopfert werden, die Zukunft kann nur die Freiheit der Gegenwart sein.

Fester Preis also höbe nicht den Unterschied von Geld und Ware, aber den Gegensatz zwischen beiden für den Arbeiter auf. Der Festpreis jedenfalls gibt dem Arbeiter das Bewußtsein, fest zum Gebrauchswert gesehen Arbeit anzueignen. Der Wertpreis gibt dem Arbeiter dieses Bewußtsein nicht. Der auf den Festpreis bezogene Festlohn löst nicht das Problem des Anteils des Arbeiters an seiner Mehrarbeit (durch produktivere Arbeit, es geht also bei Mehrarbeit nicht nur um Akkumulation zusätzlicher Arbeiter), kann aber nicht in Unterreproduktion umschlagen. Sollen Manipulationen am Lohn des Arbeiters vorgenommen werden, d.h. soll Erhöhung oder Senkung und damit Veränderung des Verhältnisses zur Warenmenge stattfinden, die Lohn kauft, so müssen die Manipulationen am Lohn selbst vorgenommen werden. Unter der Bedingung des Festpreissystems jedoch kann der Lohn nicht mehr dadurch manipuliert werden, dass am Warenpreis manipuliert worden ist. Alle Verhältnisse sind direkt, nichts ist mehr indirekt, alles ist ungeteilt, nichts mehr geteilt. D.h. Festpreissystem bedeutet für den Arbeiter, daß es außer seinem kein zweites gesellschaftliches Verhältnis mehr gibt, welches ein ökonomisches Interesse anmeldet und das im Unterschied zum Lohn des Arbeiters unmittelbar mit dem Preis der Ware einhergeht.

*

Die unaufhörliche, nicht kleinzukriegende Rückführung des historischen Bewußtseins auf die Ausgangsposition der Geschichte der Warenproduktion vermittelt eine falsche Logik, dadurch, daß über Höherentwicklungen der Warenproduktion resp. ihres gesellschaftlichen Umfeldes unlogisch, "gegen-

sätzlich" widerstrebend, erhaben wegwerfend gedacht wird. Man erzeugt, auf Basis des nicht logisch vorgehenden Denkens, unnötige, überflüssige Geschichte, man sonnt sich reale Geschichte zu machen, indem man politischen Wirbel um sie macht. Man verzögert in Wahrheit das Bekenntnis der Massen zur Logik ... dadurch, daß man ihren logischen Beginn - im Bewußtsein (und in der Politik) - verewigt.

Es erübrigt sich darauf zu verweisen, daß auch Erich Honecker resp. sein Mitarbeiterstab nicht reagierte; warum nicht, darüber will ich nicht spekulieren. Die erste geschichtliche Wahrnehmung einer sozialen Revolution ist natürlich die Revolution des lebendigen Subjekts über das gegenständliche Objekt selbst, und Wahrnehmung dieser nur ersten Form der Revolution okkupierte wahrscheinlich alle Aufmerksamkeit, auch jene also, die das Objekt, über welches man gesiegt, selbst betraf. So traf aller freigesetzter sozialistischer Idealismus dennoch nicht seinen revolutionierten Gegenstand, er maß sich in Köpfen, nicht im veränderten Verhältnis. Die Köpfe wurden "gefüttert", aber nicht richtig "gefüttert".

Aber nur von der Vergangenheit kann man sagen, daß sie sich nicht wiederholt, von der Zukunft nicht.

Berlin, 1.3.1993

Der erste Brief

An das Politbüro des ZK der SED,
z. Hd. Gen. Erich Honecker
(Abschrift Gen. Hager und Gen. Mittag)
Berlin, 25.10.1974

Werte Genossen,

ich erlaube mir, Sie auf zwei theoretische Veröffentlichungen aufmerksam zu machen, die erste Darlegungen jenes gesellschaftlichen Mechanismus sind, der entsteht, wenn durch Steigerung der Arbeitsproduktivität der Wert der Produkte sinkt, diese Senkung aber nicht im Preis ausgewiesen wird. Dieses Verhalten: Wertsenkung, aber ohne nachfolgende Preissenkung, muß einen Prozess von grundsätzlicher Bedeutung in der Gesellschaft auslösen, wenn es

allumfassend, langfristig und räumlich unbegrenzt gilt. Jene Veröffentlichungen erfolgten in der Sowjetunion durch das wissenschaftliche Kollektiv der Lomonossow-Universität in ihrem auch in der DDR publizierten Lehrbuch (Abschnitt: "Die Funktion der Preise", Seite 504), und in der DDR durch Prof. Fritz Behrens in "Wirtschaftswissenschaft" Heft 7/1973. (Wiedergabe im Anhang).

Jene Veröffentlichungen erfolgten vor Jahresfrist, ohne daß es bisher zu einer öffentlichen wissenschaftlichen Diskussion gekommen ist. Das ist umso bedauerlicher, als hier - so meine persönliche Auffassung - der Anfang jenes Fadens genannt ist, der zur Klärung des eigentlichen Streitpunktes in der gesellschaftlichen Ökonomie des Sozialismus führt: Die Rolle der Warenökonomie.

Ich bin insofern auch persönlich an einer solchen Diskussion interessiert, als hier auch von mir vertretene Auffassungen (in Briefen an die "Einheit" 1965/66 und Arbeiten an das ZK der SED 1967, 68 und 69) berührt werden, teilweise Bestätigung finden. Ich habe meine Arbeiten als Autodidakt geschrieben und fand dementsprechend kein Gehör.⁸ Nunmehr solcherart im Nachhinein aus diesen ganz unabhängig erfolgenden Veröffentlichungen Bestätigung herauslesen zu können⁹, beweist mir den Nutzen meiner damaligen Mühen und ist mir Anlass, sie doch wieder Ihrer Aufmerksamkeit zu empfehlen.

⁸ [Das würde ich heute natürlich nicht mehr so sagen. Der eigentliche Grund lag nicht in meiner Person. Er lag auch nicht in anderen *Personen*. D.h. es war kein subjektives Problem. Es täuscht einfach der *Name* Kommunist/Kommunismus, es fehlt dem Subjekt einfach an sachlichem Wissen über den Kommunismus als gesellschaftliche Ordnung. Es fehlt an Wissen darüber, dass sich der *sachliche Prozess einer anderen gesellschaftlichen Ordnung der Formen der vorausgehenden Ordnung bedienen kann*. Das scheint mir der wichtigste Grund dafür zu sein, dass dem Neuen des Kommunismus kein genügender Respekt von den Kommunisten selbst eingeräumt worden ist. – 12.8.2011]

⁹ [Die Bestätigung beschränkt sich, wie man dann aus den Zitaten unschwer erkennen kann, auf die Darlegung einer neuen Bewegung, sie erweitert nicht um die notwendigen theoretischen Schlussfolgerungen. Um diese geht es aber bei einer richtigen, d.h. einer Erkenntnis im marxistischen Geist. – 12.8.2011]

... Wenn mir auch bisher eine direkte Bestätigung versagt geblieben ist, möchte ich wenigstens den Wert anderer Genossen unterstützen. Auf Unterschiede mache ich aufmerksam.

Die Ökonomen erklären den gegenwärtig wirkenden Mechanismus von Produktivität-Wert-Preis-Geld (sowie Selbstkosten und Gewinn) warenökonomisch; d.h. diese Ökonomen interpretieren mit der Marx'schen Werttheorie. Sie sind der Auffassung, diese liefere methodisch den Schlüssel zum Verständnis der notwendigen Verhaltensweisen im Sozialismus. Das ist der Irrtum; Marx' Wertlehre kann nur dazu dienen, das Gegenteil zu beweisen. Im Beweis, daß es nicht mehr Warenökonomie ist, was sich im Sozialismus tut, liegt der Wert der Marx'schen Warenanalyse.

Wie sieht denn der Mechanismus von Arbeit und Produktivkraft der Arbeit-Wert-Preis-Geld aus? In der Marx'schen Analyse doch so: Der Austausch ist dann ein Austausch von Äquivalenten, wenn die Waren räumlich gleichzeitig existieren. Dabei ist der Wert quantitativ beim *Verkäufer* von Waren bestimmt, die quantitative *Darstellung* der Wertgröße der verkauften Ware aber erfolgt durch die Ware des *Käufers*, womit dem Fakt nach gesagt ist, durch die konkrete Arbeit des Käufers. Erst bei dieser Gegebenheit kann von einem echten Wertverhältnis, das nur durch ein Verhältnis *zweier* Waren entsteht, gesprochen werden. Marx hat ausgiebig die verschiedenen Möglichkeiten, in denen Wert, oder Ware, und Geld, d.h. die Arbeitsproduktivitäten der verschiedenen konkreten Arbeiten gegenüberstehen können, erläutert.

Ich will hier nur die für den Sozialismus wichtigsten herausgreifen: Steigende Arbeitsproduktivität, die sich niederschlägt als steigende Produktenfülle der Gesellschaft. Unter dieser Voraussetzung ist die eingesparte Arbeitskraft wiederverwendet worden für die Produktion materieller Güter. Das Marx'sche Gesetz in diesem Fall lautet: Wertfall des einzelnen Produkts, nicht aber des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, Preisfall der einzelnen Ware um die Größe des Wertfalls, unveränderte Menge umlaufenden Geldes. Nehmen wir an, die Proportionen der Abteilungen I und II blieben unverändert, so sieht die Darstellung in den inneren Teilen des Wertes einer Ware so aus: Sinkende Lohnkost je Ware, sinkender Gewinnanteil je Ware (weil sinkender Preis!), gleiche Lohnsumme wie Gewinnsumme auf die Masse der Waren (da unveränderte Gesamtmasse produktiver Arbeit in der Gesellschaft tätig). Auf den Arbeiter gerechnet: Gleiche Lohnhöhe, steigende Kaufkraft, ferner: gleiche

Gewinnmasse, steigende Kaufkraft des Gewinns. Mit einem Wort: Steigende Produktivkraft der Gesellschaft, die sich darstellt als steigende Produktion, bei gleichbleibender Produktivkraft der dem Geld zugrundeliegenden konkreten Arbeit, verändert die relative Kaufkraft des Geldes. - Würden sich innere Proportionen der Abteilungen I und II in unserem Fall verändern und zwar zugunsten von I, so müßte der Lohn gar fallen; er fiel auf die gewohnte Kaufkraft, würde Abteilung I den ganzen Nutzen der Produktionszunahme einheimsen. Kaufkraft könnte bei fallendem Lohn steigen, wenn der Preisfall den Lohnfall überstiege, d.h. wenn die Abteilung I nicht der alleinige, nur der mehrheitliche Nutznießer der steigenden Produktion bliebe.

Wenn aber grundsätzlich die Preise nicht fallen, sofern die Produktivkraft im oben angegebenen Sinne zunimmt, dann entsteht folgendes Gesetz: Wertfall des einzelnen Produkts wie gleichbleibender Wert des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der aber nicht wie unter den Bedingungen des Wertgesetzes seine gesellschaftlichen Erscheinungen im Preisfall des einzelnen Produkts resp. in der gleichbleibenden Menge umlaufenden Geldes besitzt. (Erst diese beiden Widerspiegelungen sind Ausdruck dessen, daß das Geld eine eigene Ware ist und eigenen Wert besitzt. Unsere Ökonomen übersehen das in vornehmer Ungeniertheit). Wie erscheint aber nun die Produktionsentwicklung der Gesellschaft, wenn nicht mehr der Wertcharakter des Geldes anerkannt ist? (Faktisch ist die Nichtanerkennung des eigenen Wertcharakters des Geldes natürlich nur die *Folge* des Nichtsetzens des Wertcharakters der Ware!). Nun, das ist klar und zumindest der Gesellschaft praktisch bekannt: Vermehrt sich die Summe der Produkte bei gleichem Wert, und wird im alten Preisausdruck des Wertes nicht Platz gemacht für das Mehrprodukt, d.h. erfolgt nicht die Preissenkung des alten (und des neuen) Produkts, so muß das Mehrprodukt auch Mehrpreis resp. mehr umlaufendes Geld sein. Nicht der Preis der einzelnen "Ware" steigt, was zunimmt ist die Preissumme des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, dito dann des kaufenden Geldes. Die ständige Zunahme der gesellschaftlich auftretenden Preismasse (in proportionaler Anlehnung an die gesellschaftliche Entwicklung der Produktion) und des gesellschaftlich umlaufenden Geldes ist die Erscheinung des *Nichtwarencharakters* der Produkte wie des Geldes. Um nun dennoch zu behaupten, unsere Produkte werden als *Waren* erzeugt und das Geld sei ebenfalls eine Ware, muß man natürlich vom Inhalt auf die Form überleiten und eben sagen, der Geld- wie Warencharakter unserer Produktion seien erhalten, weil die Gebrauchswerte im

Geld einen zweiten Ausdruck finden. Und das tut ja unsere Politische Ökonomie auch. Welch Unverstand...

Ganz kurz noch das Verhältnis Kost:Gewinn. Solange kein einzelner Preis mit dem Wert fällt, d.h. sofern der unmittelbare Zusammenhang zwischen Wert und Preis zerrissen ist, führt kein Wertfall zu einer Veränderung im Verhältnis Selbstkost zu Preis des Produkts. Damit ist gesagt: Sinken keine Preise (Rohstoffpreise, Konsumtionspreise etc.), sinken auch keine Kosten. Preise wie Kosten können überhaupt nur sinken, wenn sie in Anlehnung an die tatsächlich aufgewendete Arbeit, d.h. in Anlehnung an den realen Wert gezahlt werden oder berechnet werden. Nur bei Aufrechterhaltung des Direkt-Verhältnisses von Arbeit und Preis ist ein Rudiment des echten Warencharakters erhalten. Gibt es ein solches Rudiment? Ja! Die Politökonomie will aber davon merkwürdigerweise nichts wissen. Dabei ist es ein Beweis, vielleicht sogar der schönste auf ökonomischem Gebiet, der den Inhalt und Stand der kommunistischen Revolution anzeigt, widergespiegelt im einzelnen Menschen.

Tatsächlich drückt nur noch die Lohnkost ein direktes Verhältnis zur realen Arbeitszeit (zum Wert) aus - zunächst. Auf dieses zunächst kommt es an. Der Lohn ist vom Wesen her keine Kost auf das Produkt bezogen, sondern auf die Arbeitszeit. Beim Zeitlohn ist das ganz klar, beim Stücklohn setzt sich dieses Prinzip durch durch fortwährende Korrektur der Stückzeiten. Sinkt also die Stückzeit, so ist die geringere Stückzeit (das geringere Stück Arbeitszeit) logischerweise nur das geringere Stück Lohn. Die verbliebene Arbeitszeit (pro Stück) plus das Stück eingesparte Arbeitszeit wären der alte Wert resp. der alte Lohn. Gehen wir vom Stück aus, ist der Lohn gesunken, gehen wir von der Arbeitszeit aus, ist der Lohn unverändert geblieben. Mit einem Wort: Durch fortwährende Anpassung der Fertigungszeiten an die technologische Entwicklung zieht sich der Lohn oder die Lohnkost aus der einzelnen Ware zurück, er (sie) spiegelt nur ein festes Verhältnis zur Arbeitszeit wider - zunächst, ein unfestes zum Produkt. Es entsteht ein vom Lohn - zunächst - unbelastetes Mehrprodukt. Es besitzt keinen unmittelbaren Aneigner.

[NB, 01.03.93: Und zwar deshalb nicht, weil es auf kein vorausgesetztes Geld stößt, sondern dieses erst "schöpfen" muß; die Mehrware schöpft ein Mehrgeld; die Schwierigkeit der so geschöpften Ware ist, wie sie Geld wird, nicht

aber, daß sie unmittelbar von mehr Mehrwert/Gewinn ist. Die Verhältnisse sind also auf den Kopf gestellt, Jac.].

Würde nun der Preis Wertausdruck sein, müßte er natürlich sinken im analogen Verhältnis und es erwiese sich dann, daß auch der Lohn, auf die Arbeitszeit gezahlt, ein vorausgesetztes Recht auf das Mehrprodukt darstellt. Er stiege nicht nominal, wohl aber in Folge der Preissenkung real. [NB, 01.03.93: Ich gebrauche hier, wie zu merken, den Begriff Lohn, meine aber noch nicht die Arbeitskraft als Ware, weil die Warenproduktion nicht als kapitalistische. Kapitalistisch gesehen stiege jetzt der Wert eben dieser Ware Arbeitskraft, oder stiege ihr Preis über ihren Wert. Der Kapitalist würde dies unterbinden, indem er die Preissenkung der Waren auf den Wert unserer Ware Arbeitskraft übertrüge, womit jetzt endlich der Lohn als Kost in jedem Preis echt sänke, resp. wir wieder bei der gewohnten Selbstkostensenkung einer Warenproduktion angelangt wären. Sie ist nicht direkt, kann nicht direkt sein, direkt kann nur der Wert, nie aber die Selbstkost eines Wertes sinken. Sie ist ja vorausgesetzter äußerer Preis oder Wert, weil Nutzung einer anderen Ware für die Arbeit, nicht die genutzte Arbeit selber, Jac.] Wir haben aber nicht die Praxis sukzessiver Preissenkung aufgrund von Wertsenkung, und so entsteht eine Preisbeule, die zunächst der Staat einzieht. Der Staat kann die Verteilung subjektiv, d.h. von Fall zu Fall und nach eingeschätztem Bedarf, oder nach einem feststehenden System vornehmen, z.B. proportionale "Gewinn"-Beteiligung usw. Dann gäbe es auch für den Lohn ein vorausgesetztes Recht, und unser "zunächst", das eine Nichtteilnahme der Aneignung, hätte sich wieder aufgehoben. Die Verteilung des preislichen Mehrprodukts durch den Staat ließe die Kost Lohn im Preis des Produkts wieder ansteigen und es erwiese sich, daß auch das zunächst vermeintliche Rudiment der Warenökonomie nur noch ein Schatten seiner selbst ist.

Nun das gesellschaftliche Problem: Man kann einen gesellschaftlichen Durchschnitt der Mehrproduktion, Preisvermehrung, Geldvermehrung etc. errechnen, in Wahrheit ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität aber verschieden von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, Betrieb zu Betrieb, Industriezweig zu Industriezweig. Wollten wir uns das Resultat unseres konkreten Bemühens als *eine* Größe, auf die wir dann auch nur einen *gleichen* Maßstab anwenden könnten, vor Augen führen, so gelänge uns das nur im gesamtgesellschaftlichen Rahmen, d.h. die Einheit wie die Gleichheit ist ein gesamtgesellschaftli-

ches Verhältnis. Die Gesellschaft wahrt ihre Einheit wie Gleichheit, ihr oberstes Prinzip, nur durch Anwendung *unterschiedlichen* Maßstabes auf ihren unteren Ebenen. Was völlig klar, wenn man noch einmal bedenkt, worauf denn diese ganze Unterscheidung beruht: Darauf, ob ich die gesellschaftliche Wertbewegung als Bewegung im Verhältnis zweier Waren oder nur als Vermehrung resp. Verminderung der gesamtgesellschaftlichen Preismasse darstelle, darauf, ob ich nur *einer* konkreten Arbeit die Darstellung der abstrakten Seite der gesellschaftlichen Arbeit überlasse oder ob sich jede konkrete Arbeit den Charakter der abstrakten überstreift und selbst ihren Geldausdruck bestimmt. Ein bloßes Beständigsein im Bewegen oder Nichtbewegen der Preise, wenn der Wert bewegt, ruft gesellschaftlich diesen Wechsel hervor.

Ich schreibe das Ihnen und Ihren Ökonomen nun zum x-ten Mal. Für sie aber stellt sich dieser Wechsel in der Praxis immer nur als ein und dieselbe Theorie dar. Stünden doch irgendwo in einem Museum noch die Trompeten von Jericho ...

Könnten Sie denn nicht einem Ihrer berufenen Ökonomen den Forschungsauftrag folgenden Titels geben: "Inwieweit bleibt bei einem beständigen System von Festpreisen im Sozialismus noch der Warencharakter der Ware wie des Geldes erhalten?". Ein solcher Auftrag könnte uns Millionen Mark für voreilig gedruckter *Lehrbücher* der Politischen Ökonomie ersparen.

*

Nichtwarencharakter der Produktion heißt also Zunahme der absoluten Preis- wie Geldmasse bei absoluter Zunahme der gesellschaftlich produktiv tätigen Arbeit und bei Zunahme der Produktion durch Steigerung der Produktivkraft. Der letztere Gesichtspunkt ist hier der entscheidende. (Bei Warenproduktion steigt die Preis- wie Geldmenge nur bei Zunahme der produktiv tätigen Arbeit oder bei relativer Entwertung des Geldes, d.h. Entwicklung der Produktivkraft des Geldmachers). Gelegentliche Preissenkungen stellen zwar im Prinzip das alte Verhältnis der Warenproduktion wieder her, solange sie jedoch nicht das mehrheitliche Verhalten sind, sind sie nicht einmal Abstriche, sondern nur Bestätigung der Abkehr vom Prinzip der Warenökonomie. Diese Bemerkung nur für diejenigen, die meinen könnten, der Festpreis entspräche zwar nicht, die Preissenkung aber dann wieder der Warenökonomie. Das gesellschaftlich wirkende Prinzip wird durch das Mehrheitsverhalten gemacht, ein gelegentli-

ches kann dann nur zur Stützung des beständig wirkenden Systems beitragen, und auch so eingeschätzt werden.

Wie nun muß die Verteilung der Mehrpreissumme wie umlaufenden Mehrgeldsumme vorsichgehen, damit sie dem Prinzip des Sozialismus entspricht, es auch in der Form der Verteilung fortsetzt? Da jede konkrete Arbeit über ihr Mehrprodukt Mehrpreis wie Mehrgeld in der Gesellschaft bildet und der Begriff "konkrete Arbeit" im Sinne des Wortes zu verstehen ist, also eben verschieden hoch von einer zur anderen konkreten Arbeit ist, *können und dürfen Gleichheits- oder Einheitsprinzipien der Gesellschaft nicht mehr von der Produktion, sondern können und dürfen sie nur noch von der Verteilung ausgehen!*

Das ist das A und O des Begreifens des Inhalts des Kommunismus schon von der 1. Phase des Kommunismus an. Auch widerspricht diese These nicht dem Marx'schen Prinzip der Verteilung nach der Leistung, im Gegenteil, sie entspricht ihr und erklärt diese erst in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang.

Die Einheitsprinzipien nicht mehr bei der Produktion aufzubauen, das heißt ja nur, denjenigen gesellschaftlichen Mechanismus auch in der Verteilung zu berücksichtigen, der durch ein beständiges System von Festpreisen erst in Gang gebracht wird. Und ist das eine sozialistischen Inhalts, so das andere nur seine Fortsetzung, d.h. das Festpreissystem enthüllt erst seinen sozialistischen Charakter, sofern die Verteilung ihr Gleichheitsverhältnis beginnt.

Auch die Warenproduktion enthält ein Gleichheitsverhältnis. Betrachten wir es kurz: Ware A wird gegen Ware B ausgetauscht, sagen wir 10 Kilo Weizen gegen 10 Mark. Beide Waren sind von gleichem Wert und haben als Quantum Gebrauchswert auch ihr relatives Wertverhältnis zueinander bestimmt. Jetzt produktiviert A seine Arbeit, d.h. der Wert von 10 Kilo Weizen fällt oder im Austausch mit 10 Mark muß A mehr Weizen geben. Ware A ist gegen Ware B *ent-*, Ware B gegen Ware A *aufgewertet*. *Das gleiche Verhältnis wie B* teilen aber auch die Waren C, D, E usw., d.h. die ganze übrige Warenwelt oder ganze andere konkrete Arbeit der Gesellschaft, die ihre Arbeit überhaupt nicht produktiv verändert haben.

Also: Bei Wirken des Wertgesetzes enthält die Verteilung ein Gleichheitsverhältnis unabhängig vom konkreten Stand der Produktivkraft der einzelnen Arbeit, das in der relativen Aufwertung des Wertes von Waren besteht, wenn

die produktivere Arbeit ihr Wertverhältnis zu anderen Waren durch die Preissenkung abwertet. Die Abwertung zum Geld, also zu einer *einzig*en Ware, die als die Wertware gilt, ist die gleichzeitige Aufwertung aller anderen Waren zur abwertenden Ware. Sie sind damit allesamt Nutznießer an einer Arbeit, die sie gar nicht selber geleistet haben.

Nun aber im Sozialismus: Da die einzelne Arbeit, die produktiver wird, ihr Verhältnis zur Geldware - über den Preis - *nicht* abwertet, sondern im Gegenteil das Produktivitätsprodukt (Mehrprodukt des eigentlich gleichen Wertes) als Mehrpreis oder - verwandelt - *Mehrgeld* anbietet, d.h. zunächst bei der Zentrale der Gesellschaft einsammeln lässt, kann natürlich die *Allgemeinheit* der Aneignung nur gewahrt bleiben durch allgemeinen Anteil an diesem Mehrgeld, d.h. gewahrt werden nur bei allgemeiner Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Mehrgeldsumme, faktisch des Mehrprodukts.

Nun kann man das machen wie ein guter Onkel, indem man nur von Fall zu Fall entscheidet wer mehr bekommt, man kann sich aber auch einem System anheim geben. Man kann, wenn man heute diesen, morgen jenen bedenkt, einen dritten 5, 7, 10 Jahre übersehen. Eben solange dauert dann der Zeitraum, in dem der gesamtgesellschaftliche Charakter der Arbeit mindestens in der Verteilung unterbrochen, nicht hergestellt ist. Die Frage eines Systems oder eines Intervalls ist eine Frage der Differenzierung (Intervalls) oder Nichtdifferenzierung (Systems) der sozialistischen Gesellschaft, der Kontinuität oder Nichtkontinuität. (Selbstverständlich ist hier nur der Teil des Mehrgeldes gemeint, der verbleibt nach Abzug der Aufwendungen für gesellschaftliche Formen der Konsumtion oder Qualifikationen der individuellen Arbeitskräfte. Aber diese Fonds werden heute noch nicht getrennt geführt). In meiner dem ZK der SED im Frühjahr 1967 übergebenen Arbeit "Thesen zur Ökonomie des Kommunismus" habe ich ein solches beständig wirkendes und allgemein angewandtes System der Verteilung der durch Festpreispolitik entstehenden Mehrgeldsumme nach meiner Vorstellung ausführlich erläutert. Ich empfehle es noch einmal Ihrer Aufmerksamkeit.

Das ZK der SED hat vor einigen Jahren ostentativ verkündet, daß an der Politik eines stabilen Preissystems konsequent festgehalten wird. Stabile Preise, das heißt nicht nur keine Preiserhöhung systematischer Art, das heißt ebenso gut kein System der Preissenkung, z.B. analog der Wertsenkung. Aber ebenso konsequent wird an der Politik der Produktionszunahme festgehalten, und das

besser als je. Also *muß* der oben beschriebene Mechanismus der Erscheinung des Mehrprodukts als Mehrpreis oder Mehrgeld besser denn je in der Gesellschaft wirken. Liebe Genossen, Ihr habt doch gar keine andere Wahl, als Konsequenzen für die Theorie und die praktische Form der Verteilung zu ziehen.

Ich kenne nicht die weiteren Vorstellungen des Zagolow-Kollektivs, und nicht die von Prof. Behrens. Aber es sind erste Erkennungen wie tastende Darlegungen dieses Mechanismus; ich würde also diese Genossen fragen, nicht einen ihrer Gedanken der Vergessenheit oder des Übersehens anheim fallen lassen und überhaupt in dieser Frage offensiv werden.

Hermann Jacobs, Arbeiter in der Brigade "Nöldner" des VEB Metalleichtbaukombinates Berlin, Werk III

A n h a n g

Auszug aus: Lehrbuch Politische Ökonomie/Sozialismus, S. 504

"... doch folgt der Preis allerdings nicht automatisch den Änderungen des Wertes. Das liegt daran, daß ein Teil des durch die Einsparung von Arbeitszeit (also die Senkung des Warenwertes) erzielten Nutzens in der Regel dazu verwendet wird, die Löhne für die in der Produktion Beschäftigten zu erhöhen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Lediglich der restliche Teil dieses Nutzens erscheint als Selbstkostensenkung und Erhöhung des Bruttogewinns innerhalb des Warenpreises. Diese Veränderung der Struktur des Preises schafft erst die Voraussetzungen für Preissenkungen. Der Preis kann aber nur gesenkt werden, wenn der höhere Bruttogewinn nicht für anderweitige Zwecke verwendet werden soll, beispielsweise für die Vergrößerung des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, für die erweiterte Akkumulation oder für die Erhöhung der Verteidigungsaufgaben. Sofern dies nämlich der Fall ist, können die Preise der Waren nicht gesenkt werden, obwohl ihr Wert verringert worden ist".

Die Erkennung des erwähnten Mechanismus: Nutzen durch Nichtanpassung der Preise an die Werte ist hier noch sehr zaghaft. Direkt betrachtet besteht bei diesem System jeder zusätzliche Nutzen tatsächlich nur aus diesem einen konkreten Produkt. Lohnerhöhung aber daraus abzuleiten bedeutet, daß wirklich das Mehrprodukt aus Konsumtionsmitteln besteht; wird das Mehrprodukt

in einer Bierfabrik gebildet, so kann man daraus nicht "Erhöhung der Verteidigungsausgaben" ableiten, usw. Die Aufteilung des allgemeinen Mehrgeldes auf konkrete Fonds setzt die reale Mehrproduktion der Gesellschaft für diese Fonds voraus, und damit spiegelt jede Fondsveränderung doch nur ihr gesamtgesellschaftliches Verhältnis wider. (NB, 1.3.93: Zagolow macht noch den Fehler, die von ihm angeführten Nutzen aus der Nichtpreissenkung als solcher zu begründen, d.h. würden die Preise gesenkt werden, würden diese Nutzen demnach nicht eintreten. Das ist natürlich Unsinn. Bei Preissenkung stiege der relative Wert oder die Kaufkraft des Geldes, während bei keiner Preissenkung einfach die kaufende Kraft, d.h. die verfügbare Geldmenge steigt und steigen muß; relative Kaufverhältnisse blieben unverändert. Es ist also ein ganz anderes System in die Distribution eingezogen, was er aber nicht erkennt, er erkennt nur "Nutzen", "neuen" Aktivismus, Jac.).

Behrens ist da schon viel deutlicher: *"... Noch eine letzte Bemerkung: Solange ... usw. ..., führt die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu einer Senkung des Wertes der Waren, auch wenn dies nicht in sinkenden Preisen zum Ausdruck kommt. Sinken die Preise nicht mit den durch gesteigerte Produktivkraft gesunkenen Werten, so wird das wertmäßige Mehrprodukt umverteilt. Unveränderte Preise bei steigender Arbeitsproduktivität bewirken eine Erhöhung des Teils des Mehrprodukts, der von der Gesellschaft direkt angeeignet wird (NB, 1.03.93: Behrens unterstellt hier sogleich den Sozialismus, er sagt übrigens - für ihn wichtig - Gesellschaft und nicht Staat; für den Kapitalismus hätte er formulieren müssen: "vom Kapitalisten direkt angeeignet wird", Jac.), wenn damit gleichbleibende Löhne oder langsamer als die Arbeitsproduktivität steigende Löhne verbunden sind. Diese Wirtschaftspolitik findet ihre Begründung in den konkreten historischen Umständen, unter denen sich der Sozialismus noch entwickelt".* (In: „Wirtschaftswissenschaft“ 7/1973, Antwort an Kuczynski)

Behrens erkennt den Preisstillstand nicht als Aufhebung des Wertcharakters von Ware und Geld und verwechselt daher das eigentliche "preismäßige Mehrprodukt" mit "wertmäßigem Mehrprodukt". Auch sind es nicht konkrete historische Umstände, die "noch" (!) dies Verhalten begründen, sondern die allgemeinen und zu allen konkreten Zeiten sich durchsetzenden Umstände.

Kuba

Frank Flegel: Kuba in großer Gefahr

Im vergangenen Monat sind über die Kuba-Solidaritätsbewegung in den zugehörigen deutschsprachigen Medien aus bzw. über Kuba einige Informationen veröffentlicht worden, die die schlimmsten Befürchtungen leider bestätigen.

Ich haben hier Auszüge aus den Artikeln zusammengestellt und unter folgende Überschriften gesetzt: „Der Alltag der Menschen“, „Probleme der nationalen Produktion, Importzwänge und deren Folgen“, „Soziale Spannungen und prokapitalistische Propaganda“ und „Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt“. Zwischendurch habe ich einige kurze Kommentare eingestreut.

Macht Euch selbst ein Bild.

Der Alltag der Menschen:

„...wenn es ihnen gelungen ist, ihren Arbeitsplatz zu erreichen und auch für den Rückweg der Bus gekommen ist, wenn die Suche nach Piccadillos, einer Art Gehacktes in Wurstform, das man als Brotaufstrich, aber auch für Hamburger u ä. verwenden kann, erfolgreich war, wenn dann auch noch die Nachbarin ihr altes Brot vorbeigebracht hat, und man daraus die allseits beliebten Krokette machen kann, dann hat man wieder einen Tag geschafft und die Familie ist zufrieden.“¹⁰

„Da man es hier – aus welchen Gründen auch immer – bis jetzt nicht geschafft hat, den Bedarf der Bevölkerung an Reis auch nur annähernd durch eigenen Anbau zu decken, muss man ihn importieren. ... Da man für diese vielen Tonnen aber auch entsprechende Devisen braucht, kann man sie oft nur häppchenweise kaufen. Die Läden, die so genannten Bodegas, werden auch nur mit Teilmengen beliefert, sodass die Leute mehrfach hinlaufen müssen, um an ihre sieben Libras¹¹ zu kommen. Es kann aber auch vorkommen,

¹⁰ Renate Fausten: „Alles oder Nichts – Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg“, in: Cuba libre, Ausgabe 1-2024, S. 14

¹¹ Eine Libra entspricht etwa 453 Gramm

dass man sie nicht ganz bekommt oder erst im nächsten Monat. Jeder verfolgt also gebannt, ob genug Devisen da sind, um Reis zu kaufen und ist beruhigt, wenn versichert wird, dass die sieben Libras für den Monat November garantiert sind.“¹²

„Fakt ist aber auch, dass man, wenn man jetzt etwas braucht, seien es Joghurt, Mehl, Toilettenpapier, Bier oder was auch immer, man es in den Mipymes findet“¹³

Es herrscht offensichtlich ein Missverhältnis in der Belieferung der unterschiedlichen Vertriebssysteme von Konsumgütern: Die zu den Überbleibseln des Sozialismus gehörende „Libreta“, die die Grundversorgung der Bevölkerung zu günstigen Preisen sicherstellen sollte und diese Aufgabe auch Jahrzehnte lang erfüllt hat, wird offensichtlich durch die Herrschaft des Wertgesetzes ausgehöhlt: die Waren wandern dorthin, wo sie die höchsten Preise und damit die größten Profite erzielen, denn inzwischen ist Profit und nicht etwa die Versorgung der Bevölkerung der Motor der wirtschaftlichen Bemühungen.

Probleme der nationalen Produktion, Importzwänge und deren Folgen:

„Die Menschen Kubas konsumierten 2022 im Schnitt 438 g tierisches Protein monatlich, 2023 waren es im Mai nur 347 g. Ernährungsempfehlungen liegen bei etwa 1,5 kg pro Monat. Milch für Erwachsene fehlt. Unter diesen Bedingungen nimmt Viehdiebstahl zu und erreicht Höchststände: Über 45.000 Tiere wurden bis Oktober 2023 gestohlen. ... Eier sind schon immer eine wichtige Quelle für tierisches Eiweiß gewesen. Gegenwärtig stockt auch dort die Produktion und auf der Zuteilung Libreta gab es in den letzten Monaten nur noch fünf Stück monatlich pro Person. Sonst sind sie nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich, wo eine Palette mit dreißig Stück im Oktober 2023 für 2800 Pesos verkauft wurde. Das ist in etwa doppelt so viel wie eine durchschnittliche monatliche Rente, wie „Cubadebate“ feststellte.“¹⁴ „Aus der Provinz Gua-

¹² Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 14

¹³ Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 16. Zum Begriff der Mipymes: „Die Mipymes, also diese mikro, kleinen und mittleren Unternehmen sind in der Verfassung als neue Wirtschaftsakteure des Landes anerkannt...“ (Renate Fausten, a.a.O., S. 15)

¹⁴ Wolfgang Mix: „Wir haben keine Kultur der Produktion“, in: Cuba libre, Ausgabe 1-2024, S. 22

ntánamo wurde berichtet, dass 2021 noch etwas mehr als 64 Millionen Eier produziert wurden, womit man jedoch bereits mit neun Millionen Stück unter dem Planziel lag. 2022 wurde mit etwas über 47 Millionen Eiern nur die Hälfte der geplanten Menge erreicht. Die unzureichende Futtermittellieferung der Hühner, die verspätete Belieferung mit Junghennen sowie die erhöhten Preise für Treibstoffe und andere Betriebsmittel wurden als Erschwernisse für die Produktion benannt. Im Oktober 2022 wurde aus Santiago de Cuba über einen Großbetrieb berichtet, der statt einer geplanten Stückzahl von 390.000 Hennen nur über 280.000 verfügte und nur knapp 50 Prozent der anvisierten Produktionsmenge erreichte. Die eingeplanten Futtermengen, vor allem Soja und Mais, waren nicht zu beschaffen, was die Legeleistung der Hühner stark beeinträchtigte.“¹⁵

„So sollen von den Landflächen, die seit 2008 für Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung gestellt wurden, etwa 250.000 Hektar immer noch brach liegen.“¹⁶

„Die Aufwertung des Peso ging nicht einher mit einer Steigerung der materiellen Produktion. Diese wäre notwendig, um die Preissteigerungen unter Kontrolle zu bringen. 2022 betragen diese 39 Prozent, 2023 lagen sie bis August bei weiteren 18 %. Bei den Lebensmitteln müssen etwa 80 % importiert werden, während es vor 5 Jahren nur etwa 70 % waren.“¹⁷

Der Stellvertretende Premierminister und Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández sagte, indem er „die *Priorität und den Umfang der Regierungsprojektionen für 2024*“ vorstellte, dass es „*nicht allein um Preiserhöhungen*“ gehe, „*sondern um die notwendige Ankurbelung der Produktionstätigkeit, die Steigerung der nationalen Produktion, der Exporte und der Deviseneinnahmen sowie die makroökonomische Stabilisierung.*“ Es gehe nicht darum, die Preise um ihrer selbst willen zu erhöhen, sondern darum, das Sparen zu fördern, die Ressourcen effizienter zu nutzen (...) „Das ist der Sinn der Tarife und Preise, die wir aktualisieren, denn sie wurden im

¹⁵ Wolfgang Mix, a.a.O., Cuba libre, S. 22

¹⁶ Wolfgang Mix, a.a.O., Cuba libre, S. 22

¹⁷ Wolfgang Mix: a.a.O., Cuba libre, S. 21

Laufe der Zeit von den Kosten abgekoppelt, so dass heute in Wirklichkeit die Verschwendung gefördert wird.“¹⁸

Es gibt nicht genug Reis, nicht genug Eier, nicht genug Futtermittel¹⁹, aber es liegen 250 000 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche brach. Was tut eine Planwirtschaft in einer solchen Situation und was tut eine kapitalistische Wirtschaft einer solchen einer Situation?

Die Planwirtschaft setzt am Nutzen an, d.h. im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, dass diese Produkte produziert werden müssen, also müssen Menschen in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder – besser noch – in volkseigenen Gütern die Brachen erschließen und das Ackerland bestellen. Bei einer guten gesellschaftlichen Planung ist eine diesbezügliche Kampagne möglich, es gibt genug Beispiele dafür. Der Gebrauchswert steht im Vordergrund und vor allem die „gesamtwirtschaftliche Rentabilität“, nicht die kurzfristige Rentabilität eines einzelnen Betriebes. Auch wenn die Urbarmachung der Ländereien zunächst Ressourcen beansprucht und eventuell nicht sofort zu einem riesengroßen Nutzen führt, so ist auf die Strecke die gesellschaftliche Rentabilität größer als der heutige Ist-Zustand.

Und im Kapitalismus? Da muss sich schon die Urbarmachung der 250 000 Hektar brach liegenden Landes „lohnen“, denn der Unternehmer tut nur etwas, wenn es Gewinn verspricht. Und man macht das Land nur urbar, wenn der darauffolgende Anbau von Ackerfrüchten ausreichende Gewinnen verspricht. Hier steht nicht der Gebrauchswert im Vordergrund, sondern der Profit – und der muss sofort da sein. Langfristige Entwicklungsprojekte binden Kapital und verhindern so eine schnelle Realisierung von Profiten, eine dynamische Kapitalakkumulation. Also meint der kubanische Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández, dass dafür Preiserhöhungen der

¹⁸ „Ministerrat: Sich allem entgegenstellen, was vom Geist der Revolution abweicht“, Zusammenfassung der ersten Sitzung des kubanischen Ministerrats in diesem Jahr von Leticia Martínez Hernández; aus: Granma Internacional, deutsche Ausgabe, Februar 2024, S. 5

¹⁹ ...und Mangel an noch einigem anderen, zum Beispiel Treibstoff, aber das hat nicht direkt etwas mit der Landwirtschaft zu tun, deshalb lassen wir diese Bereiche hier unerörtert.

Waren der richtige Weg seien, anders ausgedrückt, dass die „kleinen Leute“ die Zeche zahlen sollen.

Etwas anderes wäre der bundesdeutschen FDP auch nicht eingefallen.

Soziale Spannungen und prokapitalistische Propaganda:

„...letztendlich steht immer die Idealvorstellung dahinter, dass alle gleich wenig oder gleich viel haben sollen. Das war zu den Zeiten der Sonderperiode auch mehr oder weniger der Fall, als wirklich das Wenige, was es gab, gleichmäßig verteilt war und die Zahl der Privilegierten, die Zugang zu Devisen hatten, relativ gering war. Inzwischen ist es aber nicht mehr so, und das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Die Situation ist, „...dass es solche gibt, die arbeiten und sich etwas leisten können, solche, die hart arbeiten und sich nichts leisten können und solche, die nicht arbeiten und sich trotzdem viel leisten können.“²⁰

Es ist bitter feststellen zu müssen, dass es die kubanische Führung war, die diese Verhältnisse mit ihren kapitalistischen Reformen hergestellt hat. Aber machen wir weiter mit dem Unmut der Bevölkerung:

„Ein Teil der Bevölkerung gibt diesen Mipymes die Schuld an der Inflation und an allen sozialen Asymmetrien, die es zur Zeit gibt, der andere Teil sieht in ihnen die Möglichkeit, der Wirtschaft einen Impuls zu geben, Arbeitsplätze und Reichtum zu schaffen. ... Viele sind aber besorgt ob der schieren Menge dieser Unternehmen, die in so kurzer Zeit entstanden sind, so dass sie, was die reine Zahl angeht, die staatlichen bereits übertreffen.“²¹

Da muss die kubanische Regierung natürlich gegensteuern. Vor einigen Jahren - ich finde die Quelle leider nicht wieder, muss die Äußerung von Miguel Díaz Canel also aus dem Kopf wiedergeben – hat er gegen die Kritik an dem Erstarren des privatwirtschaftlichen Sektors in der Wirtschaft geantwortet: „Sind das etwa keine Kubaner? Wir sind doch alle Kubaner!“ Und heute macht man bössartige Manipulationen von „Akademikern“ aus dem Ausland dafür verantwortlich, dass manche die Ursache für die wirtschaftlichen Probleme in Kuba im wachsenden Privatsektor sehen. Hier einige Beispiele.

²⁰ Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 15

²¹ Renate Fausten, a.a.O., Cuba libre, S. 15

„Wir lesen häufig Artikel, die von Akademikern verfasst und in ausländischen Medien veröffentlicht werden, die von der schweren Wirtschaftskrise sprechen, die unser Land durchmacht. Unter anderem werden hohe Inflation, Versorgungsengpässe und Energielapppheit erwähnt, und dann wird uns erzählt, wie schlimm dies für den Durchschnittsbürger ist. ... Ein aufmerksamer Leser könnte sich fragen: Was ist der Sinn einer solchen Erklärung des Offensichtlichen? Nun sagen wir, es handelt sich nicht um eine Binsenweisheit im eigentlichen Sinne, sondern um ein Hilfsmittel, um eine bestimmte Meinung zu konstruieren. Und ist die Krise nicht real, könnte derselbe Leser fragen. Doch, die Krise ist real, aber nicht der Diskurs, der darüber geführt wird. ... Auch die Methode des 'falschen Dilemmas' wird verwendet, die darin besteht, nur zwei mögliche Optionen zu präsentieren, die fast immer entgegengesetzt sind, während es in Wirklichkeit andere Alternativen gibt, die nicht berücksichtigt werden. Dies haben wir zum Beispiel in Texten gesehen, die die Meinungsmatrix verstärken, indem sie die Krise auf das aktuelle Wirtschaftsmodell Kubas schieben. ... Schließlich soll durch das Weglassen zahlreicher Beweise, die nicht mit dem Wirtschaftsmodell zu tun haben, der so genannte „single cause fallacy“ erreicht werden. Dieser besteht darin von einer einzigen Ursache auszugehen, während es sich in Wirklichkeit um die Kombination mehrerer Ursachen handelt.“²²

„Die Vielfalt der Probleme führt zu Verhaltensweisen, welche die allgegenwärtige Blockade verstärken durch Passivität, Apathie, Unsensibilität, Unfähigkeit oder ganz einfach Müdigkeit und Mangel an Glauben' stellte Präsident Diaz-Canel im August (2023; d.Red.) fest. Die kleinen und mittleren Privatbetriebe, 'Mipymes' genannt, die eine stärkere Rolle in der Produktion spielen sollen, haben dieses Ziel bestenfalls in kleinen Teilbereichen erreicht. Sie unterliegen weitgehend den gleichen Bedingungen, den Beschränkungen, dem Mangel an Ressourcen und an Kapital wie die Staatsbetriebe. Wo sie Erfolge erzielen, verstärken sie die soziale Ungleichheit und werden nicht zuletzt deshalb kontrovers diskutiert oder stoßen auf Vorbehalte. Eine Ausweitung dieser Produktionsform könnte das soziale Gefüge der vom Anspruch her

²² Antonio Rodriguez Salvador: Wirtschaft und Desinformation; in: Granma Internacional, deutsche Ausgabe, Februar 2024, S. 2

immer noch egalitären Gesellschaft Kubas in Frage stellen und erodieren lassen. ... Gegenwärtig erlebt das Land eine Auswanderungswelle ... ²³

„Diaz-Canel wies die Versuche der Feinde der Revolution zurück, die Projektionen der kubanischen Regierung als neoliberales Paket darzustellen...“ ²⁴

Das klingt in der Zusammenfassung der ersten Sitzung des Ministerrats von Leticia Martínez Hernández in diesem Jahr, hier konkret die Zusammenfassung des Referates des Premierministers Manuel Marero Cruz, in der Granma Internacional, so ²⁵: *„Es gehe um die Umgestaltung des institutionellen regulatorischen und organisatorischen Umfelds der Wirtschaft. ... Das größte Risiko bestehe darin, sich nicht zu verändern und umzuwandeln.“* ²⁶ *„Das Szenario wird sich nicht ändern, es wird sehr komplex sein, aber wir müssen unsere Wirtschaft umgestalten und wir werden ermutigt durch die Beispiele von Menschen, von Kollektiven, von Organisationen, die unter denselben schwierigen Bedingungen die Dinge anders gehandhabt haben, die nach Alternativen gesucht haben. ... Jedes Mal, wenn wir sehen, dass etwas aufgrund der Haltung eines Kaders stecken bleibt, können wir das nicht zulassen.“* ²⁷

Wir sehen hier eine sehr interessante Sprache: Es wimmelt von Begriffen wie „Umgestaltung“, „verändern“, „umwandeln“, wir „werden ermutigt“, weil es Leute gibt, die „die Dinge anders gehandhabt haben“ und die „nach Alternativen gesucht haben“. Kein Wort darüber, wohin denn umgewandelt und verändert werden soll, in welcher Richtung Dinge anders gehandhabt werden sollen und wie eine Alternative aussieht. Mehr Nebelvorhang geht nicht. Nur in einem ist der Text sehr deutlich, in der Androhung von Repression: *„Jedes Mal, wenn wir sehen, dass etwas aufgrund der Haltung eines Kaders stecken*

²³ Wolfgang Mix, a.a.O., Cuba libre, S. 22f.

²⁴ „Ministerrat: Sich allem entgegenstellen, was vom Geist der Revolution abweicht“, a.a.O., Granma Internacional, deutsche Ausgabe, Februar 2024, Wiedergabe einer Äußerung von Präsidenten der Republik Kuba, Miguel Díaz Canel, S. 4

²⁵ „Ministerrat: Man muss sich allem entgegenstellen...“, Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández, Ebenda, S. 4 f.

²⁶ Derselbe, Ebenda, S. 5

²⁷ „Ministerrat: Man muss sich allem entgegenstellen...“, Premierminister Manuel Marero Cruz, Ebenda, S. 5

bleibt, können wir das nicht zulassen.“ Im Klartext: Wenn sich ein Kader gegen die privatwirtschaftlichen Maßnahmen sträubt, gibt es Ärger.

Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt:

Die folgenden Zitate aus „Cuba libre“, Ausgabe 1-2024, stammen aus einem Artikel von Javier Gómez Sánches. Er ist ein Kubanischer Film- und Fernsehregisseur, sowie Dekan der Mediefakultät der Kunsthochschule 'Instituto Superior de Arte' in Havanna. Dieser Artikel wurde am 10.11.2023 veröffentlicht auf 'telegraph' und im Januar 2024 deutschsprachig in „Cuba libre“.

„Vor dreieinhalb Jahren, im Mai 2023, wurde in der Zeitung Granma ein Artikel von Carlos Luque Zayas Bazán mit dem Titel „La bondad neoliberal de los entusiastas consejeros“ (Die neoliberale Güte der begeisterten Berater) veröffentlicht. ...

Die 'Mipymes' waren noch nicht zugelassen, und erst recht hatten sie die alten staatlichen Geschäfte ... noch nicht beinahe vollständig ersetzt; das kleine Wort 'Mipymes' ... tauchte auf wie ein Zauberstab, wie die (erzwungene) Lösung für alle unsere Probleme. Joe Biden war noch nicht Präsident der Vereinigten Staaten und in der Ukraine war der Krieg noch nicht ausgebrochen. ... Es waren noch nicht Hunderttausende von Kubanern an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze angekommen. Es war noch nicht zu einer Privatisierung der neuen Art gekommen, bei der nicht die Infrastruktur privatisiert wird, sondern das Management, das Geschäft und die Gewinne. Es war noch niemand auf die Idee gekommen, den Unsinn des 'sozialistischen Privatunternehmens' zu verbreiten und auch niemand, dem Beifall zu spenden. Kommerzielle Werbung wurde in staatlichen Medien noch nicht als unverzichtbar für ein modernes Land angesehen, Medien, in denen vor Jahren die Reden von Fidel Castro live übertragen worden waren. Wir hatten noch nicht entdeckt, dass die Dialektik, wie sie von den marxistischen Theoretikern vorgeschlagen wurde, auch zur Auslöschung des Marxismus eingesetzt werden kann. Es gab keine Foren von Geschäftsleuten mit der Unterstützung freundlicher ausländischer oder inoffizieller kubanischer Stellen, noch gab es Versammlungen fröhlicher junger Kapitalisten noch welche von fröhlichen kapitalistischen Jugendlichen.

Der Artikel von Carlos Luque Zayas Bazán ließ aber schon damals die Gefahren all dessen erahnen, was wir seitdem erlebt haben. Als er veröffentlicht wurde, war die Reaktion heftig.

Alle konterrevolutionären Übergänge zum Kapitalismus brauchen eine intellektuelle Front, um die notwendige subjektive Unterstützung für die ideologische Abkehr vom Sozialismus und die kulturelle Akzeptanz des Kapitalismus zu schaffen. ... Die US-Regierung hat zusammen mit dem Versuch, eine regierungsfeindliche kubanische Zivilgesellschaft aufzubauen (was ihr nicht vollständig gelang) in Kuba eine organische Intelligenz für den Übergang zum Kapitalismus aufgebaut. Über einen Zeitraum von mehreren Jahren hat sie ... Gruppen von Individuen und Bereiche der Intelligenz, der Wissenschaft und des wirtschaftlichen Denkens in unserem Land unterwandert und für sich gewonnen. ...

Das Jahr 2020 war noch ein Zwischenstadium zwischen dem Moment, in dem Instrumente der Einflussnahme auf die kubanische Intelligenz, wie das 'Ideenlabor' Cuba Posible (2014-2019), ein Verlagsprojekt, das während der Ära Obamas mit der Finanzierung der 'Open Society' funktionierte, ihre Aufgabe erfüllt hatten und nicht mehr notwendig waren, weil danach dieselben Räume der kubanischen institutionellen Presse und ihre Autoren die Übergangssprache, die ihnen eingepflegt worden war, als etwas Natürliches annahmen und ansahen.

Zu dem damaligen Moment wurde auf den Artikel, die ihn veröffentlichenden Medien und seinen Autor alle Kräfte geworfen, die im kubanischen Orbit als kapitalistischer intellektueller Verteidigungsmechanismus vorgesehen waren, um jeden Versuch eines sozialistischen intellektuellen Widerstandes anzugreifen und zu neutralisieren: Beleidigungen, Artikel, Veröffentlichungen in Sozialen Netzwerken, alle Medien der Konterrevolution, von denen der Sozialdemokratie bis zu denen der offensten und aggressivsten, von den größten bis zu den theoretischsten, einschließlich der 'Kubanologen', schlossen sich zusammen, um den zu vernichten, der dies gewagt hatte. Dies mit der Absicht, einen lähmenden Terror zu verbreiten.

Der Autor veröffentlichte anschließend keine weiteren Beiträge mehr, Gramma griff das Thema nie wieder auf, und niemand sonst besaß die Kühnheit,

den Versuch zu unternehmen, einen kritischen Gedanken darüber zu formulieren. ...

Wir haben von der realen Möglichkeit eines Übergangs zum Kapitalismus und dem allmählichen Verlust des realen Ausdrucks des Sozialismus zu sprechen, in einem kubanischen, nationalen und alltäglichen Szenario, für dessen Bevölkerung der Kapitalismus etwas immer Konkreteres und der Sozialismus etwas immer Abstrakteres ist. Der Kapitalismus ist nie ohne Intellektuelle ausgekommen und kein Sozialismus hat je ohne sie überlebt.“²⁸

Soweit Javier Gómez Sánchez in Cuba libre, Ausgabe 1-2024.

Im Sonderheft „Kuba. Analyse der `Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells‘“ von 2020 hatte ich geschrieben: „*Mir ist wichtig, dass der Prozess der Erosion der Planwirtschaft sichtbar wird und ich möchte ebenfalls zeigen, dass unsere Theorie, der Marxismus-Leninismus, in der Lage ist, solche Prozesse in ihrer Entstehung zu erkennen und die Entwicklungsrichtung aus deren innerer Logik heraus ziemlich genau vorhersagen zu können. Die Kraft unserer Theorie ist einzigartig. Wir müssen sie nur anwenden. ...*

Die Maßnahmen der Wirtschaftsreformen in Kuba gleichen denen Gorbatschows wie eine schlechte Kopie. Das Tempo nimmt zur Zeit zu. Die Planwirtschaft ist inzwischen so gut wie abgeschafft, das Wertgesetz wird zum Regulator der Produktion ausgerufen und die kubanische Regierung ergreift alle Maßnahmen, um das durchzusetzen.

Kleine aktuelle Bemerkung: Die Mipymes genießen in Kuba Verfassungsrang! Sieh Fußnote 13. Aber weiter mit dem Text von 2020:

30 Jahre nach der Konterrevolution in Europa in einem sozialistischen Land die Maßnahmen zu kopieren, die den Sozialismus in Europa sturmreif geschossen haben, kann weder Dummheit noch Zufall sein. Es müssen Konterrevolutionäre am Werk sein, und sie kommen nicht als Invasoren mit Waffengewalt von außen, sondern sind groß geworden im Innern, in der Partei. Trotzdem haben sie Namen, Anschrift und Gesicht. Ich nenne jetzt nur drei. Natürlich können diese drei das nicht allein bewerkstelligt haben, sondern

²⁸ Javier Gómez Sánchez: Was können wir tun – zerstören oder kämpfen; in: Cuba libre, 1-2024, S. 26f.

nur mit vielen Helfershelfern, aber diese drei haben Schlüsselpositionen besetzt: Marino Murillo Jorge, Leiter der Kommission zur Umsetzung der Leitlinien (der Wirtschaftsreformen, d.Red.), Alejandro Gil Fernandez, Wirtschaftsminister und Miguel Díaz-Canel, Präsident Kubas.“

Es ist wirklich furchtbar. Die Tentakel des Kapitalismus sind überall in der kubanischen Wirtschaft angekommen und eine Umkehr dieser Entwicklung ist wahrscheinlich nicht möglich, denn die Partei ist ja die treibende Kraft dieser prokapitalistischen Entwicklung. Sicherlich, in manchen Andeutungen werden Widerstände erkennbar, aber dass daraus eine ernst zu nehmende Kraft erwachsen könnte, scheint sehr fraglich, denn dazu bräuchte es eine organisatorische Kraft neben der Partei, was kaum zu machen sein wird. Ich mag mir kaum ausmalen, was über Kuba im Falle einer offenen, siegreichen, die Reste von Sozialfürsorge weggeführten Konterrevolution hereinbrechen und welche weitere weltweite Depression der kommunistischen Bewegung darauf folgen wird.

Elbe-Tag

Aufruf zum Elbe-Tag

TORGAU 1945-2024

27. April 2024 ab 11:30 Uhr

**Demonstration für den Frieden, und zwar am Brückenkopf.
(Ostseite der Elbe – Fahnenmonument)**

Veranstalter: Die Friedensbewegung!

79. JAHRESTAG DER BEGEGNUNG

79. JAHRESTAG DER BEFREIUNG

83. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS NAZIDEUTSCHLANDS AUF DIE
SOWJETUNION

10. JAHRESTAG DES GEZIELTEN POGROM DER NEOFASCHISTI-
SCHEN KRÄFTE IN ODESSA AM HAUS DER GEWERKSCHAFTEN

„Wir versprochen einander, dass die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müssten.“

Wir distanzieren uns entschieden von der Innen- und Außenpolitik der herrschenden Parteien!

Unsere Forderungen:

- Frieden geht nur mit Russland und China!
- NATO raus - Raus aus der NATO!
- Schließung von US- und NATO-Stützpunkten in - Deutschland!
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Runter mit den Rüstungsausgaben!
- Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“!
- US-Atomwaffen raus aus Deutschland!
- Stärkung der Vereinten Nationen (UN) und des Völkerrechts!



Der Elbe-Tag steht im Zeichen der Völkerverfreundschaft. Für Nazis und Rassisten ist an diesem Tag kein Platz. Die Veranstalter untersagen die Teilnahme von Personen-Gruppen, die diesem Spektrum zuzuordnen sind. Dies gilt auch für Symbole, Fahnen, Transparente und Ähnliches.

Bitte unterstützen Sie unseren Aufruf (auch finanziell) mit einer Spende auf folgendes Konto: Elke Brucks, Commerzbank, IBAN: DE41 8604 0000 0442 8306 00, Verwendungszweck: ElbeTag 2024
gez.: KOMMTREFF TORGAU, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

offen-siv-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2023

Realisierte Hefte des Jahres 2023

- 1-2023 *Marc Galwas*: Zur „multipolaren Weltordnung“, 72 Seiten
- 2-2023 *Marla Müller, Rike Groos, Jona Textor*: Klarheit durch Wissenschaft, 84 Seiten
- 3-2023 Ausgabe Januar-Februar 2023, 72 Seiten
- 4-2023 Ausgabe März-April 2023, 100 Seiten
- 5-2023 *Pit Simons*: Zur Dialektik von Krieg und Revolution, 96 Seiten
- 6-2023 Ausgabe Mai-Juni 2023, Schwerpunkt: Der Krieg und der Revisionismus, 84 Seiten
- 7-2023 Ausgabe Juli-August 2023, 84 Seiten
- 8-2023 *Hermann Jacobs*: Verkannte Dialektik. Ist der Kommunismus in der Übergangsperiode nach dem Kapitalismus noch eine Warenproduktion? 132 Seiten
- 9-2023 Ausgabe September-Oktober 2023, 128 Seiten
- 10-2023 Ausgabe November-Dezember 2023, 80 Seiten

Insgesamt 932 Seiten.

Von wem es was zu lesen gab in 2023

Heinz Ahlreip, Joachim Becker, Brigitte Dornheim, Gerhard Feldbauer, Frank Flegel, Marc Galwas, Gemeinsame Erklärung von kommunistischen und Arbeiterparteien, Karl-Heinz Goll, Rike Groos, Harald Guenterowitsch, Walter Haberkorn, Anna C. Heinrich, Inge Humburg, Ideologische Kommission der KPD, Marie Illner, Hermann Jacobs, Jugendtreffen der KPD-Jugend, Kommunistische Organisation, Kommunistische Partei Griechenlands, Kommunistische Partei Mexikos, Kommunistische Partei Venezuelas, Reiner Kotulla,

Vitali Kovel, KPD-Jugend, KPD-Leipzig, Michael Kubi, Christian Kunz, Hector Maravillo, Marla Müller, Ursula Münch, Gerhard Oberkofler, Karima Oliva, Ivo J. Ondracek, Partei der Arbeit Österreichs, Redaktion offen-siv, H.-J. Reiß, Jens Röstel, Rumpelheinzchen, Clemens Sarholz, Sekretariat der Europäischen Kommunistischen Initiative, Tim Schoenmakers, Torsten Schöwitz, Pit Simons, solid.net, Sozialistische Bewegung Kasachstans, Loukianos Stathopoulos, Hans Christoph Stoodt, Jona Textor, Ukrainische Arbeitsfront (RFU), Union der Kommunisten der Ukraine, Zbigniew Victor, Jens Christian Wagner, Li Yanchunyu

Die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in die wir die offen-siv als Druckausgabe schicken:

Ahrensburg, Aichtal, Altlandsberg, Augsburg, Bad Bentheim, Bad Säckingen, Bad Schwalbach, Bergisch-Gladbach, Berlin, Bernhardswald, Bielefeld, Blumberg, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Bruckmühl, Burgstetten, Chemnitz, Connewitz, Crailsheim, Darmstadt, Diez, Dorfen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eilenburg, Eisenhüttenstadt, Eltville, Erfurt, Erkner, Essen, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Freising, Friedrichsdorf, Frohburg, Fulda, Fußgönheim, Gera, Gerlingen, Gießen, Göttingen, Halle, Hamburg, Hameln, Hannover, Heidelberg, Heidenau, Hermsdorf, Hohen Neuendorf, Heuerswerda, Ingolstadt, Jena, Jetzendorf, Karlsruhe, Kassel, Kathlow, Kiel, Köln, Krefeld, Kronberg, Kröstitz, Leipzig, Leun, Lindau, Magdeburg, Mannheim, Meerbusch, Mittweida, Mönchengladbach, Moers, Moormerland, München, Münster, Neubrandenburg, Niederer Fläming, Nürnberg, Offenbach, Oldenburg, Osnabrück, Pirna, Potsdam, Premnitz, Puchheim, Rathenow, Raunheim, Ravensburg, Reut, Rostock, Rüsselsheim, Saarbrücken, Schlangenbad, Schweinfurt, Schwenningen, Schwerin, Schwetzingen, Sonneberg, Stadtroda, Steffenberg, Steingaden, Stelle, Strausberg, Stuttgart, Thale, Trossingen, Tübingen, Veitshöchheim, Viernheim, Waltershausen, Wennigsen, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Winsen/Luhe, Woltersdorf, Zella-Mehlis.

Auslandssendungen der offen-siv-Druckausgabe gehen in folgende Länder:

Belarus, Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Niederlande, Österreich, Polen, Russland, Schweiz, Slowakische Republik, Tschechische Republik.

Finanzen des Jahres 2023

Ausgaben:

Bankgebühren ²⁹ :	229,75 €
Büro ³⁰ :	1.318,03 €
Werbung ³¹ :	1.151,92 €
Porto ³² :	3.227,39 €
Druck ³³ :	9.550,00 €
Summe:	15.477,09 €

Einnahmen:

Spenden:	15.272,15 €
----------	--------------------

Saldo: - 204,94 €

Das ist nach den Erschütterungen, die die kommunistische Bewegung wegen des Krieges in der Ukraine durchstehen musste und die zu einigen Spaltungen führten und unseren Abonnenten-Stamm kurzfristig reduzierte, finanziell gesehen für die offen-siv ein sehr guter Ausgang dieses Jahres. Größten Dank an alle, die daran mitgewirkt haben!

²⁹ Uns durch die Sparkasse aufgezwungene Geschäftskontogebühren.

³⁰ Adressaufkleber, neuer Drucker, Papier, Druckpatronen, Computerwartung.

³¹ Anzeigen in der Tageszeitung „junge Welt“.

³² Gebühren für den Vertrieb über Postvertriebsstück sowie Porto für Pakete und Päckchen.

³³ Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Aus der Leser/innen Post

Joachim Becker: Die richtige politische Bildung tut not und ist gerade in diesen unsicheren Zeiten besonders wichtig.

Seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems vor über dreißig Jahren beherrscht der Imperialismus ungehindert die Welt. Die wenigen 'sozialistischen' Bastionen, soweit es diese noch gibt, haben dem Weltimperialismus nichts mehr entgegen zu setzen. Die Widersprüche in den imperialistischen Ländern verschärfen sich und die Weltkriegsgefahr nimmt immer weiter zu.

Die meisten, die damals die rote Fahne hochgehalten haben und die heute noch leben, haben spätestens nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa resigniert und sich zurückgezogen. Nicht wenige von denen, sind im imperialistischen System angekommen und haben sich angepasst. Heute sind wir nur noch wenige Genossinnen und Genossen, die in einer kommunistischen Partei/Organisation organisiert sind, die die rote Fahne weiterhin hochhalten und den schwierigen Kampf für eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft weiterführen.

Für mich als älterer Genosse stellt sich die Frage: wo bleiben heute die jungen Leute, die noch ihre ganze Zukunft (!?) vor sich haben? Das Interesse an dem von der Zeitschrift offen-siv und unserer KPD organisierten ML-Fernstudium müsste doch eigentlich übermäßig groß sein. Warum wollen sich heute so wenig junge Leute in einer kommunistischen Partei/Organisation organisieren? Sehen sie nicht, dass wir in die Barbarei gleiten? Wie stellen sie sich ihre Zukunft vor, falls sie noch eine haben sollten? Trotz geringem Interesse bleibt das ML-Fernstudium ein wichtiger und richtiger Schritt. Die richtige politische Bildung tut not und ist gerade in diesen unsicheren Zeiten besonders wichtig.

Vitali Kovel: Der wirkliche Antiimperialist ist der, der für den Sozialismus kämpft. Es ist die Wahrheit, aber nicht die ganze.

Lieber Frank,

heute, am 7. Dez., habe ich das Heft 10/2023 erhalten, vielen Dank! Das 9. Heft habe ich eben erst durchgelesen. Die Zeitschrift "Cuba libre" führt interessante Einzelheiten an über den "Kubanischen Sozialismus". Es bestätigt die Schlußfolgerungen Deiner Analyse im Heft 10/2020, deren letzte Seite 69 (Printausgabe) ich gern einrahmen würde.

Hier möchte ich eine Zäsur machen. Auf Seite 69 lese ich: "...Für künftige Anläufe zum Sozialismus ist dieses uns heute noch fehlende Wissen unverzichtbar". Lieber Frank, schon 5 Jahre versuche ich erfolglos das "unverzichtbare fehlende Wissen" eben aus jenen Zeiten Dir auf einem Tellerchen darzubringen. Und Du? Du verzichtest darauf! Ja, ich meine Khabarova. Es war sie, die "diesen konterrevolutionären Prozess" rechtzeitig beenden konnte und nicht bloß beenden - sie hat auf den richtigen Weg wissenschaftlich fundiert hingewiesen! Es waren gerade die NÖS-Zeiten, und wenn die DDR nur wü- te... Wie viel Zeit verlor die sozialistische DDR und verliert jetzt die KPD! Es kann doch nicht noch 5 Jahre dauern. (Kannst Du es verstehen?) Weiter lese ich: "Nur wie machen? Wir haben kein ökonomisches Forschungsinstitut und auch keine Fremdsprachenkorrespondenten..." Eine einzige Khabarova hat so viele theoretische Arbeiten geschrieben, die den Marxismus bis in die heutigen Zeiten und die nähere Zukunft erweitern, daß es für die KPD und andere KP-en vollauf reicht. Kein Forschungsinstitut in der Welt hat das heute. Fraglich ist nur, ob die KPD das neue Wissen braucht? Ihr habt schon einige von Khabarovas Büchern und sie liegen bloß irgendwo. Die Übersetzer unter den Mitgliedern habt Ihr, sogar einen professionellen (Wolfgang). Können sie nicht ihrer Partei mal helfen? Als Ergebnis ungenügenden Wissens hat die KPD Revisionismus schon in ihren eigenen Reihen drin. Wie kann ich noch der KPD helfen?

Seit November schreibe ich einen Aufsatz eben über den Kalten Krieg und seine ideologische Waffe - Revisionismus. Ich muß mich deswegen konzentrieren und Zeit sparen.

Dennoch kehren wir zurück. In der Rubrik "Repression gegen die KP Venezuelas" halte ich für wissenswert einen Artikel von Gen. Walter Haberkorn. Seinen Schlußfolgerungen stimme ich auch zu. Über die erwähnten heiligen Kühe (s. den letzten Satz) soll man auch beizeiten ernst nachdenken. Sonst kann es wie in Polen werden.

Die Widersprüche des Kapitalismus in seinem letzten Stadium verschärfen sich, Repressionen wachsen. Das nährt antiimperialistische Stimmungen der breiten Volksschichten. Die antiimperialistische Bewegung entsteht, verbreitet sich und suchen nach einem Ausweg. Rücktritt zum vormonopolistischen Kapitalismus ist unmöglich, der Weg in die mögliche bessere Zukunft sieht wegen antisozialistische Propaganda unklar aus. Der Revisionismus strengt sich an, den Sozialismus unerreichbar zu machen. Der wirkliche Antiimperialist ist der, der für den Sozialismus kämpft. Es ist die Wahrheit, aber nicht die ganze.

Der wirkliche Kampf für den Sozialismus ist und bleibt untrennbar vom Kampf um die UdSSR, der lange nicht beendet ist, weil sich das Sowjetvolk nicht ergab und seinen Kampf, trotz fehlender solidarischen Unterstützung des Weltproletariats, fortsetzt. Der Imperialismus hat sein Endziel im Jahr 1991 nicht erreicht und führt den Kalten Krieg weiter. In meinem Aufsatz beweise ich es. Dort findest Du etwas Neues und Unerwartetes.

Sehr interessant ist, was Gen. Münch über den 7. Juli 1953 schreibt und was ich an vielem Neuen unter den Link zum Eisensee-Report gefunden habe...

13.12.23

Einige Tage konnte ich keine Zeit für die Fortsetzung finden. Ich mußte einiges für unsere Organisation tun. Inzwischen habe ich die Hefte 9 und 10/2023 bis zum Ende gelesen. Das 10. Heft beginnst Du mit der Einschätzung des Jahres für die kommunistische Welt als das schreckliche. Dann kehrte ich zum Heft 9 zurück, wo es einen Artikel von Gen. Kunz "Über die ideologischen Unterschiede in der KPD und welche Praxis daraus folgt" gibt. Es ging um Revisionismus und Zentrismus in der KPD. Als ich den Artikel zum ersten Mal gelesen hatte, fiel mir ein Gedanke ein - der Genosse übertreibt. Zu spalten ist leicht. Nach der Einheit zu streben ist viel schwerer. Lenin in seinem "Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten" schrieb: "Die Meinungsverschiedenheiten bei den Kommunisten sind anderer Art... Es

sind Meinungsverschiedenheiten auf einer gemeinsamen, felsenfesten, prinzipiellen Basis: auf der Basis der Anerkennung der proletarischen Revolution, des Kampfes gegen bürgerlich-demokratische Illusionen und gegen den bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus, der Anerkennung der proletarischen Diktatur und der Sowjetmacht. Auf einer solchen Basis sind Meinungsverschiedenheiten nicht schlimm". (LW 30, 39)

Gibt es etwa in der KPD jemand, der diese Basis nicht erkennt? Ich kann dazu noch eines sagen. Meiner Meinung nach, soviel ich offen-siv und die Rote Fahne gelesen habe, BEIDE streitende Seiten bekunden in den gestrittenen Fragen ein wichtiges Merkmal des modernen Revisionismus - anti-sowjetizm (darüber in meinem Aufsatz). Es stört den Streitenden Einheit und Klarheit zu erzielen. Da ich und die KPD lange durchaus nicht zum Dialog geraten konnten, schreibe ich schon seit November meine ausführliche Antwort auf Wolfgangs Fragen um die KPD, ich hoffe, dass das Dir und der KPD die Klarheit bringt. Hoffentlich schaffe ich es zum Jahresende, wenn mich nichts stört. Das ist mein Wunsch, Du verstehst doch, daß ich für unsere Organisation auch etwas tun soll.

02.01.24

Lieber Frank,

ich gratuliere Dir zum Neuen Jahr und wünsche Anna und Dir viel Gesundheit, lange schöpferische Jahre und eine friedliche Zukunft, hoffentlich im Sozialismus! Ich hoffe, dass Du Verständnis für die Verspätung hast.

Am 30. Dezember, gerade zum Jahrestag der SU, habe ich meinen Aufsatz beendet. Morgen will ich es entsenden. 12 Seiten (mit 2 Beilagen) auf Russisch (soviel konnte ich nicht deutsch schreiben). Ich hoffe, Wolfgang kann für seine Partei sich Mühe geben, um den Aufsatz Euch möglichst schnell bekannt zu machen. Ich schrieb in wilder Hast, um der Spaltung der KPD und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung vorzubeugen. Alle KP-en stützen sich auf einen falschen Ausgangspunkt. Dies führt über kurz oder lang unbedingt zu falschen Schlussfolgerungen, die die Parteien spalten.

Das ist die Ursache der heftigen Streitereien in der KPD. Ein Nicht-Staat passt nicht zur Lenins Imperialismus-Bestimmung. Das lassen wir aber für ein

nächstes Mal. Meinen Aufsatz lege ich bei. Wirst Du nicht dagegen haben, wenn ich eine Kopie an Jürgen sende?

Mit bolschewistischem Gruß, auch an Anna, Vitali, Gorkij (SU)

Lieber Frank,

danke für das Heft 01/2024. Über die Hälfte des Heftes habe ich schon gelesen. Nun bin ich am Ende des Artikels von Gen. Ahlreip über die Feuerbachthesen. Sein reicher Wortschatz bringt mir einige Schwierigkeiten beim Lesen. Es gibt sogar Wörter, die alle meine Wörterbücher nicht kennen, trotzdem arbeite ich mich durch den Wortdschungel neugierig durch und bald komme ich zum Ende. Eine interessante philosophische Exkursion.

Ebenso interessante war die "Verkannte Dialektik" von Gen. Jacobs im Heft 08/2023, die ich als die letzte des Jahres gelesen habe. Ich quälte mich lange mit diesem Aufsatz. Anfangs nahm ich die ersten Seiten als revisionistische wahr. Je weiter ich las, desto mehr interessierte es mich. Nicht alles habe ich verstanden (wäre es nur ins Russische übersetzt!), aber am Ende kam ich zu dem Schluss, dass der Aufsatz eine tiefe Analyse darstellt und frische Ideen hat. Ich bin nicht sicher betreffs der Begründetheit der dreigeteilten Periodisierung des Kommunismus. Es stiftet Verwirrung. Fühlbar ist eine sprunglose Entwicklung. Auch der Charakter der Arbeit im Kommunismus. Der Autor hat aber recht: wir haben hier noch viel zu forschen.

Mit bolschewistischem Gruß, auch an Anna, Vitali, Gorkij (SU)

Reiner Kotulla: Stalin, die NÖP und das Programm der KP Chinas

Mit den folgenden Aussagen möchte der Autor einen Beitrag leisten zur China-Diskussion in der DKP und der KPD.

Bevor er sich zu dem äußert, was in der Überschrift angedeutet wird, ein paar Bemerkungen eines Kommunisten, der versucht, das, was er sich über die marxistisch-leninistische Anleitung zum politischen Handeln angeeignet hat, auf die gegenwärtige Situation, zum Beispiel die der Volksrepublik China anzuwenden. Dabei geht er davon aus, dass aus der Geschichte gelernt werden muss, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft gestalten zu können.

Sein erster Beruf war der eines Betriebsschlossers im VEB-Kabelwerk Oberspree in Berlin. Dort hat er gelernt, dass ein Werkzeug nur dann richtig wirkt, wenn man es dem zu bearbeitenden Werkstoff anpasst. Er wusste, wie eine Bohrmaschine arbeitet, aber auch, dass er mit einem Holzbohrer keine Stahlplatte durchlöchern kann. Wenn man so will, ein Gleichnis.

Ähnlich sieht er die Anwendung der Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin. Letzterer hat das „Werkzeug“ von Marx und Engels auf seine Zeit hin weiterentwickelt und angewendet.

Josef W. Stalin, den man seinerzeit zu Recht als den „Lenin unserer Tage“ bezeichnete, wandte das Werkzeug, das Lenin entwickelt hatte, auf seine Zeit hin an. Dazu später.

Die Schlussfolgerung aus einer weiteren Erkenntnis besteht für den Schreiber darin, dass er versucht, alle politischen und historischen Entwicklungen jeweils unter der Berücksichtigung von Zeit und Raum ihres Geschehens zu sehen, und nicht so, wie er sie am Maßstab seines heutigen Wissens bewertet.

Er ist lernender Marxist-Leninist. Deshalb möge man es ihm nachsehen, wenn er vielleicht manches missversteht, was Thanasis Spanidis in der offen-siv 2-2024 zur Herrschaft des Kapitals in China dargelegt hat.

Er bewundert dessen Wissen über den Marxismus-Leninismus. Doch, wie Goethe sagte, meint auch er, Wissen alleine genügt nicht, man muss es auch anwenden können. Anwenden nicht, so meint er, auf eine Praxis, wie er sie

gerne hätte, sondern auf die, wie sie ist, denn Theorie und Praxis stehen in einem dialektischen Wechselverhältnis zueinander.

Nun also zum oben angedeuteten Thema. Am Schluss dann des Autors Fazit hinsichtlich der Hoffnung, dass es der Volksrepublik China unter der Führung seiner kommunistischen Partei gelingen möge, „den kapitalistischen Tiger“ zu bändigen.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt der Sozialismus als eine lang andauernde, eigenständige Gesellschaftsformation, „deren Staat nichts Andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ (Karl Marx). So sah es auch Walter Ulbricht.

Noch einmal, der Sozialismus ist eine lang andauernde, eigenständige Gesellschaftsformation, die durch die Diktatur des Proletariats im Bündnis mit anderen werktätigen Klassen gekennzeichnet ist. Seine Hauptaufgabe ist die Entwicklung der Produktivkräfte. Die zentrale Rolle spielt dabei die theoretische und praktische Führung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen durch die Kommunistische Partei.

Im Parteiprogramm der KP-Chinas heißt es: „Die Entwicklung und Vervollkommnung des sozialistischen Systems stellt einen langen historischen Prozess dar.“ (...)„China befindet sich jetzt im Anfangsstadium des Sozialismus und wird sich über eine längere Zeit in diesem Stadium befinden. Das ist ein unüberschreitbares historisches Stadium bei der sozialistischen Modernisierung im wirtschaftlich und kulturell rückständigen China, das mehr als einhundert Jahre in Anspruch nehmen wird.“ (Aus: Programm, KPCH)

Als zentrale Aufgabe des Sozialismus sieht die KPCh darin, die Produktivkräfte zu entwickeln und eine höhere Arbeitsproduktivität als in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu erreichen. Aus der eigenen Erfahrung hat China lernen müssen, dass dementsprechend die Produktionsverhältnisse flexibel angepasst werden müssen an den jeweiligen Grad der Vergesellschaftung der Produktion.

Die Einführung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ ist dazu ein konsequenter Schritt, um die Produktivkräfte zu entwickeln und eine höhere Arbeitsproduktivität als in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu erreichen.

Das Agrarland China wurde in historisch kurzer Zeit auf den Weg zu einem modernen Industrieland gebracht, das weltweit Spitzenleistungen in Forschung und Entwicklung vorzuweisen hat. Es gelang, die absolute Armut zu beseitigen – bei bewusster Inkaufnahme des Risikos, dass das Auslandskapital und die heimische Bourgeoisie erstarken und damit die potenziellen Kräfte der Konterrevolution. Der sich dadurch entwickelnde (versteckte) Klassenkampf, der unter anderem zu verstärkter Korruption führt, wurde mit der Anti-Korruptionskampagne in Partei, Staat und Wirtschaft weitgehend unter Kontrolle gebracht.

Der Markt ist keine Erfindung des Kapitalismus, es gab und gibt ihn in jeder Klassengesellschaft. Waren- und Geldwirtschaften sind natürlich auch immer Marktwirtschaften. Auch eine sozialistische Wirtschaft wird ohne marktwirtschaftliche Größen und Regulierungen nicht auskommen.

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen.“ (Karl Marx: *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859), Vorwort, MEW Bd. 13, S. 8)

Wir wissen, das Neue wächst im Alten und das Alte stirbt im Neuen. Das Problem ist, dass das Alte nicht unmittelbar nach der sozialistischen Revolution stirbt, denn der Überbau ist eine zähe, langlebige Masse.

Dazu meint J.W. Stalin: „Die NÖP ist die Politik der proletarischen Diktatur, die gerichtet ist auf die Überwindung der kapitalistischen Elemente und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft durch Ausnutzung des Marktes vermittels des Marktes, nicht aber durch direkten Produktaustausch, ohne Markt, unter Ausschluss des Marktes. Können die kapitalistischen Länder, zumindest die entwickeltesten von ihnen, beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne die NÖP auskommen? Ich denke, sie können das nicht. In diesem oder jenem Grade ist die Neue Ökonomische Politik mit ihren Marktbeziehungen und der Ausnutzung dieser Marktbeziehungen in der Periode der Dik-

tatur des Proletariats für jedes kapitalistische Land absolut unerlässlich.“ (Stalin – Werke, Band 11, Berlin, DDR, 1954, Seite 128ff)

Des Weiteren setzt er sich mit Bucharins Vorstellungen von der NÖP auseinander. Er sagt: „Der vierte Fehler Bucharins betrifft die Frage der NÖP (der Neuen Ökonomischen Politik). Der Fehler Bucharins besteht hier darin, dass er nicht sieht, dass die NÖP zwei Seiten hat, er sieht nur die eine Seite der NÖP. Als wir im Jahre 1921 die NÖP einführten, richteten wir ihre Spitze gegen den Kriegskommunismus, gegen ein Regime und eine Ordnung, die *jegliche* Freiheit des privaten Handels ausschließen. Wir waren und sind der Meinung, dass die NÖP eine *gewisse* Freiheit des privaten Handels bedeutet. Diese Seite der Sache hat sich Bucharin gemerkt. Das ist sehr gut. Aber Bucharin irrt sich, wenn er annimmt, dass diese Seite der Sache die NÖP erschöpft. Bucharin vergisst, dass die NÖP noch eine andere Seite hat. Die Sache ist die, dass die NÖP durchaus nicht *volle* Freiheit des privaten Handels, *freies* Spiel der Preise auf dem Markt bedeutet. NÖP heißt Freiheit des privaten Handels in *bestimmten* Grenzen, in einem *bestimmten* Rahmen unter Gewährleistung *der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt*. Darin gerade besteht die zweite Seite der NÖP. Dabei ist diese Seite der NÖP für uns von größerer Wichtigkeit als ihre erste Seite. Wir haben auf dem Markt kein freies Spiel der Preise, wie es gewöhnlich in den kapitalistischen Ländern der Fall ist. Wir bestimmen im Wesentlichen die Preise für das Getreide. Wir bestimmen die Preise für die Industriewaren. Wir bemühen uns, eine Politik der Senkung der Selbstkosten, der Produktion und der Preisherabsetzung für die Industrie-waren durchzuführen und sind bestrebt, die Stabilität der Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu wahren. Ist es nicht klar, dass es solche besonderen und spezifischen Zustände auf dem Markt in den kapitalistischen Ländern nicht gibt? Daraus folgt, dass, solange die NÖP besteht, ihre beiden Seiten gewahrt bleiben müssen: sowohl die erste Seite, die gegen das Regime des Kriegskommunismus gerichtet ist und die Gewährleistung einer *gewissen* Freiheit des privaten Handels bezweckt, als auch die zweite Seite, die gegen die *volle* Freiheit des privaten Handels gerichtet ist und die Gewährleistung der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt bezweckt. Man hebe eine dieser Seiten auf — und man wird keine Neue Ökonomische Politik mehr haben.“ (Stalin – Werke, Band 12, Berlin, DDR, 1954, Seite 38ff)

Das Programm der KP Chinas hat nach der Meinung des Autors diese von Stalin erläuterte Erkenntnis an die Bedingungen des chinesischen Weges im 21. Jahrhundert angepasst: „Das Festhalten an der Reform und Öffnung ist unser Weg zur Stärkung des Landes. Wir müssen das Wirtschaftssystem, das die Entwicklung der Produktivkräfte behindert, von Grund auf reformieren und an dem sozialistischen Marktwirtschaftssystem festhalten und es vervollständigen. Dementsprechend müssen wir die Reform der politischen Struktur und die Reform auf anderen Gebieten durchführen. Die Öffnung umfasst die allseitige Öffnung nach außen und nach innen. Wir müssen den wirtschaftlichen und technischen Austausch und die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit anderen Ländern ausbauen, noch mehr und noch besser auswärtige Geldmittel, Ressourcen und Technologien nutzen und alle von der menschlichen Gesellschaft geschaffenen Zivilisationserrungenschaften einschließlich aller fortschrittlichen Bewirtschaftungsformen und Managementmethoden der entwickelten Länder im Westen, die die Gesetzmäßigkeiten der modernen vergesellschafteten Produktion verkörpern, absorbieren und ausnutzen. Bei der Reform und Öffnung müssen wir kühn forschen und uns wagemutig in der Praxis neue Wege bahnen.“ (Aus: Programm und Statut der Kommunistischen Partei Chinas, teilweise abgeändert auf dem XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas und angenommen am 14. November 2002)

Des Autors Fazit: Das Neue wächst im Alten und das Alte stirbt im Neuen. Das Problem ist, dass das Alte nicht unmittelbar nach der sozialistischen Revolution stirbt, denn der Überbau ist eine zähe, langlebige Masse.

Die ökonomische Politik der VR China ist die Politik der proletarischen Diktatur, die gerichtet ist auf die Überwindung der kapitalistischen Elemente und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft durch Ausnutzung des Marktes vermittels des Marktes.

Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern sind die chinesischen Kommunisten den von Chruschtschow eingeschlagenen Weg des Antistalinismus nicht mitgegangen. Sie haben vielmehr Stalins ökonomischen Erfahrungen für sich genutzt.

So ist, wie Stalin erklärte, in diesem oder jenem Grade eine ökonomische Politik mit ihren Marktbeziehungen und der Ausnutzung dieser Marktbezie-

hungen in der Periode der Diktatur des Proletariats für jedes kapitalistische Land absolut unerlässlich.

Dies bedeutet aber auch, dass die gegenwärtige ökonomische Politik der VR China nicht auf die volle Freiheit des privaten Handels, nicht auf das freie Spiel der Preise auf dem Markt gerichtet ist, wie das zur Zeit Stalins in der Sowjetunion Bucharin forderte, sondern auf die Freiheit des privaten Handels in bestimmten Grenzen, in einem bestimmten Rahmen unter **Berücksichtigung der regulierenden Rolle des sozialistischen Staates, dem Machtinstrument der herrschenden Klasse.**

Thanisis Spanidis wendet für seine Analyse, „Die Herrschaft des Kapitals in China“ die Lehren des Marxismus-Leninismus buchstabengetreu an, so meint der Autor, ohne zu berücksichtigen, dass die Kommunistische Partei der VR China trotz der Niederlage des sozialistischen Weltsystems ihren chinesischen Weg zum Sozialismus gehen will. Er leugnet, dass die sozialistische Marktwirtschaft zur Entwicklung der Produktivkräfte beitragen kann. Damit verkennt er die absolute Notwendigkeit der Steigerung auch des materiellen Lebensniveaus der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Bereitschaft, diesen langen Weg zum Sozialismus schöpferisch mitzugestalten.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt